

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: halbjährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 26 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Abdruck für Deutschland und Österreich - Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 80 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (strikte) Wort 25 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preis für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteil täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die christlichen Arbeiter und die preußische Wahlrechtsreform.

Als am Sonntag, den 12. Januar, sich in Köln der Zug der Wahlrechtsdemonstranten durch die Breitestraße bewegte, da schreuten die brausenden Wahlrechtsrufe vor dem katholischen Gesellenhaus auch die Kolpingjünglinge auf und sie eilten zum Tore. Einige Demonstranten begrüßten die gläubigen Klassenossen mit den Worten: „Soch das Wahlrecht, schließt Euch an, katholische Arbeiter.“ Aber der Ruf war vergebens; ein Hohngelächter kam aus der Schaar der Gesellenvereiner, und stumpfsinnig grinsend sahen sie der demonstrierenden Menge nach.

Dieser Vorgang, der sich im heiligen Köln vor dem katholischen Gesellenhause abspielte, kennzeichnet den Miß, der gegenwärtig durch die deutsche Arbeiterklasse geht. Hier die Sozialdemokratie, die Partei des Klassenbewußten Proletariats, wie immer so auch jetzt wieder auf dem Plan, um dem Volke sein lange vorenthaltenes Recht zu erkämpfen; dort die christliche Arbeiterklasse, untätig bei Seite stehend, unter dem Einfluß einer Partei, deren Machtmittel groß genug sind, auch im zwanzigsten Jahrhundert noch ihr proletarisches Gefolge zum knechtlichen Verzicht auf seine Menschenrechte zu bewegen.

In der christlichen Arbeiterbewegung, die vorwiegend katholisch ist, herrscht der Zentrumsgeist. Die Gesellen- und Arbeitervereine unterstehen der Leitung und Aufsicht durch die Kirche, der treuen Bundesgenossin des Zentrums, und die christlichen Gewerksvereine sind durch ihre Führer — Zentrumsabgeordnete und solche, die es werden wollen — fester als je an die ultramontane Partei gefesselt. Dazu kommt, daß alles, was für die katholischen Gesellen, Arbeiter- und Gewerksvereine tätig ist, durch die Schule des katholischen Volksvereins, der bekannten Zentrumsorganisation, gegangen ist, und hier seine politischen Weihen empfangen hat — mit der Verpflichtung natürlich, die fernere Tätigkeit als Arbeiter- oder Gewerkschaftssekretär zur höheren Ehre des allein seligmachenden Zentrums anzuwenden!

Niemand wird bestreiten, daß das Zentrum eine agitatorisch sehr rührige Partei ist. Man braucht nur den Jahresbericht des Volksvereins für das katholische Deutschland durchzusehen, um zu erkennen, wieviel das Zentrum in der Organisation und Agitation zu leisten versteht. Aber so eifrig auch von M. Gladbach gewühlt wird, so viele Reden, Schriften und Flugblätter auch von dort ins Land gehen, alles ist auf den Nachweis angelegt, daß das Zentrum sehr viel, die Sozialdemokratie aber nichts für die Arbeiter, den Bauern, die Handwerker getan hat. Politisch aufklärende Literatur geht nicht von M. Gladbach aus; von dem Uebermaß seiner Pflichten und der Geringschätzung seiner Rechte erfährt der katholische Arbeiter nichts durch die Gelehrten und Führer des Volksvereins — dafür zeugt die Tatsache, daß das Zentrum es bis heute noch nicht der Mühe für wert gehalten hat, auch nur eines der zahlreichen Flugblätter des katholischen Volksvereins der Schmach des Dreiklassenwahlrechts zu widmen!

Und ebenso hat es das Zentrum unterlassen, in eigens dazu veranstalteten Versammlungen sein Gefolge über das Unrecht und den Unsinn des preußischen Wahlrechts aufzuklären und auf diese Weise die Gleichgültigkeit zu brechen, die in dieser Frage noch bei der Masse der nicht sozialdemokratischen Bevölkerung besteht. Daher denn diese traurige Erscheinung, daß katholische Arbeiter höhnend herabgrinsen auf ihre Klassenossen, die für des Volkes Rechte und Freiheiten demonstrieren, daß sie zum anderen Teile gleichgültig beiseite stehen in einer Frage, wo es mehr als je des einmütigen Willens und Handelns der gesamten Masse der Entrechteten und Unterdrückten bedürfte.

Selbstverständlich ist den Führern der christlichen Arbeiter wohl bewußt, welche Unsummen von Unrecht das Dreiklassenwahlrecht an der Masse des Volkes verübt. In dem „Arbeitertaschenbuch für 1908“, herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands, ist auch die Rede von den Landtagswahlen und den Aufgaben der bundesstaatlichen Gesetzgebung. Diese seien so bedeutend, heißt es da, daß das Volk nur zu seinem Schaden handle, wenn es an dem Leben und der Arbeit der Einzelstaaten nicht vollen Anteil nehme, zumal auch die Einzelstaaten großen Einfluß auf die Reichspolitik ausüben. Dann heißt es:

„In den süddeutschen Staaten war die Beteiligung an den Landtagswahlen immer viel lebhafter als beispielsweise in Preußen. Das liegt hier an dem rückschrittlichen Dreiklassenwahlrecht, das der breiten Masse des Volkes leider nicht viel Einfluß beläßt. . . . Das hier herrschende Wahlrecht sichert denen, die hohe Steuern zahlen, die politische Herrschaft und macht die Masse des Volkes fast einflußlos. . . . Vereinen sich die Wahlmänner der ersten und zweiten Klasse auf einen gemeinsamen Kandidaten, dann ist die dritte Klasse vollständig

einflußlos, trotzdem ihre Wählerzahl rund sechsmal so zahlreich ist, wie die der ersten und zweiten Klasse zusammen.“

Auch in den christlichen Arbeiterblättern ist wiederholt die Entrüstung über die preußische Dreiklassenwahlrechtsreform zum Ausdruck gekommen. Die „Baugewerkschaft“, das Blatt der christlichen Bauarbeiter, erblickt (Nr. 33, 1907) in der „Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf das preußische Abgeordnetenhaus die sicherste Gewähr für den Einzug eines wirklich sozialen Geistes und damit der Beseitigung der Ungerechtigkeit, die dort geübt wird.“

Der „Deutsche Holzarbeiter“, ein christliches Gewerkschaftsblatt, schreibt (Nr. 26, 1907) in einem Artikel, worin es eine gerechtere Verteilung der Steuerlast fordert: „Dem heutigen preußischen Landtag ist das aber nicht zu erwarten; deswegen Reform des Wahlrechts, damit Männer aus dem Volke dem Landtage soziales Empfinden und Verständnis für die Nothe des Kleinen Mannes beibringen.“

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M. Gladbach) schrieb im Januar 1906 nach den sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen: „Kein Zweifel, der preußische Landtag ist keine Volksvertretung; das Wahlrecht, durch das er zustande kommt, ist widerförmig und ungerecht. . . Auch die nichtsozialdemokratischen Parteien werden nicht lange Gewehr bei Fuß halten können. Man ist gewarnt, man mache endlich einmal Ernst.“

Und in Nr. 23, 1906, schrieb das Blatt, daß alle Kulturstaaten, selbst die halbasiatischen Balkanstaaten, ein besseres Wahlrecht als Preußen haben; die breiten Volksschichten seien unter dem Dreiklassensystem „politisch fast vollständig rechtlos“. Dann hieß es weiter:

„Zwar scheinen die Mächte, die das Dreiklassenwahlrecht halten, unüberwindlich. Sie scheinen's, sind's aber nicht. Die Kulturgeschichte beweist, daß die privilegierten Klassen stets den um Freiheit und Recht kämpfenden Volksschichten haben nachgeben müssen, wenn auch nur schrittweise. . . . Wenn insbesondere die Arbeiterklasse sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch betätigt, wenn auch unsere christlich gesinnte Arbeiterschaft energisch für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts eintritt, selbstredend mit loyalen Mitteln der Aufklärung und der Propaganda, dann kann und wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch diese Wurde der Reaktion fallen wird.“

Und noch vor wenigen Monaten, am 7. September 1907, schrieb das M. Gladbacher Blatt: „Soll das preußische Landtagswahlrecht in demokratischem Sinne ausgestaltet werden, dann muß das preußische Volk in eine offene und klare Agitation dafür eintreten.“ Was aber haben die christlichen Führer getan, um unter den katholischen Arbeitern, die zur Masse der Entrechteten gehören, eine Agitation gegen die preußische Dreiklassenwahlrechtsreform zu entfalten und eine Bewegung von unten ins Werk zu setzen? Mitte Oktober 1907 fand in Berlin der sogenannte Deutsche Arbeiterkongreß, eine Veranstaltung der christlich-nationalen Arbeiter, statt. In seinem Vortrag über die allgemeine sozialpolitische Lage wies der Generalsekretär Stegerwald darauf hin, daß bei den vorletzten Reichstagswahlen die Sozialdemokratie in Preußen 1 600 000 Stimmen erhielt, aber nicht ein Mandat zum Landtag zu erringen vermochte; daß sei natürlich Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie, meinte der Redner, der dann fortfuhr:

„Die eigentlichen Kulturaufgaben sind in Deutschland fast ausnahmslos den Bundesstaaten und den Gemeinden zugewiesen. Und zu diesen war den unteren Klassen infolge plutokratischer Wahlsysteme der Zugang gleichsam versperrt, sie konnten nicht mitarbeiten. Auch die christlich-nationalen Arbeiter empfinden diese Wahlsysteme, insbesondere dasjenige zum Landtage des größten deutschen Bundesstaates, als die denkbar größte Ungerechtigkeit und verlangen daher, daß endlich einmal mit diesem veralteten Klassenwahlrecht aufgeräumt wird.“

Das klingt nun gewiß sehr entschieden! Als aber von süddeutscher evangelischer Seite ein Antrag eingebracht wurde, wonach der Kongreß sich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Bundesstaaten aussprechen solle, da wiesen die leitenden Personen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung diesen Antrag zurück mit der merkwürdigen Begründung, der Kongreß sei ein Arbeiterkongreß und dürfe sich als solcher nicht mit politischen Dingen beschäftigen! Die berüchtigte „Neutralität“, auf die sich die christlichen Führer immer berufen, wenn sie zu feige sind, die Rechte der Arbeiter gegen das Zentrum zu vertreten, mußte herhalten, um die schmachliche Gesinnungslosigkeit zu decken und den Satz zu verteidigen, daß ein Arbeiterkongreß nicht Stellung nehmen darf zu der Frage, ob die Arbeiterklasse in Preußen noch weiter in völliger Rechtlosigkeit verharren soll oder nicht.

Aus der Haltung des Zentrums geht ohne Zweifel hervor, daß von dieser Partei ein wirksames Eingreifen zugunsten der Abschaffung der Dreiklassenwahlrechtsreform und seiner Erhebung durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht zu erwarten ist. Das Zentrum will sich für die sehnlichst erwartete Zeit, wo es wieder Regierungspartei wird, nicht das Renommee verderben und dem Verdacht aussetzen, als ob es je im Verein mit der Sozialdemokratie

ernstlich an den Grundlagen der durch das Dreiklassenwahlrecht geheiligten Ordnung hätte rütteln wollen. Die Führer der katholischen Arbeiter, denen hier und da das Bewußtsein von der Rechtlosigkeit ihrer Klasse einen Entrüstungsschrei erpreßt, sind als Abgeordnete mit dem Zentrumsflügel auf Gedeih und Verderb verbunden oder rechnen mit der Aussicht es noch zu werden; von ihnen ist nicht zu erwarten, daß sie den reaktionären Geist ihrer Partei bezwingen oder auf eigene Faust unter den katholischen Arbeitern eine Wahlrechtsbewegung entfalten.

Es wird Sache unserer Genossen in den Zentrumsgegenden sein, Leben in die katholische Arbeiterschaft hineinzubringen und von unten auf, durch die Massen, das Zentrum zur Aktion in Sachen der preußischen Wahlrechtsreform zu treiben. Insbesondere die christlich organisierten Arbeiter sind darauf hinzuweisen, daß sie moralisch gezwungen sind, in der Wahlrechtsfrage ihre Kräfte einzusetzen für den Sieg der Volksache. In der programmatischen Schrift, mit der die christlichen Gewerkschaften nach ihrem ersten Kongreß (Meinz 1899) ihre Grundsätze kundgaben, heißt es, nachdem die Pflicht der „Neutralität“ dargelegt worden ist:

„Aur ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antasten lassen darf, weil es da niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechtes bewegen dürfte. Dieses eine Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen.“

Also das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist ein „politisches Grundrecht“, und es ist Pflicht, dieses Recht für das Reich zu erhalten, dann ist es nicht minder Pflicht, dieses Recht für Preußen zu erwerben, zu erkämpfen. „Neutralitätsbedenken“ verfangen hier nicht. Ohne volkstümliches Wahlrecht in Preußen keine Kulturpolitik, keine Sozialpolitik, keine Arbeiterpolitik — im Staat wie im Reich. Diese Einsicht unter den katholischen Arbeitern zu verbreiten und, wenn die ultramontane Partei- und Arbeiterführer nicht wollen, die katholischen Proletarier über deren Köpfe hinweg mit in die Bewegung hineinzureißen, muß die besondere Aufgabe unserer Agitation in allen Zentrumsgegenden sein!

Totenischeine.

Die „Freie Ztg.“ schweigt im allgemeinen die zahlreichen Kundgebungen der freisinnigen Wähler gegen die Wladpolitik und für den Wahlrechtskampf tot. Nimmt sie aber Notiz, so nur um die Herren Barth, Breitfeld usw. zu belächeln. Heute erklärt sie bereits, daß die Sozialliberalen mit Herrn Barth zu den Sozialdemokraten gehören. Es ist ganz interessant, daß die Müller und Fischel sich mit den Certels und Reichs bereits darin einig sind, daß nur die Sozialdemokratie noch die Grundsätze der Demokratie vertritt und daher jeder Demokrat zur Sozialdemokratie gehört. Die Herren wissen in ihrer Einsicht nicht, daß sie damit der bürgerlichen Demokratie den Totenschein ausstellen.

Vorläufig aber will es uns scheinen, daß die Herren sich besser um ihren eigenen Totenschein kümmern sollten. Es kann sie ja dabei der Gedanke trösten, daß hinter ihrer politischen Wahre auf Samtkissen die neuen schönen Orden, die Errungenschaften der liberalen Ära, getragen werden. Raumann wird an ihrem Grabe predigen, und Bülow selbst in Erinnerung an angenehme Strand- und Badestunden von seinem römischen Ruhestuhl aus ein Kondolenztelegramm schicken.

Nach aber leben die Fraktionspolitiker von der freisinnigen Volkspartei, und deshalb ist es ein Lebensinteresse nicht der Arbeiter, wohl aber der bürgerlichen Demokratie, wenn die Wirksamkeit dieser Herren ihren Wählern recht deutlich vor Augen geführt wird. Dies geschieht heute in einem „Wurmstrich“ überschriebenen Artikel der „Berl. Volks-Ztg.“. Darin heißt es:

„Nur dadurch, daß die unentwegten Wladfreisinnigen unter Führung einiger ihrer freisinnig-volksparteilichen ordensgeschmückten „Staatsmänner“ neuesten Stils in Schweife ihres Angeichts die Fahnduben zusammenbrüden, damit die Wladschmierz nicht auseinanderläuft, wird noch mit Not und Mühe der Anschein aufrecht erhalten, als ob der Wladkitt dem Amt ebenbürtig ist, der in gewissen Schaubuden zum Verkauf gestellt wird. Das Geschäft kostet aber nicht bloß Schweiß, sondern auch eine andauernde Verleugnung freisinniger Grundsätze.“

Unterdes mehren sich die Stimmen im Lande, aus denen hervorgeht, daß wirklich freisinnige Wähler den Wladkitt bis oben heran satt haben. Uneinbringlich ist dabei leider der Verluft, den gerade die freisinnige Volkspartei an Ansehen und Vertrauen in den weitesten Kreisen erleidet. Die Segnungen des Ordensfestes, die auf die wichtigsten Wladanhänger der freisinnigen Volkspartei niedergegangen sind, sind nun einmal kein Äquivalent für die täglich größer werdende Einbuße der freisinnigen Volkspartei beim Volke. Eine Fraktion, die solche Ohrfeigen ruhig einsteckt, wie sie ihr am 10. Januar im preußischen Abgeordnetenhaus durch ihren Gönner nicht einmal patriarchalisch mitleidvoll, sondern brüsk provokatorisch verabfolgt worden sind, eine solche Fraktion unterläßt die Würde der Wähler, wenn sie glaubt, daß diese nicht von einem brennenden Gefühl der Scham ob dieser Behandlung erfüllt wären.

Mit der bisherigen Haltung der Epigonen der damaligen Fortschrittspartei stimmt es durchaus, wenn jetzt eine parla-

Internationale Zuckerkonvention.

Drei internationale Verträge, die sich auf die Prüffelder Zuckerkonvention beziehen, wurden dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt. Der eine betrifft die Gültigkeit der Konvention auf weitere 5 Jahre aus, befreit aber England von der Verpflichtung, eine ausgleichende Abgabe auf diejenige Zuckereinfuhr aufzuerlegen, die durch eine Ausfuhrprämie des ausführenden Staates begünstigt ist.

Gegen den ersten Vertrag läßt sich geltend machen, daß durch die Möglichkeit für die Engländer, sich anderswo billigeren Prämiengucker zu ungünstigen des unprämierten deutschen Zuckers zu beschaffen, die deutsche Ausfuhr geschädigt werden könne. Da aber die Frage so steht, ob der neue Vertrag auch mit der englischen Klausel angenommen werden soll oder ob wir gar keinen Vertrag bekommen werden, so war man allerseits bereit, den Vertrag anzunehmen.

Die Debatte drehte sich wesentlich um diesen Gesichtspunkt, von dessen Annahme die Konservativen ihre Zustimmung zu der Konvention, wie Graf Schwerin-Sölvig erklärte, abhängig machen wollten.

Mit der Herabsetzung der Steuer ist auch die Sozialdemokratie, wie Genosse Südekum darlegte, einverstanden und zwar deshalb, weil dadurch eine Hebung des Zuckerkonsums herbeigeführt werden kann. Er machte aber auch darauf aufmerksam, daß die Agrarier durch ihre zollpolitische Verteuerung der Lebensmittel den Arbeitern die Möglichkeit, ihren Zuckerkonsum auszubehnen, sehr beschränkt haben. Unter keinen Umständen könne sich die Sozialdemokratie aber auf den zweiten Absatz des Antrages einlassen, der ein etwaiges Mandat des Steuerergebnisses durch Anleihe decken wolle.

Die Vorlage wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Dann vertagte sich das Haus einem früher getroffenen Abkommen gemäß bis zum 29. Januar.

Die Domäne des Junterparlamentes.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute zunächst die zweite Lesung des landwirtschaftlichen Etats. Dabei wurden noch manche recht wertwürdige Wünsche laut. Ein gräflicher Zentrumsherr verlangte z. B. an der landwirtschaftlichen Hochschule besondere Kurse für aktive Offiziere, damit die Herren Kavallerieoffiziere, wenn sie später das väterliche Majorat erben, in ihren landwirtschaftlichen Kenntnissen nicht ganz auf den Pferdestall beschränkt sind.

Die landwirtschaftliche Debatte war nur das Vorspiel zu dem Hauptthema des Tages: dem Getreidetat. Die Junker vertieften sich in ihr altes Lieblingsstadium vom Pfluge so gründlich, daß die Sitzung bis in die fünfte Nachmittagsstunde hingezogen wurde. Sie wurden nicht müde, die alten Reden über die Notwendigkeit der Förderung der Kolblüternzucht und über die dringliche Reform der Körordnung zu wiederholen, und sie brachten diesem Thema sicherlich weit mehr Verständnis und Interesse entgegen als der Frage der preussischen Wahlreform.

Morgen stehen kleinere Etats auf der Tagesordnung.

Kanaille!

Die „Hamburger Nachr.“ suchen ihren alten Ruf als böd-ortiges Scharfmacherorgan dadurch aufzufrischen, daß sie nach „Taten“ gegen die Sozialdemokratie schreiben, worunter sie nach der „Deutschen Tages-Zig.“ eine Aenderung der Gesetzgebung, also Ausnahmsgesetze gegen das sozialistische Proletariat verstehen.

Als Ausnahmegelesene gegen — Entrechtete, gegen Gefoten; Ausnahmegelesene gegen das arbeitende Volk, für das die Rechte, die die Privilegierten und Besitzenden genießen, ohnehin nicht existieren; Weder das gleiche Wahlrecht, noch das gleiche Recht auf die Strafe!

Diese Forderung des Hamburger Scharfmacherorgans erscheint selbst der „Deutschen Tages-Zeitung“ absurd. Mit aller Gelassenheit setzt das Junkerorgan auseinander, daß neue Ausnahmegelesene gegen die Sozialdemokratie „sagt noch nicht nötig“ seien. Die gegenwärtigen behördlichen Befugnisse genügen einzuweisen, man müsse sie nur „mit aller Entschiedenheit und Schärfe“ anwenden.

Man muß allenthalben und unter allen Umständen darauf verzichten, die Sozialdemokratie als gleichberechtigter Partei zu behandeln.

Als das Organ Runters-Dortels gesteht zu, daß es überflüssig sei, das sozialistische Proletariat gesetzlich noch besonders zu schützen, da es auch ohnehin schon als geküht, als rechtlos behandelt werde! Da hat das Blatt ganz recht. Aber eben diese Rechtlosigkeit will sich das Proletariat nicht länger gefallen lassen! Veracht man es trotzdem mit den Mitteln der Entrechtung und Vergewaltigung: um so schlimmer für die Vergewaltigten, denn bessere

mentliche Korrespondenz meldet: Die Fraktion der freisinnigen Volkspartei im Reichstage wird die „deutsche Nichttrauensstunde“ der freisinnigen Vereinigung gegen den Reichskanzler nicht mitmachen.

Natürlich! Diese Fraktion hat nach wie vor ja nur das eine Interesse, den Reichskanzler im Amte zu erhalten. Das Frankfurter „Sonst fällt er“ ist das Leitmotiv aller „staatsmännlichen“ Aktionen dieser Spielart von Freisinn! Niemand hat ein gleich reaktionärer leitender Staatsmann eine gleich bewusste Schutztruppe aus einem dem Programm nach politisch entgegengesetzten Lager um sich gezogen!

Unterdes fröhlt der Wurm Gott sei Dank weiter.“ Wir empfehlen diese Zeilen auch Herrn Raumann zur aufmerksamem Lektüre; vielleicht versteht er dann, warum wir seine Freuden nicht immer schonend behandeln können, und bestimt sich seiner besseren Vergangenheit, wo sein Urteil über die politischen Qualitäten des Fischbäcks von dem unseren nicht allzu sehr verschieden war.

Ein Idyll im Kanzlerpalais.

Sie saßen beim Weine und führten heitere Reden. Ihre Wangen röteten sich, ihre Augen funkten. Ein Gefühl des Wohlbehagens erfüllte sie. Wie schön ist doch das Leben — im „intimen Kreise“ im Reichskanzlerpalais!

Sie scherzten und lachten, erzählten sich lustige Witze. Graf Stolberg, der Reichstagspräsident, „entpuppte sich als ein reizender Blaudecker“. Erzählte Anekdoten über Bismarck und über Eulenburg. Noch den jüngsten Gardenprozessen wirklich ein reizendes Thema. Ein anderer erzählte von seinen „afrikanischen Fahrten“. Auch sehr sehr interessant geworden sein. Die Widwid, das Land, wo Menschenblut billiger ist als Wasser, die Tropenglut, die schwarzen Mädchen! ... Die animierte Stimmung stieg. Als Blaudecker treten sich diese Politiker und Staatsmänner „persönlich näher“ — zum Wohle des Vaterlandes. Und der Reichskanzler, mit heiteren Grübeln auf dem freundlichen Gesicht, ergreift das Wort.

Doch bevor wir die Rede hören, müssen wir uns die Geste ansehen. Wer den Kanzler des Deutschen Reichs im Parlament gesehen, wie er mit sonstigen Bewegungen seine Taille moiffert, um dann in vollendeter Grazie der Verkrümmung mit einem leisen Zucken des wohlgepflegten Händchens die Sozialdemokratie zu zerfämetern, nur der kann sich eine Vorstellung bilden von der Größe und der Energie dieses Geistes, der das deutsche Volk in seine politischen Schicksale führt. Eine Stunde vorher, im Reichstage, war die Rede des Reichskanzlers ein drohender Finger. Nichts als ein großer Wasserfänger, der sich dräuend aus den Wolken erhebt — wie nach einer Zeichnung von W. Busch. Hier, im Kreise seiner Intimen, in einer Atmosphäre, in der sich der würzige Geruch der feinen Weine mit dem Aroma der Havannas mischt, behaglich zurückgelehnt in seinem Sessel, hatte der Reichskanzler sicher nicht die grobe, kloyige Geste von vorher — nein, seine Geste war jovial, leicht, niedlich, beinahe so wie das Köpfchen einer Ballerina.

Und so en passant, mit lächelndem Munde, mit tänzelnder Handbewegung, mit spielenden Fingern, die die Kriege an bagatello behandeln, erzählte der Reichskanzler, wie 1871 Gallitz die Blusenmänner aus dem Boke in Reichen aufstellte, im Vorübergehen bald diesen, bald jenen tippte oder durch einen leichten Fingerdruck bezeichnete und wie diese Gezeichneten dann an die Mauer gestellt und fülliert wurden! „Ist das eine Kunst? Sicher nicht. Sehen sie, meine Herren, so wird's gemacht!“

Ja, so wird's gemacht. Hoch der Kanzler! Die Gläser klinkten, die Gesichter glühten. „Der Abend — schreiben die „Hamburger Nachrichten“ — hat entschieden dazu beigetragen, daß die persönliche Fühlung zwischen den Abgeordneten der Volkspartei und dem Reichskanzler wärmer geworden ist.“

Am gleichen Abend sah in den Arbeitervierteln von Berlin mancher hungernde Arbeitslose mit verblutendem Schädel, zerschundenem Arm und ergab sich ebenfalls seinen Gedanken, das Liedchen vor sich hinpfeifend: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“

Die Marokko-Interpellation in der französischen Kammer.

Paris, 24. Januar.

Die Regierung hat vorgebeugt. Sie hat offenbar aus den Anzeichen der letzten Tage — u. a. aus der angeforderten Anfrage der Radikalsozialisten — geschlossen, daß eine nicht unerhebliche Strömung der öffentlichen Meinung gegen die Ausdehnung des marokkanischen Abenteuers ist. So hat sie denn noch vor Beginn der kritischen Kammerstimmung in der Presse mitteilen lassen, es heiße, daß im gestrigen Ministerrat beschlossen worden sei, keine neuen Truppen nach Marokko zu senden und die Aufnahme einer neuen Marokko-Anleihe in keiner Weise zu begünstigen.

In der Kammer waren alle Tribünen stark besucht. Jaurès als Begründer der sozialistischen Interpellation begann seine Rede mit der Aufforderung an die Kammer, Frankreich mutig von dem marokkanischen Abenteuer zu befreien. Frankreich und Abdul Aziz befänden sich einer großen Bewegung in Marokko gegenüber, die Algecirasakte aber verpflichtete Frankreich nicht, Marokko einen Sultan aufzudrängen, der an Ansehen verloren habe. Die Affäre von Sektat sei eine Warnung. Wenn Frankreich mit Abdul Aziz zusammengehe, werde es engagiert sein. Der Ministerpräsident, sagte der Redner, macht mir ein Zeichen, daß er Abdul Aziz nicht militärisch unterstützen will. Das ist gut, es scheint auch nicht, als ob Sie ihn finanziell weiter unterstützen wollen.

Jaurès wies dann in ironischer Weise auf die Clemenceau kürzlich von Berichterstattern zugesandten Ideen hin, und ward der Regierung vor, daß sie beiden Sultanen abwechselnd ihre Gunst zuteil werden lasse. Dr. Rauchamp sei ein geheimer offizieller Unterhändler zwischen dem Ministerium des Aeußeren und Mulay Hafid gewesen. Er (Redner) besitze Briefe, welche es beweisen. (Bewegung.)

Minister Pichon erklärte hierauf, er habe niemals, weder direkt noch indirekt Beziehungen zu Mulay Hafid gehabt.

Jaurès gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung weise genug sein werde, absolut neutral zu bleiben und sich darauf zu beschränken, Schiffe in den Häfen zu halten, die die Europäer gemäß der Algecirasakte beschützen sollten. Er erinnerte an die Marokkopolitik Delcassés; die Algecirasakte habe glücklicherweise gestattet, diese Politik zu debattieren. In den Anordnungen der Regierung traten Widersprüche hervor. Sie habe beispielsweise den Obersten de Frétag, der 8 Kilometer vorging, verurteilt, und

jetzt den General d'Amade lobt, der 65 Kilometer vorwärts gegangen sei. Die Einnahme Sektats sei ein Wiederaufleben des Marsches nach Marrakesch, der vor der Revolution in Jes geplant war. (Pichon macht ein Zeichen der Verneinung.) Jaurès fährt fort: Wenn Sie die Marokkaner nicht anders an sich fesseln können, als mit Kanonenkugeln, so ist das ein Verdammungsurteil der Intervention in Marokko, wo Frankreich für die anderen Mächte arbeitet.

Clemenceau erklärt in Erwiderung auf eine Bemerkung Jaurès, niemand denke daran, nach Jez zu gehen. Jaurès antwortet, daß die Ereignisse Frankreich möglicherweise dazu zwingen könnten. Er verurteilte im weiteren Verlaufe seiner Rede jede doppelstünige Politik in Marokko sowie jedes geheime Abkommen zwischen Frankreich und Spanien, das eine Trennung Marokkos bezwecken würde. Als Minister Pichon hierauf mit dem Kopfe schüttelt, erwidert Jaurès, Kopfschütteln genüge nicht, um die Gefahr doppelstüniger Verträge abzumenden. Frankreich dürfe nicht aus Eigenliebe im Geiste der in bezug auf Marokko gemachten Fehler bleiben. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Nach Jaurès ergreift Ribot das Wort. Im Jahre 1904 habe Jaurès unter der Zustimmung Englands für Frankreich das alleinige Recht in Anspruch genommen, Marokko zu organisieren. (Gelächter.) Die Bestrebungen Jaurès, die darauf hinausläufen, Frankreichs Stellung in Marokko aufzugeben und diejenigen zu verlassen, die Zuflucht auf den französischen Schiffen gesucht hätten, dürften nicht zugelassen werden. Von fanatischen Marokkanern werde schon jetzt behauptet, die Europäer könnten sich von ihren Schiffen nicht entfernen. Er sei auch nicht dafür, nach Jez zu marschieren. Frankreich müsse zeigen, daß es niemals seine Staatsangehörigen verlassen und daß es stets die Europäer beschützen werde. Er freue sich über den glücklichen Ausgang des Zwischenfalls an der algerisch-marokkanischen Grenze. Die Lage Safablancas sei aber weniger gut. Aufklärung sei über den Fall Drube zu fordern. Frankreich sei es gewesen, das den Sultan nach Rabat geführt habe; er sei der Ansicht, daß von der Regierung auf die Kammer ein Druck dahin ausgeübt werde, daß diese dem Sultan die Unterstützung Frankreichs gewähre. „Wir dürfen uns nicht weiter engagieren, sondern wir müssen einzig die Franzosen und die übrigen Europäer schützen.“ Warum habe Pichon in Madrid nicht El Mokri aufgehalten. Er hätte ihm nachweisen können, daß seine Mission bezüglich einer Anleihe unnütz sei. Ribot schloß: „Wenn wir Abdul Aziz schützen, dürfen wir ihm kein Unrecht zufügen. Wenn Marokko zur Zivilisation erwachen wird, muß man es darin unterstützen, aber nicht gegen seinen Willen. Es wird eine gewisse Größe darin liegen, eine friedliche Politik zu befolgen.“ (Beifall.)

Unter Bewegung des Hauses bestieg dann Delcassé die Tribüne. Er führte aus, da Frankreich gegen seinen Willen zur Konferenz von Algeciras geführt worden sei, sei es eine Ehre für Frankreich, seine Politik gemäß der Algecirasakte zu befolgen. Warum wurde die legitime Aktion, die wir begonnen hatten, nicht mit Beharrlichkeit weiter geführt? Es würde Uebertreibung sein, darin den Einfluß der Ereignisse in der Mandchurie zu suchen. Deutschland und Rußland hatten von uns eine begünstigte Behandlung erfahren. Deutschland hatte von dem französisch-englischen Vertrage drei Wochen vor seiner Unterzeichnung Kenntnis. Die Hegemonie Deutschlands in Europa war bedroht, alle Nationen, denen die Unabhängigkeit Europas am Herzen lag, waren um Frankreich gruppiert. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.) Die Konferenz von Algeciras, die dann zusammentrat, ließ die Möglichkeit eines Krieges voraussehen. Der Krieg wurde Frankreich aber nicht erklärt. Wenn Frankreich sein Recht für sich hat, seine Allianzen und seine mächtigen Freundschaften, kann es Vertrauen zu sich selbst haben. (Lofender Beifall links, im Zentrum und rechts.)

Jaurès ruft zur Linken gewandt: „Warum haben Sie ihn dana fallen lassen, wenn Sie ihm heute zujubeln?“ Zu Delcassé: „Wollen Sie herausfordern? In der Gefahr waren Sie recht klein.“ (Beifall auf der äußersten Linken.)

Delcassé erwidert: „Sie sind getäuscht worden.“ Beau, ehemaliges Mitglied des Kabinetts Rouvier, ruft Delcassé zu, er solle nicht mit Infirmationen vorgehen, es müsse gesprochen werden. (Unhaltende Bewegung.)

Delcassé fährt fort: Frankreich, als die Macht, deren Einfluß überwiegend ist, dürste seiner anderen Macht erlauben, an seine Stelle zu treten. Frankreich mußte handeln, um Marokko aus der Anarchie zureichen. Die Mittelmeeremächte erlitten durch die geschlossenen Abkommen an, daß Frankreich dieses Recht zustehe. Auch der deutsche Reichskanzler hatte anerkannt, daß unsere Aktion allen zugute kommen mußte. Wir teilten dem Sultan den französisch-englischen Vertrag sofort nach seinem Abschluß mit.

Paris, 24. Januar. Delcassé fuhr darauf fort: Gelegentlich Marokkos von Krieg sprechen, heißt denjenigen eine Beleidigung antun, denen man diesen Gedanken zuschreibt. Sie haben es im Reichstage erklärt, die Konferenz von Algeciras hat in Marokko einer Einmischung die Tür geöffnet, die sie sorgfältig vermeiden wollten. Ich habe mich zurückgezogen und nichts gesagt, was der Regierung bei ihren Verhandlungen hinderlich sein konnte, und ich habe für die Algecirasakte gestimmt. Für Deutschland wäre es besser gewesen, die Konferenz von Algeciras hätte nicht stattgefunden. Ohne die Konferenz wäre die glückliche Aenderung der europäischen Lage nicht so klar in die Erscheinung getreten. Unsere Politik der Versöhnung ist also keine Politik der Abenteuer gewesen. (Beifall links und im Zentrum.) Streiffragen mußten ausgetragen werden, damit die Entente der einander nahestehenden Länder nicht gestört werde. Von Petersburg ist die erste Billigung der französisch-englischen Entente ausgegangen. Unsere gesamte Politik wurde als friedlich anerkannt, als sich plötzlich Sachen ereigneten, auf die ich nicht weiter eingehen werde. Franzosen selbst haben versichert, daß der Dreibund friedlich ist. — Delcassé rethorisiert dann alle von ihm eingeleiteten Annäherungen und schloß: das friedliche Ziel der französischen Politik war überall anerkannt worden. Das Reich der Freundschaften Frankreichs und seiner Allianzen ist seiner Freiheit zu nützlich, als daß darauf zu verzichten wäre. (Ranganhaltender Beifall.) Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt und die Sitzung geschlossen.

Agitation kann für die Sozialdemokratie gar nicht geleistet werden!

Die Wirkung solcher Mittel scheint das Organ der Brot- und Fleischwucherer selbst zu fürchten. Wagt es doch den Versuch, die Gewalt wenigstens mit dem Schein eines gewissen Rechts zu umkleiden, indem es schreibt:

„Darauf (auf Gleichberechtigung) hat sie keinen Anspruch; oder sie hat den Anspruch selbst verwirkt, indem sie sich außerhalb der Verfassung stellte. Eine Partei, die öffentlich die monarchische Grundlage der Verfassung beseitigen will, die gegebenenfalls bereit ist, den Massenstreik als Kampfmittel anzuwenden, hinter dem zugestandenermaßen die rote Revolution lauert, — eine solche Partei hat kein Recht, als gleichberechtigt behandelt zu werden; sie steht außerhalb der Verfassung.“

Schade, daß diese Argumente gar so abgeschmackt sind. Durch theoretische Bekämpfung der Monarchie stellt sich in einer konstitutionellen Monarchie eine Partei ebensowenig außerhalb der Verfassung, wie eine monarchische Partei durch theoretische Verfechtung ihres Monarchismus innerhalb der Republik ihrer politischen Gleichberechtigung verlustig geht. Das wenig das Verfechtung natürlich auch ganz genau, es stellt sich eben blüher als es ist. Und zu behaupten, daß hinter dem Massenstreik die „blutige Revolution“ lauere, ist eine ebenso bodenlose Albernheit, wie die Behauptung des Scharfmachergeistes, die Straßendemonstrationen hätten irgend etwas mit Gewalttätigkeit zu schaffen!

Aber der brutale Hohn und die freche Aufforderung zur Vergewaltigung der rechtlosen „Kanaille“ sind gleichwohl sehr dankenswert!

Ein Skandalprozeß.

Ein Skandalprozeß ersten Ranges spielt zurzeit vor der Stuttgarter Strafkammer. Der Staatsrat und Präsident der Generaldirektion der Württembergischen Eisenbahnen, Erzengel v. Walz, seit wenigen Tagen außer Dienst, wurde von einem Regierungsbaumeister Wilh. J. Hoffmann beschuldigt, seine Stellung als Präsident der Generaldirektion der Württembergischen Staatsbahnen mißbraucht zu haben, um sich an der Daimler Motorwagen-Fabrikgesellschaft in Untertürkheim bei Stuttgart zu bereichern.

Hoffmann ist der Schwiegersohn des verstorbenen Kommerzienrats Daimler. Walz war bis vor kurzem Aktionär der Gesellschaft. Im Jahre 1902 geriet das Unternehmen in Schwierigkeiten. Es mußten für 1 Million Mark neuer Aktien herausgegeben werden. Bei der Beschaffung dieses Kapitals soll v. Walz hervorragend tätig gewesen sein, zum Schaden anderer Aktionäre. So behauptet Hoffmann, Strafanzeigen, die er dieserhalb an die Staatsanwaltschaft richtete, wurden als unbegründet abgewiesen. Hoffmann verfaßte daraufhin eine Beschwerdechrift an das Justizministerium, die er verwirklichte sich und Herrn v. Walz, höheren Beamten und Abgeordneten gleichfalls zuschickte. Auf Antrag des Präsidenten v. Walz veranlaßte das Ministerium des Auswärtigen, Abteilung für die Verkehrsanklagen, die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen Verleumdung gegen Hoffmann.

Erzengel v. Walz galt lange Jahre als zukünftiger Minister des Auswärtigen. Er ist Landtagsabgeordneter für das Oberamt Bradenheim, und zählt zur nationalliberalen Fraktion. Das Zentrum wollte ihn nach der letzten Wahl zum Präsidenten des Landtags machen, damit der Sitz den Volksparteilern nicht zufalle. Die Nationalliberalen gingen aber auf den Handel nicht ein.

Der Prozeß hat am Montag begonnen. Vorläufig hat Präsident v. Walz seinen Abschied erhalten. Wie in den Blättern behauptet wurde, sollte das endgültige Ausscheiden des Präsidenten erst am 1. April erfolgen. Vor wenigen Tagen habe ihn aber ein Brief, den er während einer Sitzung erhielt, veranlaßt, die Sitzung aufzuheben und sich sofort von seinen Beamten zu verabschieden. Eine Viertelstunde später sei bereits der Nachfolger auf der Direktion erschienen und habe die Geschäfte übernommen. Auf jeden Fall ist das Ausscheiden des Herrn v. Walz unter sehr eigenartigen Umständen erfolgt. Vielleicht bringt der Prozeß Licht in die dunkle Affäre. —

Finanznöte.

Die Wlopartei werden jetzt von der Regierung bearbeitet, die die neuen Steuern endlich in Sicherheit bringen möchte. Letzten Dienstag, am Tage der Wahlrechtsdebatte, fand nach einer Mitteilung der „Hamburger Nachrichten“ eine Besprechung des Staatssekretärs Freiherrn v. Stengel und des Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben mit mehreren Abgeordneten über die Frage der Reichsfinanzreform statt. Anwesend waren Vertreter aller Wlopartei, auch die freisinnigen Biemer, Dove und Wachne. Der Reichsfinanzsekretär gab nach dem Hamburger Blatt eine trostlose Uebersicht unserer Finanzlage und regte den Gedanken an, unter anderem die Matrilinearbeiträge der Einzelstaaten auf den Kopf von dreißig Pfennig auf achtzig Pfennig zu erhöhen. Für Preußen gab der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben die Zustimmung, obwohl er noch nicht wisse, durch welche Steuererhöhung diese erhöhten Matrilinearbeiträge eingbracht werden könnten. Andere Vorschläge bezogen sich auf die Erbschaftsteuer, die die Einzelstaaten zum größten Teile dem Reiche abtreten sollten. Das Reich soll auch in den Fällen Intestaterbe werden, wo kein Testament vorliegt und nahe Verwandte des Erblassers nicht vorhanden sind. Die Besprechung war unerblich; doch wurden die Grundlagen für eine neue beratende Konferenz zwischen den beiden Ministern und den Abgeordneten, in der endgültige Vorschläge gemacht werden sollen, vereinbart.

Ob wirklich die Erbschaftsteuer ausgestaltet werden soll, ist und bei dem Widerstand der Sozialdemokraten noch sehr fraglich. Dagegen scheint der Plan der famosen „Veredelung“ der Matrilinearbeiträge fallen gelassen zu sein. Die „Frankfurter Zeitung“ meint dagegen, daß höchstens das Branntweinmonopol und die Zigarettenhandelssteuer vor den Reichstag gelangen werden, aber kaum Aussicht hätten, angenommen zu werden. Eine umfassende Reform stünde nicht zu erwarten. Wahrscheinlich werde daher die Finanzreform überhaupt vertagt werden. Wir meinen allerdings, daß dies bei dem Mißstand seiner Schwierigkeiten haben wird, aber es paßt in die dilettantische Politik des Fürsten Bälou sehr gut, wenn Bälou die Finanzen des Reichs, um seinem Volk jede Belastungsprobe zu ersparen, vollends in Unordnung bringen würde. In Wirklichkeit trägt nur die preußische und sächsische Regierung die Verantwortung, die hartnäckig dem Reichstag das einzige Mittel verweigern, das die Reichsfinanzen sanieren könnte, nämlich die Einführung direkter Steuern. —

Evangelische Arbeiter zur preussischen Wahlrechtsfrage.

Im allgemeinen führen die evangelischen Arbeitervereine ein recht stilles Dasein — wenigstens was die Anteilnahme am politischen und sozialpolitischen Leben betrifft. Sie stehen fast sämtlich unter geistlicher Leitung, ihre Vorstände setzen sich aus Beamten, Lehrern, Unternehmern usw. zusammen, bürgerliche Parteien interessieren sind bestimmend für ihre Haltung — und so erfüllen ihre Aufgabe, wenn sie Kaisers Geburtstag, das

Reformationsfest und ihre Fahnenweihe möglichst glanzvoll begehen und bei Wahlen gegen die Sozialdemokratie stimmen. Es drängt für die staatsmännische Befähigung Bälous, daß es ihm gelungen ist, selbst diese gemächlichen Leute einigermaßen aufzuwecken und für die preussische Wahlrechtsfrage zu interessieren. Und das hat mit seiner Erklärung der Reichstagsanfrage am 10. Januar getan. Der „Evangelische Arbeitervereinsbote“ schreibt nämlich:

„Nach dieser Erklärung weiß man eine ganz genau, nämlich, was die Regierung nicht will. Sie will vor allem nicht die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. In nicht einmal die Erhebung des öffentlichen durch das geheime Stimmrecht wird in Aussicht gestellt. Wir müssen gestehen, daß das öffentliche Wahlverfahren das unheilvollste ist, das wir und denken können. Es wirkt in vielen Fällen geradezu demoralisierend. Wer in unserem Industriebezirk schon einmal öffentlichen Wahlen beigewohnt hat, wird das verstehen.“

Die Regierung, schreibt das Blatt weiter, erkenne zwar an, daß das in Preußen bestehende Wahlrecht Mängel habe, sei aber trotz längerer eingehender Erwägungen nicht in der Lage, für die laufende Tagung irgend etwas in Aussicht zu stellen: „Es wird nur geprüft werden, ob eine Besserung erzielt werden kann unter Zugrundelegung der Steuerleistung oder ob auch andere Dinge, wie Alter, Besitz, Bildung usw., eine zweckmäßige Wüstung ermöglichen. Das heißt: man ist sich noch nicht klar, ob das plutokratische System beibehalten oder durch ein Pluralistisches ersetzt werden soll. Die Arbeiterklasse wird an dieser Erklärung keine Freude haben.“

Zum Schluß erinnert das Blatt an den auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß in Berlin von süddeutscher Seite eingebrachten Antrag, sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts in alle Bundesstaaten auszusprechen. Der Antrag sei zwar aus Klugheitsrücksichten (1) nicht verhandelt worden... „wer aber Augen und Ohren hatte, konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß er so gut wie einstimmig angenommen worden wäre.“

Ein Soldatenschieber schlimmer Sorte stand dieser Tage in der Person des Feldwebel Hans Nische von der 8. Kompanie des Grenadierregiments Nr. 4 vor dem Kriegsgericht der II. Division zu Jüterbog. Nicht weniger als 280 Fälle von Soldatenmißhandlungen sowie eine Reihe anderer Vergehen wurde ihm zur Last gelegt. Dreißig Zeugen und eine Anzahl Aussagen kommissarisch vernommener Zeugen belasteten den Feldwebel.

Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Angeklagte seine Rekrutenerziehung durch Lüge, Stöße mit dem Anie in den Unterleib der Untergebenen, Bürgen am Hals, Schläge mit dem Seitengewehr und sonstige rohe Mißhandlungen zu bekräftigen pflegte. Ferner hat er seine Befehlsgewalt mißbraucht, indem er seine Untergebenen zu schriftswidrigen Arbeiten zwang. Einen vorgehenden Offizier hatte er beleidigt und einem Fähnrich Stöße in das Genick angeboten. Dabei huldigte er stark dem Alkohol. Eines Morgens konnte die ganze Kompanie wegen Trunkenheit ihres Feldwebels nicht zur Übung ausrücken. Selbst der Vertreter der Anklage bezeichnete das Verhalten des Feldwebels als Schandverel.

Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis.

Reichstagswahlwahl in West- und Ostpreußen.

West, 24. Januar. (Amliche Meldung.) Bei der gestern stattgehabten Reichstagswahlwahl im Wahlkreis West- und Ostpreußen erzielte der Erbpriester Viktor von Rauten-Rauten (Reichspartei) 6038 Stimmen, Wobol, Pfarrer in Rabin (Zentrum) 2922 Stimmen, Wobol, Pfarrer in Rabin (Polen) 14018 Stimmen und Danisch, Bergmann in Birkulau (Sozialdemokrat) 308 Stimmen. Acht Wahlbezirke sehen noch aus. Die Wahl Wobol ist gesichert.

Der Kreis gehörte den Polen und ist den Polen verblieben. Bei der Wahl im Januar 1907 war das Stimmverhältnis: Polen 20 038, Reichspartei 6992, Zentrum 3203, Sozialdemokraten 347. —

Volksparteier gegen die Wlopolitik.

Die bloßfressinnigen Organe schweigen die liberalen Wahlrechtsforderungen entweder tot, oder suchen sie als Hebe einiger Sozialliberaler zu verkleinern. Aber das hindert nicht, daß auch die Wähler der freisinnigen Volkspartei immer schärfer gegen die Verträge der Führer Front machen. Dies beweist der erregte Verlauf einer vom fortschrittlichen Jugendverein Eugen Richter am Dienstag in den Sophienhallen abgehaltenen Versammlung. Schon die Ausführungen der beiden Referenten des Abends, des Herrn Reichstagsabgeordneten Prof. Stengel und des ehemaligen Abgeordneten Lehrer Moritz wurden durch erregte Zwischenrufe wiederholt unterbrochen. Die weitere Diskussion führte zu einer vernichtenden Abrechnung mit den Freisinnshelden durch die anwesenden wirklich demokratischen Elemente. Besonders wirkungsvoll gestalteten sich die Ausführungen des Herrn Schwelmer, der bei der letzten Wahl im Wahlkreis Straßburg für Herrn Stengel agitatorisch tätig war, und der ihm jetzt zurief: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Dich in dieser Gesellschaft sehe. Im Besonderen wurde von diesem Redner auch der Wert der Straßburger Demonstrationen anerkannt, die geeignet und berufen seien, der noch schlafenden Bevölkerung die Wichtigkeit des jetzt begonnenen Kampfes zum Bewußtsein zu bringen. Sämtliche weiteren Redner waren in der Beurteilung des Fraktionsfreisinn einig, so daß der mittlerweile erscheinende unermessliche Herr Rosenow nicht genug Worte der Entrüstung über diese Rebellion im Herzen des eigenen Lagers finden konnte. Er und der Vorstand haben in beweglicher Weise Herrn Schwelmer seine inzwischen eingebrachte Resolution zurückzuschieben, aber verzagend. In dieser Resolution wird die Erklärung der preussischen Regierung als eine herausfordernde Verleumdung des preussischen Volkes gebrandmarkt und das durchaus unzulängliche in der Antwort der Abgeordneten Fischel und Wachne bedauert; die freisinnigen Parteien werden aufgefordert, angefaßt dieser Verleumdung speziell der freisinnigen Parteien die entsprechenden Konsequenzen durch sofortigen Austritt aus dem Wlo-Bund und Wiederaufnahme der aller schärfsten Opposition gegen das herrschende erregte Regime zu ziehen. Schließlich wird erwartet, daß der Wahlrechts-Agitationsausschuß durch außerparlamentarische, echt demokratische Elemente ergänzt wird.“

Zur durch eine eigentümliche Geschäftsführung gelang es, diese Resolution nicht zur Abstimmung zu bringen und die vom Vorstand eingelaufene Resolution zur Annahme — mit sehr zweifelhafter Majorität — zu verhehlen. —

Frankreich.

Drei Antimilitaristen.

Paris, 22. Januar. (Sig. Ver.) Die Pariser Anwaltskammer hat gestern Gustav Hervé ausgeschlossen und damit ihren alten Plan ausgeführt, den des Antipatriotismus und Antimilitarismus Schuldigen nicht sein Brot rechtlich in einem Beruf erwerben zu lassen, in welchem so viele zweifelhafte Profitmacher reichtümern. Schon als Hervé, nach seiner Entlassung aus dem Lehen, in raschem Stadium die Verurteilung zur Anwaltschaft erworben hatte, verstanden seine neuen „Kollegen“, ihn zur Pariser Anwaltskammer nicht zuzulassen. Der Parlamentsbeschluss von 1906 über die Amnestie verhinderte sie daran, diesen Entschluß durchzuführen. Seitdem ist nicht das geringste vorgefallen, was das Disziplinärverfahren gegen Hervé rechtfertigen könnte. Der Ordre gab sich auch gar nicht die Mühe, in seiner Vorladung bestimmte Tatsachen anzuführen. Die neuliche Verurteilung wegen eines Preß-

deliktes langt sicherlich nicht aus, um die Ausschließung selbst vor honorigen Patrioten zu begründen. Man wird sich wohl auf die „antipatriotische Gesinnung“ im allgemeinen berufen. In Wahrheit aber hat gar nicht der Antipatriotismus Herbes, sondern es haben seine wiederholten kräftigen Angriffe gegen die Kapitalistenklasse, die den Patriotismus der Pariser Anwaltskammer ihrem Profit zuliebe als „Rebellion“ behandeln und die Eroberung Marokkos betreiben, die Mut der juristischen Agenten der Großbourgeoisie erregt. Die Herren von der Anwaltskammer gingen auch über den Einwand hinweg, daß sie zu einer solchen Entscheidung gar nicht kompetent seien. In einem Präzedenzfall ist die Vollversammlung der Advokaten einberufen worden... Der zur Verantwortung Bezogene war der berühmte Linguet, der später mit Camille Desmoulins guillotinierte Verfasser der „Memoiren aus der Bastille“!

Den einen Antimilitaristen hat die Anwaltskammer ausgeschlossen; einen anderen hat sie aufgenommen: Der Justizminister Briand ist, wie heute gemeldet wird, vom Obersten zum Pariser Parreau zugelassen worden! Zulezt gehörte er der Anwaltskammer von Portoife an.

Aristide Briand ist also jetzt Chef der nationalen Justiz und Mitglied des Pariser patriotischen Parreau. Die Pariser Geschworenen aber haben heute einen jungen Schuhmacher zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er antimilitaristische Zettelchen an die Kaverei geliebt hatte. Der Inhalt dieser Zettelchen bestand aus Zitaten verschiedener berühmter Autoren: Rousseau, Anatole France und — Aristide Briand! Wie launisch sind doch die Maßstäbe des Schicksals! ...

Rußland.

Die Regierung sucht neue Konfikte!

Petersburg, 24. Januar. (Russ. Kor.) Der Hof und seine Umgebung machen die rücksichtslosesten Anstrengungen, um jede Opposition gegen die Marinavorlage zu unterdrücken. In der vorletzten Sitzung der Finanzkommission des Reichsrats, die das Budget des Marineministeriums beraten sollte, erschien unerwartet der Präsident des Reichsrats Alifoff und machte die Mitglieder der Kommission darauf aufmerksam, daß nach § 14 des Grundgesetzes der Kaiser Oberbefehlshaber aller Wehrkräfte sei, daher sei jede Kritik der Vorlage mehr oder weniger unzulässig. Eine Opposition gegen die Marinavorlage richte sich gegen die Kommandogewalt des Zaren! —

Dieses Auftreten des Präsidenten des Reichsrats wirkte auf alle Kommissionsmitglieder sehr niederschmetternd. Die Kommission des Reichsrats unterbrach ihre Besprechungen des Budgets, um abzuwarten, wie die Duma sich zu der Vorlage stellen würde.

Es verlautet, daß das Kabinett Stolypin nicht mit vollem Herzen für die unsinnige Milliardenvorlage eintrete, so geht das Gerücht, daß Stolypin bald zurücktreten werde.

Der 22. Januar in Petersburg.

Der dritte Jahrestag des Aufstandes in Petersburg ist still und klanglos verlaufen. Die organisierte Arbeiterschaft Petersburgs sah diesmal von öffentlichen Kundgebungen ab und beschloß zur Feier dieses Tages den Arbeitslohn zugunsten der Arbeitslosen und politischen Gefangenen zu spenden. Das Petersburger Komitee der sozialdemokratischen Partei sprach sich in diesem Sinne aus, und die bedeutendsten Fabriken schlossen sich dieser Aufforderung an. So beschloßen die Arbeiter in fast allen Textilfabriken, die Hälfte des Arbeitslohnes den Arbeitslosen und die andere Hälfte den verurteilten Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma abzutreten. In ähnlichem Sinne sprach sich die Delegiertenversammlung der bedeutendsten Metallwerke aus, obwohl die Delegierten der größten Privatwerke darauf bestanden einen einläufigen Streik zu proklamieren.

Die Regierung ließ sich selbstverständlich die Gelegenheit nicht entgehen, ihre Feigheit und Schwachheit vor aller Welt zu demonstrieren. Am 20. Januar versandte der Minister des Innern eine telegraphische Instruktion an alle Gouverneure, am 22. Januar keinerlei Versammlungen und Demonstrationen zuzulassen. Trotz Kriegs- und Belagerungszustand sahen sich die Herrschenden also, getrieben von ihrem bösen Gewissen, veranlaßt, spezielle „Sicherheits“-Maßnahmen zu treffen, um ihrerseits durch Polizei- und Militärausgebung für den Jahrestag der russischen Revolution zu demonstrieren.

Postalische Zustände.

Trotzdem Rußland dem Weltpostverein schon seit längerer Zeit angehört, wird das Briefgeheimnis im heiligen Rußland absolut nicht gewahrt! Um nun aber wenigstens nach außen hin zu zeigen, daß die russische Postbehörde die Verbesserung des Briefverkehrs mit dem Ausland erstrebt, werden von der russischen Postverwaltung von Zeit zu Zeit Zirkulare erlassen, in denen die überzähligen russischen Postbeamten u. a. darauf aufmerksam gemacht werden, daß nicht alle vom Auslande kommenden Postsendungen geöffnet zu werden brauchen!

Wenn die Tatsache, daß die Verletzung des Briefgeheimnisses in Rußland gang und gäbe ist, schon von Privatleuten auch in Deutschland mit gemischten Gefühlen aufgenommen wird, so dürften es der deutschen Geschäftswelt, die mit der russischen Verkehrsteilnahme in so peinigender Weise zu erfahren, in welcher skandalöser Weise die vom Auslande kommenden Postsendungen in Rußland behandelt werden: daß Drucksachen selten ihren Bestimmungsort erreichen, wenn sie in Massen aufgefertigt werden, ist aus naheliegenden Gründen verständlich, da man doch nicht alle Drucksachen prüfen, andererseits aber das Zirkulieren von Flugblättern in Rußland nicht dulden, nicht zuletzt auch den von Rußland für Drucksachen erhobenen Zoll nicht entbehren kann. Dies betrifft jedoch nicht allein die üblichen, also in unerschlossenen Auswärts gestandenen Drucksachen. Ist doch kürzlich offiziell erklärt worden, daß Prospekte selbst in geschlossenen Umwelts von der Weiterbeförderung in Rußland ausgeschlossen sind! Das schwarze Kabinett kann sich eben jetzt nicht noch größere Arbeit aufbürden.

Man darf nun nicht etwa glauben, daß alle vom Auslande kommenden Postsendungen, nachdem sie von den russischen Beamten sorgfältig untersucht sind und ihr Inhalt als nicht staatsgefährlich konstatiert ist, schleunigst weiterbefördert werden. Die Russen haben ein einfaches Verfahren: sie werfen die Postsendungen einfach fort, beziehungsweise verlaufen sie mit den Papierabfällen! So ist von dem Direktor einer Moskauer Papierfabrik offiziell erklärt worden, daß sich in den von ihm von der Post seit Jahren bezogenen Papierabfällen Briefe, Postkarten, Regierungssachen, Dokumente, ja Geld- und verschiedene Wertsendungen in jedem Posten vorfinden! Es würde zu weit führen, all die in seine Hände gelangten Postsendungen aufzuzählen, die der Herr Direktor unter Angabe des Datums und des betreffenden Inhalts anführt. Die deutschen Leser dürften aber folgende Stichproben interessieren: Unter den Papierabfällen befand sich ein Postpaket mit einer goldenen Damenuhr aus Königsberg i. Pr., adressiert nach Krasnow, Gouvernment Tambow! Muster von Messern und Sägen aus Solingen! Ein Paket mit Kantantenweisung an eine Firma in Modau auf circa 3000 Mk. usw.

Wenn solche Angaben nicht offiziell widerlegt werden konnten — der russische Postdirektor entschuldigt sich jetzt nur damit, daß viel zu tun sei und deshalb solche kleinen Vorfälle unvermeidlich sind — wie mag's in voller Wirklichkeit mit diesen Zuständen beschaffen sein? — Den deutschen Interessenten aber kann nicht genug empfohlen werden, ihre Postsendungen nach Rußland, soweit es möglich ist, nur eingeschrieben zu expedieren.

Amerika.

Im Senat zu Washington steht eine Vorlage zur Beratung, die sich mit dem viel erörterten Problem beschäftigt, wie die Vereinigten Staaten am besten für ihre Exzessiven sorgen können, damit „die wertvollen Dienste dieser großen Männer“ der Nation nicht verloren gehen. Gegenwärtig lebt nur ein Exzessiver, nämlich Grover Cleveland, der ein beachtliches Defizit führt und sein Hauptinteresse dem Ansehenspost zugewendet hat. Da nun aber der „berühmte“ Roosevelt nächstens ein „Er“ wird, so ist die Lösung der Frage für alle Patrioten brennend geworden. Dazu hat Cleveland — als der berufene — einen sehr beifällig aufgenommenen Vorschlag gemacht, dem durch die Senatsvorlage Ausdruck gegeben wird. Die Exzessiven sollen Delegierte zur Haager Konferenz und zu allen panamerikanischen Kongressen sein und mit vier Auserwählten, die der Präsident ernannt, eine Art „Friedenshof“ bilden. Sie erhalten 10 000 Dollar jährlich als Lebenszeit nebst reichlicher Kostenvorgütung im Amte sowie besoldete Sekretäre. — Der Kongress soll für diesen Zweck sofort 150 000 Dollar bewilligen. Ob dem latendurftigen Roosevelt das stille Amt als Friedenshof genügen wird? —

Rußlands Finanzlage.

Das Jahr 1907 ist in finanzieller Hinsicht als ein für Rußland recht ungünstiges zu bezeichnen. Dem scheint zwar der Umstand zu widersprechen, daß die tatsächlichen Einnahmen des Reiches mit einem Mehr von 145 Millionen Rubel gegenüber dem Voranschlage abgeschlossen; man darf sich jedoch dadurch nicht blenden lassen, denn die Gewohnheit der russischen Finanzgenies, die Einnahmen absichtlich niedrig anzuschlagen, ist ja bekannt. Weit wichtiger ist aber die Lage des russischen Kredits, denn der Kredit ist ja nichts weiter als der Ausdruck des Vertrauensgrades zur gegenwärtigen und in hohem Maße auch zur künftigen Lage der Finanzen und der gesamten Volkswirtschaft eines Landes. Mit dem russischen Kredit nun sieht es ganz verzweifelt aus. Wäre die Finanzlage wirklich so glänzend, wie es die 145 Millionen Rubel Mehreinnahmen zu beweisen scheinen, so brauchte die Regierung nicht so krampfhaft nach Anleiheemöglichkeiten zu suchen; und stünde ihr gegenüber Kredit offen, dann würde sie nicht auf solche absurden Gedanken verfallen, wie wir sie z. B. in der offiziellen „Rossija“ zu lesen bekommen. In einem von der Redaktion dieses Blattes nicht etwa als private Meinungsäußerung bezeichneten Artikel macht ein gewisser N. Golowin, der von der rechten Presse als Finanzgenie gefeiert wird, den Vorschlag, die staatlichen Bergwerke, Naphthaquellen und Eisenbahnen zu veräußern! Ein öffentliches Geheimnis ist es auch, daß die vielbesprochene russisch-französische Gesellschaft mit zwei gewesenen Finanzministern, Rouvier und Wyszynegradsky, an der Spitze mit ihrem Projekte, der Regierung eine Anleihe unter Verpfändung der Betriebsmittel der russischen Eisenbahnen zu gewähren, an entsprechender Stelle beinahe durchgedrungen wäre. Bekannt ist ferner der immer noch nicht aufgegebenen Plan: einer amerikanischen Kompagnie den Bau einer ostibirischen Bahn und die Ausbeutung weiter Strecken Sibiriens zu übertragen für das hübsche runde Summen von einigen hundert Millionen jährlich. Mit Recht höhnen die russischen oppositionellen Zeitungen, daß diese Vorschläge auf einen „Ausverkauf des russischen Reiches“ hinauslaufen. Das Aufstehen solcher Pläne in offiziellen Organen aber beweist am besten, wie tief erschüttert der russische Kredit in Wirklichkeit ist. Daß aber diese Erschütterung, dieses Mißtrauen zur finanziellen Stabilität des Reiches ein Resultat der gesamten inneren Zustände Rußlands ist, das ist für jeden Einsichtigen klar. Sehr deutlich läßt sich dieser Zusammenhang an dem Kurs der russischen Papiere während der letzten Jahre verfolgen, deren Kurschwankungen mit den innerpolitischen Verhältnissen stets gleichen Schritt halten. So stehen denn auch jetzt die russischen Papiere niedriger als sogar nach dem Frieden von Portsmouth, nach der militärischen Debatte Rußlands. Dieser Umstand beweist, wie tief eingewurzelt — und mit vollem Recht — das Mißtrauen zur „Ruße“ ist, die Herr Stolypin hergestellt zu haben glaubt. . . .

Für die Zukunft sind nun aber keinerlei Anzeichen vorhanden, daß die Sache besser wird: Der Etat für 1908 schließt mit einem Defizit von 180 Millionen Rubel! Mit eiserner Faust pocht die Hungersnot an den Türen der Bauern. Eine dumpfe revolutionäre Gärung legt auch der Regierung den Gedanken nahe, daß die „Hydra der Revolution“ vielleicht schon in nächster Zukunft ihr Haupt wieder erheben wird. Die Armut und das Elend der Volksmassen wachsen von Tag zu Tag, und nur mit allergrößter Mühe können die Steuern eingetrieben werden. Inzwischen braucht aber die Regierung Geld; denn die Zinsen müssen bezahlt, der „innere Feind“ muß bekämpft werden. Wo nimmt man aber das Geld dazu her? Das Inland kann nicht mehr: es ist ja ausgezehrt, und das Ausland will nichts mehr hergeben, ohne eine greifbare Sicherheit dafür zu erhalten; es sieht eben in Rußland einen allzu unzuverlässigen Schuldner. So ist auch der schmerzvolle Ruf verständlich, der der offiziellen „Rossija“ im Augenblick höchster Verzweiflung entfährt: „Was tun? Können wir unserm eigenen Wankrott ruhig zusehen? . . .“

Gewerkchaftliches.

Kein Notstand?

Aus Anlaß der Arbeitslosen-Versammlungen am vergangenen Dienstag hatte das „Berliner Tageblatt“ das Bedürfnis, eine Anzahl beamteter Herren um ihre Meinung zu fragen, die nach dem Gefühl der „Tageblatt“-Redaktion wohl die Pflicht hätten, an der Not von etwa 60 000 Personen nicht wortlos vorbeizugehen. Dabei ergab sich die für uns natürlich nicht überraschende Tatsache, daß den Spitzen der Berliner städtischen Verwaltung von einer solchen Not nichts bekannt ist.

Herr Oberbürgermeister Kirchner sprach: „Die Entscheidung über die Frage, ob etwa gemäß der in den gestrigen Arbeitslosenversammlungen aufgestellten Forderung nach Vornahme von Notstandsarbeiten von Seiten der Stadt Berlin Notstandsarbeiten in die Wege geleitet werden, liegt in den Händen des Magistrats. Dieser hat sich aber zunächst darüber schlüssig zu machen, ob er überhaupt einen augenblicklichen Notstand anerkennt.“

Leider hat der Notstand aber auf die Anerkennung durch den Berliner Magistrat nicht gewartet, sondern ist wirklich und wahrhaftig ohnehin eine solche da! Wenn der Herr Oberbürgermeister selbst den Worten vieler Tausender Arbeitsloser nicht glauben will, dann könnte eine schnelle Rundfrage bei einigen wenigen Bankinstituten ihm von der Ungewöhnlichkeit der gegenwärtigen industriellen Situation überzeugen.

Herr Professor Silbergleit, der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, macht sich zwar eine Anerkennung oder Aberkennung des Notstandes nicht ohne weiteres an, aber ihm genügen anscheinend die Nachweise nicht völlig:

„Die Frage, wieviel Arbeitslose es in Berlin gibt, ist schwer zu entscheiden und wohl kaum mit genauen Zahlenangaben zu beantworten. Man wird dabei zu berücksichtigen haben, ob die Betroffenen nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können. Ferner wird man sich fragen müssen, ob die jetzt ohne Arbeit Dastehenden erst in Berlin arbeitslos geworden sind oder aus anderen Städten zuwanderten in der Hoffnung, in Berlin Arbeit zu finden. Sowie läßt sich aber sagen, daß nach der Mitgliederzahl bei den Krankenkassen der Umfang der gewerblichen Beschäftigung nicht nachgelassen hat. Das schließt freilich nicht aus, daß augenblicklich ein Teil der arbeitenden Bevölkerung arbeitslos ist.“

Diese Antwort klingt wissenschaftlich, ist es aber nicht. Zunächst kann sie der Herr Professor nur gegeben haben auf Grund veralteten Materials. Im Dezember 1907 haben die Krankenkassen einen Rückgang des Mitgliederbestandes gegen das Vorjahr von mehr als 32 000 zu verzeichnen! Diese Zahl gibt auch gleich eine Antwort auf die geschmackvolle Verdächtigung durch den gebildeten Herrn Professor, daß man nicht wissen könne, ob die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen oder nicht arbeiten können. Diese 32 000 haben nämlich im Vorjahre gearbeitet, sie haben bewiesen, daß sie arbeiten wollen! In dieser Ziffer hat der Herr Professor aber auch die Antwort auf die weitere Frage, ob die Leute in Berlin arbeitslos geworden oder zugewandert sind (für den hungrigen Magen übrigens gleichgültig). Diese 32 000 sind in Berlin arbeitslos geworden!

Der dritte Arbeiterfreund im „Berl. Tagebl.“ ist der bekannte Dr. Freund, dessen Freundlichkeit gegen die Arbeiterchaft in dem Augenblick verpufft ist, als er zu der Einsicht kam, daß er die Massen nicht von der Sozialdemokratie hinwegzudrängen vermöchte. 30 000 Arbeitslose gesteht uns Herr Dr. Freund zu, nur meint er, daß deswegen kein Grund zur Beunruhigung vorläge. Die Angabe des „Vorwärts“, daß 50—60 000 Arbeitslose vorhanden sind, erklärt er für übertrieben und führt dagegen an: Berlin habe 30 000 Rentenempfänger; diese werden bei Arbeitsangebot von den Kräftigeren, Gefühleren aus der Arbeit gedrängt, und diese würden alle in den Listen mit als arbeitslos geführt. Herr Dr. Freund macht dieselben Einwände, wie bei der Arbeitslosenzählung von 1902. Er hat noch immer nicht begriffen, daß die Rentenempfänger, abgesehen von den ganz alten Leuten, von 16—20 M. monatlicher Rente nicht leben können, sondern noch Gelegenheitsarbeit verrichten müssen.

Rechnet er nun von diesen 30 000 Rentenempfängern 15 000 als zurzeit arbeitslos, wie er es in der Nr. 42 des „Berl. Tagebl.“ tut, zu den von ihm nicht bestrittenen 30 000 gewerblichen Arbeitslosen, so müßte er selbst zu einer Ziffer gelangen, die der im „Vorwärts“ angegebenen sehr nahe kommt. Jedenfalls werden aber Rentenempfänger grundsätzlich nicht in den Listen der Gewerkschaften als gewerblich arbeitslos geführt!

Dann führt er weiter als Beweis an, daß im Dezember 1907 nur 7000 Marken weniger in der Landesversicherungsanstalt Berlin geklebt worden sind. Diese Annahme ist gar kein Beweis. Bekanntlich leben viele kleine Meister die Karten nur in längeren Zwischenräumen, vielfach auch erst kurz vor der Entlassung. Es kann also sicher gelten, daß im Dezember bei den vielen Entlassungen außerordentlich viel Marken verandt sind. Niemand weiß besser, als Herr Dr. Freund, wie äußerst mangelhaft geklebt wird.

Also auch hier ein Trugschluß! Seine Angaben über die Rückgangsziffern der Krankenkassen von 1906 können als maßgebend nicht bezeichnet werden, weil sie unvollständig sind.

Zum Schluß sagt er dann, daß man es jetzt im wesentlichen mit der Nachwirkung der im Vorjahre stattgehabten umfangreichen Lohnbewegungen im Holz- und Baugewerbe zu tun hat.

Eine sehr bequeme Manier, die Schuld des kapitalistischen Systems auf die Arbeiter abzuschieben! Herr Dr. Freund weiß nichts von der Geldkrise, nichts von der erschwerenden Aufbringung der Baugelder, er weiß nicht, daß schon im Frühjahr, vor dem genannten Lohnkampfe, 7—9 Proz. für Baugelder gezahlt wurden!

Diese eigentliche Ursache des Rückganges in der Bauwirtschaft, welche auch die Unternehmer in ihrer Brutalität den Arbeitern gegenüber stärkte, ist ihm ganz entgangen; es paßt ihm eben nicht in seine Rechnung. So sehen die sogenannten Arbeiterfreunde aus!

Worum handelt es sich! Es gilt, dem Magistrat Material zu beschaffen, die bevorstehenden Anträge auf Notstandsarbeiten abzulehnen, und da müssen die freiwilligen Magistratskommissare als Sachverständige ihre Weisheit verzapfen, um auf diese Art dem Geldsack beizuspringen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Former und Sichererarbeiten.

Die Differenzen bei der Firma Brunauer, Müllerstr. 10, sind durch Verhandlungen beigelegt. Die Kollegen haben am Freitag sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperrung ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Schlosser!

In der Zunderfabrik zu Arlos bei Ralmo in Schweden befinden sich die Schlosser und Monteure im Streik. Da von einigen Agenten versucht wird, Monteure für diese Fabrik anzuwerben, so ersuchen wir die Kollegen, derartige Arbeitsangebote zurückzuweisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Berliner Mitglieder des Bäderverbandes hat kürzlich ihren Jahresbericht für 1907 veröffentlicht. Wir entnehmen denselben folgende Angaben: Ende 1906 betrug die Mitgliederzahl 1911, sie ist bis Ende 1907 auf 2348 gestiegen. Die Zunahme ist zum Teil auf den Anschluß des Verbandes der Konditionen zurückzuführen. Doch abgesehen hiervon, ist der Gewinn an Mitgliedern immer noch ein recht erheblicher. Die Fluktuation der Mitglieder ist groß, jedoch wird dies als eine durch die Verhältnisse im Bädergewerbe begründete Selbstverständlichkeit betrachtet, die keinen Anlaß zu Bedenken gibt, da sie die ungehinderte Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl nicht behindert hat. — Unterstützungen sind gezahlt worden: An Arbeitslose 16 678 M., an Reisende 279 M., an Kranke 2316 M., Sterbegeld 80 M., Streikunterstützung 5670 M. — Als sehr erfolgreich wird die Wirksamkeit des paritätischen Arbeitsnachweises bezeichnet. Derselbe ist seinerzeit errichtet

worden in Verbindung mit denjenigen Meistern, welche die Forderungen des Verbandes anerkennen und deshalb im Gegenzug zu den Zunahmen stehen. Der paritätische Arbeitsnachweis hat im Berichtsjahre 2943 feste und 4508 Zuschulffstellen besetzt. Im Jahre 1906 wurden nur 1991 Zuschulffstellen besetzt. Die starke Zunahme wird der durch den Verband errungenen Gewährung eines freien Tages zugeschrieben, sie wird aber auch als Beweis dafür angesehen, daß die Meisterschaft anfängt, sich an eine bestimmte begrenzte Arbeitszeit ihrer Gesellen zu gewöhnen und am Sonnabend und Sonntagen, wo mehr Arbeit als sonst zu leisten ist, Zuschulffkräfte einzustellen, was vor wenigen Jahren noch eine große Seltenheit war. Die Zahl der besetzten festen Stellen ist seit 1906 fast um das Doppelte gestiegen, auch die Löhne sind seitdem in die Höhe gegangen und zwar bei den Okenarbeitern von durchschnittlich 26,73 M. auf 29,21 M., bei den Knetern von 24,99 M. auf 26,43 M., bei den dritten Gesellen von 22,22 M. auf 23,54 M. Der Bericht sagt, es sei anzunehmen, daß die Löhne in fast allen Bädereien Berlins und der Vororte in derselben Weise gestiegen sind.

Ausland.

Der Ausstand der Schiffsarbeiter an der Südwestküste Englands ist stetig im Zunehmen begriffen. Zurzeit streiken 6000 Arbeiter, Ende der Woche werden es 10 000 sein und in kurzer Zeit werden 45 000 Arbeiter ihre Tätigkeit eingestellt haben. Die Arbeitgeber erklären es für unmöglich, ihren Beschluß, die Löhne herabzusetzen, aufzuheben, da es ihnen angeblich an Bestellungen fehlt. Die Lage der Arbeiter ist insofern günstig, als sie von der Trade Union unterstützt werden, und diese über große Kapitalien verfügt.

In Goldfield im Staate Nevada, Nordamerika, sind die Bundesstruppen, die Präsident Roosevelt gegen die streikenden Bergarbeiter aufgebieten hatte, erst Mitte Januar zurückgezogen worden. Der Streik begann am 28. November vorigen Jahres. Wozu die Truppen gebraucht werden sollten, darüber gibt der amtliche Bericht der Untersuchungskommission Auskunft. Es heißt darin:

„Das Verbot der Bergwerksbesitzer berechtigt zu der Annahme, daß sie sich zur Herabsetzung der Löhne und zur Ablehnung der Anstellung von Mitgliedern der Western Federation of Miners (der Gewerkschaft der Bergleute) entschlossen hatten, aber sich scheuten, dieses Verbot einzuschlagen, bis sie den Schutz von Bundesstruppen genießen würden, und daß sie infolgedessen den Plan gefaßt haben, sich solche Truppen zu verschaffen und dann mit der Ausführung ihres Programms vorzugehen.“

Nachdem die Truppen eingetroffen waren, veröffentlichte die Bergwerksbesitzer eine Erklärung, worin sie die Absicht zu erkennen gaben, die Löhne der Bergleute von 5 Dollar auf 4 Dollar pro Tag herabzusetzen und keine Bergleute mehr zu beschäftigen, welche der Union angehören. Der Bericht fährt dann fort: „Diese Herabsetzung der Löhne und Beigerung der weiteren Beschäftigung von Mitgliedern der Western Federation of Miners wurde zwar erst nach der Ankunft der Truppen bekannt gegeben, aber alle Anzeichen bestärken in der Annahme, daß ein solches Vorgehen schon vor der Ankunft der Truppen geplant war und einen Teil des allgemeinen Planes der Bergwerksbesitzer bildete, sich von der Union unabhängig zu machen, und daß sie auf die Herbeiziehung der Truppen rechneten und sich darum bemühten, um ihren Plan ausführbar zu machen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Antwort der Wähler!

Erlangen, 24. Januar. (W. S.) Der nationalsozialistische Verein, Ortsgruppe des Wahlvereins der Liberalen, faßte in einer Versammlung folgende Resolution: Der Verein behauert auf die tiefste die schmachvolle Haltung der freisinnigen Vereinigung gegenüber dem Reichskanzler, der durch seine Wahlrechtsklärung im preussischen Abgeordnetenhause jeglichen demokratischen Liberalismus aufs schärfste provoziert hat. Die Erlanger Ortsgruppe erwartet, daß die Fraktion der freisinnigen Vereinigung sich unverzüglich von der sie schwer kompromittierenden Blaspheemie löse und daß der Parteivorstand in aller nächster Zeit einen außerordentlichen Delegiertentag einberufe, damit die Fraktion die Stimmung der Organisation im ganzen Reich kennen lernt, mit denen sie im Zeichen des Blods die Fühlung anscheinend völlig verloren hat. Der Erlanger Verein erklärt, daß seine Sympathien der demokratischen Richtung der Führer Barth, Gerlach, Breitfeld angehören. Außerdem wurde beschlossen, einen sofort einzuberufenden bayerischen nationalsozialistischen Delegiertentag zu beantragen, auf dem der Landesverband Stellung nehmen soll zur politischen Haltung des Reichstagsabgeordneten Dr. Raumann.

Stuttgart, 24. Januar. (W. S.) Der hiesige liberale Verein hat in der gestrigen Hauptversammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: Nach der jedem liberalen Empfinden hochschmerzenden Erklärung des Fürsten Bismarck zur preussischen Wahlrechtsreform vom 10. Januar, auf die ihm leider im preussischen Abgeordnetenhause nicht mit schwebender Deutlichkeit erwidert wurde und auf die auch im Reichstage eine schärfere Erwidrerung hätte erfolgen dürfen, erachtet sie es für unmöglich, von liberaler Seite noch eine Politik im Reich mit den Konservativen zusammen zu machen, um so mehr, als diese Partei ja doch auch in freierlichen Fragen der Reichspolitik zu keinerlei Konzessionen bereit ist.

Die gereinigte Polizei.

Eberfeld, 24. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach vierstündiger Verhandlung wurde heute von der Strafkammer der Genosse Hoffmann von der „Freien Presse“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wegen angeblicher Beleidigung der Eberfelder Polizei. Die „Freie Presse“ hatte Mißhandlungen von Verhafteten durch Polizeibeamte gerügt. Die Verhandlung ließ die Allmacht, die der Polizei in Deutschland von den Gerichten zugesprochen wird, in grellem Licht erscheinen.

Der neue Leiter.

Bremen, 24. Januar. Boesmanns Telegraphisches Bureau meldet: Wie wir von authentischer Seite erfahren, sind die Verhandlungen zwischen dem Vizeadmiral von Ahlefeld und dem Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Weser heute nachmittags zum Abschluß gelangt. Nach demselben wird Vizeadmiral von Ahlefeld in den Vorstand als Vorsitzender desselben eintreten und damit die Oberleitung der Werft übernehmen.

Bergmanns Ende.

Oberhausen (Rheinprovinz), 24. Januar. (W. S. W.) Auf der Zeche Roland in Dampfen waren heute nachmittags mehrere Bergleute beschäftigt, in den Schacht hinabzusteigen, als sich die Leiter löste. Fünf Bergleute stürzten in die Tiefe. Einer war sofort tot; von den übrigen vier Schwerverletzten starb einer auf dem Wege zum Krankenhaus.

Dahlhausen a. d. R., 24. Januar. (W. S. W.) Auf Zeche „Eiberg“ wurden zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein erschlagen. Auch auf Zeche „Eintracht-Liesbau“ sind zwei Bergleute tödlich verunglückt.

Der Gouverneur als Bombentwerfer.

Odesa, 24. Januar. (W. S.) Auf Befehl des neuen Generalgouverneurs Tolmatzoff wurde ein Wirtshaus, in dem zufällig eine Bombe gefunden worden war, durch dieselbe Bombe von der Polizei gesprengt und völlig zerstört.

Reichstag.

88. Sitzung vom Freitag, den 24. Januar 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, v. Bethmann-Sollweg, v. Schoen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Zusatzakte zur

Brüsseler Zuckerkonvention

in Verbindung mit dem Uebereinkommen mit Rußland über seinen Beitritt zum Zuckervertrage.

Nach den Zusatzakten zur Zuckerkonvention soll diese auf fünf Jahre verlängert werden. Doch soll England nicht gezwungen sein, Vergeltungsmassregeln gegen diejenigen Länder zu treffen, die — entgegen der Zuckerkonvention — Ausfuhrprämien weiter zahlen. Rußland darf seine Zuckerverkehrsregelung und seine Zuckerausfuhrzölle beibehalten, aber nicht mehr als 10 Millionen Doppelzentner in den nächsten sechs Jahren exportieren. Freigestellt ist ihm die Ausfuhr nach Finnland und seinen asiatischen Grenzländern.

Mit zur Debatte steht ein Antrag des Abg. Grafen v. Schönerling (L.), der von den Nationalliberalen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und einem Teile des Zentrums mitunterstützt ist: die Zuckerversteuer von 14 auf 10 M. von 100 Kilogramm Nettogewicht herabzusetzen. Sollte danach der Reibvertrag der Zuckerversteuer in den Etatsjahren 1908, 1910, 1911 den Betrag von 140 Millionen Mark nicht erreichen, so ist der Reichskanzler beauftragt, zur Deckung des jeweiligen Fehlbetrages eine Anleihe aufzunehmen. Sobald die Einnahmen aus der Zuckerversteuer den Betrag von 140 Millionen Mark übersteigen, ist der Mehrertrag zunächst zur Tilgung dieser Anleihe zu verwenden.

Schahfelter Frhr. v. Stengel befragt die Vorlagen und bittet um ihre rasche Annahme, da die Ratifikation vor dem 1. Februar d. J. erfolgen müsse. Der Redner vertritt sich über die Folgen des Beitritts Rußlands zur Zuckerkonvention; seine Ausführungen bleiben jedoch bei seiner leisen Stimme und der im Hause herrschenden Unruhe, die Präsident Graf Stolberg vergeblich zu dämpfen sucht, im einzelnen unverständlich. Er schlägt: Die verbündeten Regierungen werden sobald als möglich, jedenfalls aber in einem der nächsten Jahre, einen Gesetzentwurf auf Herabsetzung der Zuckerversteuer von 14 auf 10 M. einbringen. (Lebhafte Hört! hört!) Da dieses Gesetz jedoch zu einem Einnahmeausfall führen wird, müssen wir seine Einbringung von einer vorhergehenden Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage über die Deckung des vorhandenen Staatsdefizits abhängig machen. Im vorliegenden Jahre wird deshalb die Vorlage noch nicht an Sie gelangen können; wir werden sie aber nach Möglichkeit beschleunigen. (Beifall und Unruhe.)

Abg. Graf Schwerin-Löwis (L.): Wir sind nicht grundsätzliche Gegner der Brüsseler Zuckerkonvention. Jetzt aber hat England die Konvention nur noch pro forma verlängert, und Rußlands Beitritt ist gleichfalls nur äußerlich. Rußland ist dank seinen niedrigen Arbeitslöhnen im Rubenbau gegenüber Deutschland im Vorteil. Gleichwohl hat es verstanden, seine Ausfuhrprämien festzuhalten und nur einer Kontingentierung seiner Ausfuhr zugestimmt, die praktisch ohne Wert ist. Deutschlands Zuckerindustrie ist in einer sehr schwierigen Lage, viele Fabriken werden den Betrieb im Herbst v. J. überhaupt nicht wieder aufnehmen können. (Sehr wohl! rechts.) Wir müssen also die Zuckerversteuer herabsetzen, um Deutschland auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und den inländischen Konsum zu vergrößern. Zur gründlichen Vorberatung beantragen wir die Einsetzung einer Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Abg. v. Oelenhausen (Welfe) erklärt in seinem Namen und zugleich im Namen des größeren Teils des Zentrums seine Zustimmung zum Antrage Schwerin-Löwis. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Die Abschaffung der Prämien hat die Herabsetzung der Zuckerversteuer ermöglicht, und dadurch hat sich der Konsum gehoben. Die Vorteile der Vorlage überwiegen die möglichen Nachteile bedeutend; wir werden sie daher in der Kommission wohlwollend beurteilen. (Bravo! bei der Freisinnigen Volkspartei.)

Abg. Baasche (nall.): Diese Konvention wird wohl die letzte sein, die wir abschließen. Nach fünf Jahren ist ihre Verlängerung nur mit Rußlands Einwilligung möglich, Rußland aber wird seine Prämien nicht ausgeben und wird sein Kontingent erhöhen wollen. Wenn wir bei der zukünftigen Finanzreform neue indirekte Steuern mit direkten Steuern einführen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so wird auch von diesem Gesichtspunkte aus die Ermäßigung einer anderen indirekten Steuer, vor allem der Steuer auf den Verbrauch von Butter, sich empfehlen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Daß England einer Verlängerung der Zuckerkonvention zustimmen würde, hat wohl niemand angenommen, der sich mit der Sache beschäftigt und überlegt hat, daß die liberale englische Regierung dem Strafzoll auf Prämienzucker nicht zustimmen würde. Unter solchen Umständen ist es zweifellos ein gängiger Ausweg, daß man dem deutschen Zucker die Konkurrenz mit dem begünstigten russischen Zucker ermöglicht hat. Aber die Bedeutung dieser Akte beruht weit mehr auf der Verpflichtung Englands, den Zucker aus seinen Kolonien nicht besser zu behandeln als anderen. Die russische Gefahr ist erheblich überschätzt worden. Herr Baasche hat früher der deutschen Diplomatie ein Loblied dafür gesungen, daß es ihr gelungen sei, Rußland diesem Abkommen geneigt zu machen. Heute dagegen sagt er: das Abkommen mit Rußland ist für unsere deutsche Industrie wertlos und sogar sehr gefährlich, insofern als ein überschüssiges Zuckerquantum den Preis für den gesamten Zucker herabdrückt. Warum also der deutschen Diplomatie ein Lob erteilen für etwas, was der deutschen Industrie nichts nützt, sondern sie sogar erheblich gefährdet? Der Schwerpunkt liegt für uns in dem Rohzucker, in der Verbindung, daß England dem Zucker aus seinen Kolonien keinerlei Vorzug einräumt, und daß es keinerlei Prämien einführt. Nicht der russische Zucker bildet die Gefahr für uns, sondern die enorme Ausbreitung des Rohzuckers, die später auch einmal für Rußland eine Gefahr bilden wird, und es ist gar keine Aussicht, daß der deutsche Zucker auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleibt, wenn die Produktion von Rohzucker in demselben Maße oder, wie es wahrscheinlich ist, sogar in noch schnellerem Maße forschreitet als im letzten Jahrzehnt. Alle Vorredner und auch der Staatssekretär haben anerkannt, unter solchen Umständen müsse der heimische Markt erschlossen, der heimische Konsum erhöht werden. Zweifellos geschieht dies durch eine Verbilligung des Zuckers. Aber es beruht uns doch etwas eigentümlich, wenn man sich hier, wie Herr Dr. Wiemer es getan, hinstellt, für die Herabsetzung des Zuckers eintritt und dabei sagt: das haben wir immer getan! Wer hat denn bei der Brüsseler Zuckerkonvention die von uns vorgeschlagene starke Herabsetzung der Zuckerversteuer verhindert? Das war ein „Verdienst“ Ihrer Partei, Herr Wiemer. Verdienst allerdings in Säu fäshchen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Jurauf bei den Freisinnigen: „Sonst wäre die Konvention nicht zustande gekommen!“) Die Konvention wäre zustande gekommen auch bei einem Zuckerzoll von 12 und bei einem solchen von 10 M. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch bei den Freisinnigen.) Doch, sie wäre zustande gekommen, unsere Argartier sind zu jedem Opfer bereit, wenn es in ihrem Interesse liegt, sogar zu dem Opfer der Herabsetzung der Zuckerversteuer. Gemütsmenschen wie sie sind. (Heiterkeit.) Aber wenn durch die Herabsetzung der Steuer auch eine Verbilligung des Zuckers eintreten wird, so kann doch der kleine Mann für Zucker nicht mehr ausgeben, als er dafür übrig hat. Die Verbrauchsvermehrung liegt deshalb in engen Grenzen, und zwar sind sie durch die Verteuerung der Lebensmittel sehr eng gezogen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verteuerung des Brotes und Fleisches ziehen die Grenze für die Erhöhung des Zuckerverbrauches sehr eng. Deshalb erscheint uns noch wichtiger als die Verbilligung des Zuckers eine Verbilligung des Brotes und Fleisches. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf der einen Seite vermindern die Agrarier die Konsumkraft des Volkes ganz im allgemeinen durch eine exorbitante Steigerung der Preise der Lebensmittel, auf der anderen Seite wollen sie den Konsum des Zuckers erhöhen, um — und das ist sehr bedauernd — einen sich vorübergehend ergebenden Ausfall der Reichsfinanzen tragen zu lassen von der Allgemeinheit durch Aufnahme neuer Schulden. Dem werden wir niemals zustimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt keinerlei notwendige Verbindung zwischen den beiden Artikeln des Antrages des Grafen Schwerin. Ich befreite auch die praktische Möglichkeit einer solchen

Verbindung, deren theoretische Unmöglichkeit niemand besser darlegen hat als Herr Baasche. Es ist unzulässig, Mittel, die man aus dem Steueretat herausstreicht, ohne weiteres auf Anleihe zu übernehmen. Graf Schwerin sagt freilich: Sie können das ruhig annehmen, es wird ja gar nicht dazu kommen, der Zuckerverbrauch wird so groß werden, daß der Ausfall bald gedeckt ist. Das ist ja ganz schön, aber Graf Schwerin unterschätzt doch die Möglichkeit, daß infolge der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur der Zuckerverbrauch nicht die gehoffte Steigerung erfährt. Weil das nicht ganz sicher ist, lehnen wir den zweiten Teil des Antrages schlanweg ab.

Herr Baasche hat dann gesagt, um des guten Eindruckes willen solle man doch die Zuckerversteuer herabsetzen. Bei der zukünftigen Finanzreform wird man immer mit Steuererhöhungen zu rechnen haben, und da würde es einen guten Eindruck machen, wenn man auch eine Steuer herabsetzen könnte; dadurch sollte die Annahme neuer indirekter Steuern gewissermaßen kompensiert werden. Das wollen wir auf keinen Fall anerkennen. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es steht auch im Widerspruch mit dem, was der Führer der Nationalliberalen, Herr Wasserhagen, bei der Staatsberatung gesagt hat. Da war von indirekten Steuern überhaupt nicht die Rede. Heute aber sagt Herr Baasche, wenn neue indirekte Steuern eingeführt werden, so müssen wir dem Volke wenigstens ein Verbilligungspulver geben. Rein, meine Herren, die Herabsetzung der Zuckerversteuer ist im Interesse der Konsumenten sowohl wie der Produzenten notwendig, und die Verbilligung der indirekten Steuern ist so notwendig, daß die Herabsetzung einer anderen indirekten Steuer nicht als Kompensation für andere Steuern angesehen werden darf. Dadurch könnte höchstens das Urteil über die Ungerechtigkeit einer neuen indirekten Steuer im Volke verwirrt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dem werden wir mit aller Kraft entgegenstellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Grabski (Polen) spricht sich für die Vorlage aus, wenn die Zuckerversteuer herabgesetzt wird.

Abg. Götthein (fr. Sp.) stimmt der Vorlage zu, warnt aber vor einer Überschätzung der Bedeutung des Beitritts Rußlands.

Abg. Vogt-Hall (Wirtsch. Sp.) protestiert dagegen, daß die Vorlage dem Reichstage so spät zugegangen und daß dieser viel zu rasch und ohne gründliche Beratung entscheiden müsse.

Reichssekretär Freiherr v. Stengel: Mehrere Vorredner haben gesagt, in der späten Einbringung dieser Vorlage liege eine Art Mißachtung des Reichstages. Der Vertrag ist am 20. Januar in Petersburg abgeschlossen worden, und am 22. ging er bereits dem Reichstage zu. Rascher war es wohl nicht möglich. Daß es zeitlich nicht früher geschah, liegt daran, daß zu einem Vertrage mindestens zwei geben.

Abg. v. Döring (Rp.) erklärt sich für den Antrag Schwerin, der zu einer Erhöhung des Zuckerkonsums führen werde, die im Interesse der Zuckerindustrie dringend notwendig sei.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Sp.): England hat das bringende Interesse, den Zucker so billig wie möglich zu halten. Es wird daher sicherlich nicht wieder die Wege der Konvention beschreiten. Das Abkommen mit Rußland hat überhaupt keinen Wert. Die Kommission möge daher ernsthaft prüfen, ob es für die deutsche Zuckerindustrie nicht am besten ist, die Konvention überhaupt nicht zu verlängern.

Damit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Darauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr.

Tagesordnung: Flottungsgesetz, Marineetat.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom Freitag, 24. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Arnim.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Beim Extraordinarium dankt

Abg. Fäulsch-Schneidlein (fr.) für die in den Etat eingestellten Mittel zum Ausbau der hochwassergefährdeten Gebirgs-

lehung jeden Kompromisses, die Hoffnung, den Vater zu verführen, einem jeden gleichmäßig gerecht zu werden. Inbes das Wiedersehen zerreißt die Lausung, und nun erst gehört sie — so sagt der Dichter — ungeteilt und unabtrennbar dem Geliebten, für den sie die Natur bestimmt.

Neben Eise Heims und Kahler machten sich Victor Arnold und Jacob Liedtke durch die feine Ironie, mit welcher sie die beiden Alten gaben, um die Aufführung verdient. Von einschmeichelnd-stimmungsboller Schifheit war das sonstige Landschaftsbild am Bodensee.

Humoristisches.

— Besondere Bemerkungen. Der Landrat hat dem Ortsvorsteher neue Formulare zugeben lassen, welche bei Einlieferung von verhafteten Landräubern und Dieben verwendet werden sollen. Der Ortsvorsteher liefert durch einen Transporteur den ersten verhafteten Strahl ein und füllt das Formular gewissenhaft aus. Nachdem er die Angaben über Namen, Alter, Geburtsort, Grund der Verhaftung gemacht hat, findet er im Formular auch noch die Rubrik „Besondere Bemerkungen“. In diese Rubrik schreibt das pflichtgetreue Ortsvorsteher hinein: „Die besonderen Bemerkungen, die der Verhaftete gemacht hat, waren derartige, daß sie nicht wiedergegeben sind.“ (Fliegende Blätter.)

— Humor des Auslands. Smith, ein Bauunternehmer, ist der größte Hitz der Welt. Wegen der allergeingsten Vergehen macht er seinen Leuten Vornachfolge. Vor kurzem nun fiel ein Maurer, der einen Akazienbaum ausbesserte, von dem hohen Gerüst herab. Zu seinem Glück indes verfangt sich sein Zeug in einem fremdenartigen Nagel, an dem er fester hängen blieb, bis ihn seine Kollegen retten konnten. Zufällig kam Smith gerade vorüber, und als am Sonntag der betreffende Maurer seinen Lohn empfing, stand auf der Dürte der Berner: „Abzug für fünfzehn Minuten am Nagel gehangen — 8 Pence.“ (Antworts.)

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34-36, spricht in der kommenden Woche, abends 8 Uhr: am Dienstag Herr Dr. Wegener-Berlin über „Der Hungertod als Strafe des Weltverkehrs“, am Freitag Herr Postrat Alans-Berlin über „Die Post auf dem Weltmeere“.

— Solidarisches Zusammenhalten im Orchester. Das Münchener Saimorchester, das zurzeit in Mannheim konzertiert, erklärte sich mit dem snad und Fall entlassenen städtischen Saimorchester und einem gemäßigtem Musiker solidarisch. Das Konzert mußte ausfallen.

— Konrad Leimanns ausgewählte Werke erscheinen demnächst in acht Bänden, die das Beste vereinen werden aus dem Schaffen, das zu früh verstorbenen Dichters. Die Auswahl enthält sechs Romane, während ein Band dem Nobellisten, ein weiterer dem Dramatiker und Lyriker gewidmet ist. Als erster Band wird Leimanns Roman „Unter den Dolomiten“ zur Ausgabe gelangen. Das Werk erscheint bei Carl Neuberger (Dresden) und wird spätestens Weihnachten 1908 vollständig vorliegen.

Kleines feuilleton.

Wissenschaftliche Phantasie. Der amerikanische Gelehrte Theodore Richards, der als der bedeutendste Chemiker der Vereinigten Staaten betrachtet werden kann, beschäftigt sich in einem Aufsatz des „Harvard-Magazine“ mit dem interessanten Problem der „wissenschaftlichen Phantasie“. Es handelt sich für ihn um die Frage, ob der Chemiker sich ausschließlich an das Experiment halten muß, indem er der Phantasie in seinen Untersuchungen keinen Anteil gewährt, ob er nicht das Gebiet der Tatsachen verlassen darf, um sich zu der Betrachtung ihrer Ursachen zu erheben. Der höchste Typus des Gelehrten stellt sich ihm in einer solchen Veranlagung dar, die die beobachteten Tatsachen vergleicht und verallgemeinert, durch Hypothesen über ihren Ursprung vertieft und dann dieser Spekulationen neue Experimente macht, die den Horizont seiner Kenntnisse wieder erweitern. Die Phantasie, von der der Gelehrte befangen wird, ist nun augenscheinlich von derjenigen, die den Künstler oder Dichter begeistert, verschieden, da sie durch Betrachtung der Materie und Natur ausgelöst wird und nicht durch persönliche seelische Erregung; aber auch sie ist nicht minder eine wirkliche Phantasietätigkeit, eine Fähigkeit der Einbildungskraft, die dem mit ihr Begabten dieselbe Befriedigung gewährt wie die Kraft künstlerischen Schaffens. Richards vergleicht dann die beiden Typen der Phantasie, die wissenschaftliche und die künstlerische, und erinnert daran, daß sie in einer Persönlichkeit vereinigt, sich, wenn auch selten, schon gefunden haben, z. B. bei Leonardo da Vinci und Goethe. Auch Helmholtz beschränkte sich nicht ausschließlich auf das Studium der Akustik, sondern war ein leidenschaftlicher Liebhaber der Musik, von deren Wesen und Geschichte er tiefe Kenntnisse besaß. Wunien tougte mit dem reinwissenschaftlichen Arbeiten ein ausgezeichnetes Eindringen in das Studium der italienischen Malerei zu verbinden. Als ein hervorragendes Beispiel wissenschaftlicher Phantasie erscheint Faraday, der von den wunderbarsten Eingebungen erfüllt war. In seiner Veltätigkeit ohnegleichen umfaßte er das ganze weite Gebiet der Chemie und Physik. Nichts schien ihm unmöglich zu erfüllen und zu erschaffen, und er ließ seine Träume in eine Welt hinüberzuweifen, in die noch niemals die Wirklichkeit eingedrungen war. Aber zu gleicher Zeit besaß er sich auch, wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen, um zu sehen, bis zu welchem Punkte er die Dinge seines Traumes mit ihr in Einklang bringen konnte. Und oft glückte es ihm, aus seinen Hypothesen unmögliche Wahrheiten zu machen. Auch Huxley hat mehr als einmal vermöge seiner wissenschaftlichen Phantasie Resultate vorausgenommen, die später durch das Experiment erörtert wurden. So kommt Richards zu dem Resultat, daß die Phantasie für den Gelehrten ebenso unbedingt notwendig ist wie für den Dichter, den Musiker oder bildenden Künstler.

Theater.

Kammerspiele des Deutschen Theaters: „Hochzeit“, Schauspiel in fünf Akten von Emil Strauß. Einige, weit von der ausgetretenen Heerstraße abliegende Romandichtungen soll individuellen Reizes haben dem Namen des Süddeutschen Emil Strauß einen guten Klang verschafft. Inbes, seine liebenswürdig,

gemäßlich ausmalende Darstellungsweise, der lose Aufbau der Erzählungen, wie die Art von Charakteren und Konflikten, denen sein Interesse in erster Linie zugewendet ist, machten es von vornherein in hohem Maße unwahrscheinlich, daß ein Talent von solcher Reue die innappe, konzentrierende Geschlossenheit, den Akthaus aufsteigender Bewegung, den die dramatische Kunstform verlangt, auch nur in irgendwelcher Annäherung würde erreichen können. Das Experiment bestätigte in vollem Umfange die Befürchtungen. Die Gliederung in Szenen, die Umfassung direkter Seelenschilderung ins Dialogische, alle die Mittel, die den Eindruck anschaulicher Lebendigkeit erhöhen sollen, verfehlen sich in seinem Stück ins Gegenteil, erscheinen als Hemmnisse und Fesseln, die das ursprüngliche Empfinden einzwängen, als ein willkürlich aufgelegtes Gesch. Strauß' meisterliche, farben- und bilderreiche Sprache gleitet hier, wo er nur andere für sich sprechen lassen darf, nicht selten ins Triviale oder in unwahr schönrednerisches Pathos aus. Der Zwang, die Handlung in einem eng begrenzten Kreis von Bildern vorzuführen, verleiht ihr, der sonst so feinsinnig den allmählichen Nuancen des Werdens nachgeht, zu unvermittelt großem Anmünderücken und so zugleich zu harter Uebertreibung. — Immerhin, trotz aller offensichtlichen dramatischen Mängel war diese Aufführung kein verlorenener Abend. Der Dichter hatte das Glück, für das junge Paar, in welchem er die Nacht elementarer, im Bewußtsein ihres höheren Rechtes alle Schranken durchbrechenden Liebe verherrlicht, Darsteller zu finden, die unter dem Geröll nach den verborgenen Quellen gruben, nach dem Ursprünglichen der Stimmung, aus welcher die Idee der Dichtung geboren ist. Das sonst als Gleichgültiges und Fremdes vorübergezogen wäre, erhielt im garten Spiele Eise Heims, das alle wechselnden Regungen der Mädchenseele mit wunderbar annuhtiger Wahrheit wiederpiegelle, wie in der kernigen, kraftgeschwellen Jünglingsart Friedrich Kahlers eine innere Weselung, die die oft so toten Worte, das Schiefe und Lutterte der Situationen zeitweise ganz vergessen ließ. Sie füllten die Symbolik, die in dem Stücke eine äußerst abstrakte bleibt, mit Mut und Leben.

Der Jüngling trifft, wie er nach beendigttem Examen, den Kopf voll großer Zukunftspläne, in seines gutmütigen Pflegewalters und Onkels Heim am Bodensee zurückkehrt, ein allezeitiges, achtzehnjähriges Fräulein, mit dem der alte Herr am nächsten Tage Hochzeit machen will. Sie glaubt, sie sei es ihrem Vater, der für sein Alter ein warmes Plätschen wünscht, schuldig gewesen, den Antrag anzunehmen. Der freundliche Grauloff meint es ja auch sicher gut, und Haus und Garten mit dem Ausblick auf die Berge entzücken sie. Nur dunkel bohet ein Gefühl von Unrecht und Entwürdigung ihr im Herzen. Gleich bei der ersten Begegnung giebt es die jungen Leute mächtig zueinander. Entschlossen reißt er ihr die Binde von den Augen und schenkt den beiden Allen seine Enttäuschung über den schmächtlichen Handel ins Gesicht. Sie aber klammert sich noch immer an den Gedanken des versprochenen Opfers fest. Erst in dem Schauer nach der vollzogenen Trauung wird sie sich der Unmöglichkeit, den Vorsatz auszuführen, klar bewußt. Sie flieht mit Vortel und feiert ihre Hochzeitnacht mit ihm romantisch, symbolisch in einsamer Bergeshöhle. Ein freundlicher Vorschlag des verlassenen „Gaitcu“, der die beiden dort aufsucht, weckt in ihr, trotz Vortels leidenschaftlich wilder Ab-

flüsse in der Provinz Schlesien, und beklagt sich dann über die Erhebung der hohen Katasterbeiträge in den durch Hochwasser geschädigten Gegenden.

Abg. Weisler (Z.) wendet sich gegen übertriebene Darstellungen der vorjährigen Hochwasserschäden in Schlesien in der Presse, womit er jedoch nicht sagen wollte, daß die Schäden unerheblich gewesen seien.

Abg. Seibel (Hirschberg, natl.) regt an, bei den Flussregulierungen auf den Schutz von Naturdenkmälern Rücksicht zu nehmen.

Abg. Dr. Forst (Z.) wünscht Aufwendung größerer staatlicher Mittel für die durch Hochwasser gefährdeten Landestheile.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Soweit Beschwerden über die Ausführung der Flussregulierungen bestehen, sind diese in erster Linie an die Provinzialinstanz zu richten. Durch die Einführung eines neuen Systems von Stauweihern wird manchen Beschwerden abgeholfen werden. Wenn besonders Verhältnisse vorliegen, wird die Staatsregierung mit ihrer Hilfe nicht zögern.

Bei der Position Erweiterungsbau der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, S. 2. Kap. 828 000 M., regt

Abg. Graf Spee (Z.) an, in dem Erweiterungsbau Räume zur Verfügung zu stellen, in denen aktive Offiziere theoretisch in der Landwirtschaft unterrichtet werden können. In Italien habe man mit der Einrichtung derartigen Unterrichts gute Erfahrungen gemacht.

Bei der Forderung für Einrichtung und Durchführung eines öffentlichen Wasserdienstes in Norddeutschland beschwört

Abg. Seibel (Hirschberg, natl.) möglichste Ausgestaltung des Wetternachrichtendienstes.

Abg. Marcour (Z.) ist der Ansicht, daß der bisherige Wetternachrichtendienst sich im allgemeinen bewährt habe. Die Zuverlässigkeit der Prognosen hätte sich im letzten Jahre verdoppelt.

Minister v. Arnim: Was jetzt haben wir mit dem Wetterdienst schon ganz schöne Resultate erzielt, wir werden aber auf seine weitere Ausgestaltung bedacht sein. Unser Ziel ist die Vorhersage der großen meteorologischen Ereignisse infolge der Zirkone auf dem Atlantischen Ozean und die Vorhersage der lokalen Witterung.

Abg. Engelbrecht (frz.) betont die Notwendigkeit der Mitwirkung des Meteorologischen Instituts bei dem Wetterdienst.

Abg. Dr. Berndt (natl.) empfiehlt den Landwirtschaftsministern, bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung das Verständnis für die Wetterarten zu fördern.

Kunze wendet sich die Beratung den an die Kommission zurückverwiesenen Titeln zu: „Fonds zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen“ und „Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen und Pommern“.

Die Kommission beantragt die Bereitstellung weiterer Mittel zur Unterstützung von gemeinnützigen Gesellschaften in anderen Provinzen, die sich die innere Kolonisation zur Aufgabe gestellt haben, sowie ferner die Bereitstellung von Mitteln, um dem sich ferner nach in Ostpreußen herausweisenden Bedürfnis an Saatgut (Getreide und Kartoffeln) abzuhelfen.

Ein Antrag v. Vodelberg (L.), den Kolonisationsfonds für den Osten um 300 000 M. zu vermindern und den entsprechenden Fonds für den Westen um den gleichen Betrag zu erhöhen, wurde in der Kommission zurückgezogen. — Ein Antrag v. Biederslein (L.), den Fonds zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft auf Kosten des Kolonisationsfonds zu verstärken, wurde von der Kommission abgelehnt. — Einen Antrag des Abg. Scheweiler (natl.) auf Förderung der Bildung kleiner Renten, beantragt die Kommission der Agrarkommission zu überweisen.

Abg. v. Bieberstein (L.) betont die Notwendigkeit größerer Fürsorge für die Provinz Ostpreußen.

Minister v. Arnim erklärt, daß die Staatsregierung sich bei der Einstellung der Mittel lediglich nach den von ihr eingeforderten Berichten über den in Ostpreußen vorhandenen Schaden habe richten müssen. Sollten weitere Mittel erforderlich sein, so werde die Regierung auch diese nach Möglichkeit bewilligen.

Abg. Stapel (natl.) erklärt sich mit den Kommissionsanträgen einverstanden.

Abg. Guffing (frz. Sp.): Mit den Kommissionsanträgen können wir uns wohl alle einverstanden erklären. Von einem allgemeinen Mißstand in Ostpreußen kann keine Rede sein; es haben sich Schäden durch den schlechten Ausfall der Ernte herausgestellt, und einzelne Bezirke haben besonders schwer unter der Abwanderung der Landbevölkerung zu leiden. Ich bitte die Regierung, wenn es notwendig sein sollte, größere Mittel für die Bekämpfung der Schäden in Ostpreußen zu bewilligen. Die Ostpreußen sind nicht begehrt, sondern sie sind ruhige und stille Menschen (Weiteres), die sich nur in der äußersten Not äußern. (Beifall links.)

Die Titel werden bewilligt; die Anträge der Budgetkommission angenommen.

Damit ist der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung erledigt.

Es folgt der Etat der Gesundheitsverwaltung.

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den Ausgaben führt

Abg. v. Dirksen (frz.) aus, daß seine Freunde von den Ergebnissen der Beratungen der Kommission, die auf seinen vom Abgeordnetenhaus angenommenen Antrag einberufen worden ist, die besten Resultate für die Landesferdebezüge erhoffen. Weiter empfiehlt er eine größere Berücksichtigung der Kaltblüterzucht. Im Interesse der Pferdebezüge würde die Verteilung von Prämien an Pferdebesitzer bei Wettrennen liegen.

Abg. v. Salben (L.) bittet, beim Erlaß der neuen Anordnung möglichst die Interessen der kleinen Besitzer zu berücksichtigen.

Abg. v. Christen (L.) fragt über die Höhe der Vergelder.

Abg. Köpfer (L.) bittet um baldige Fertigstellung der neuen Anordnung.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Burckhardt (L.) wird der Etat erledigt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Kleine Etats.

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Pensionsfragen in der Subkommission.

(24. Januar.)

Die Subkommission tagte heute eine Stunde vor der Plenarsitzung und beschäftigte sich ausschließlich mit Streitfragen über Gewährung und Bemessung von Pensionen. Eine Anzahl der Kommissionsmitglieder ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Pensionsgesetzes vom 31. Mai 1906 die Dienstjahre als ehemalige Militärdienstleistungen nach dem Eintritt in die Zivilpension ebenso auszurechnen ist, wie die Erwerbsunfähigkeitsrente (§ 36 Ziffer 3 B und 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1906).

Der Reichstag wollte beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in eine ernste Prüfung einzutreten, ob gemäß § 36 Ziffer 4 des Pensionsgesetzes vom 31. Mai 1906 die Dienstjahre als ehemalige Militärdienstleistungen nach dem Eintritt in die Zivilpension ebenso auszurechnen ist, wie die Erwerbsunfähigkeitsrente (§ 36 Ziffer 3 B und 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1906).

Die Biersechskommission nahm in ihrer Sitzung vom 24. Januar den § 35a in der Fassung der Regierungsvorlage an, nachdem der Antrag der Freiwirtschaften, daß bei Staatsanleihen nicht bloß die Wertminderungen, sondern auch der Betrag an Zinsausfall mitzuteilen seien, abgelehnt worden war. Der § 35b wurde ebenfalls angenommen, jedoch der letzte Satz auf freiwirtschaftlichen Antrag gestrichelt, so daß die Auszahlung der Zinsausfälle in denjenigen Fällen, in welchen eine Publikation der Emissionsbestimmungen unterbleibt, abgelehnt ist.

Nächste Sitzung am Donnerstag, 30. Januar.

Einlauf.

Aus dem Reichstag: Klages Verzeichnis der ... eingegangenen Petitionen.

59. Bericht der Kommission für die Petitionen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus:

Antrag Dr. Forst und Genossen:

die königliche Staatsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gelegetour einzubringen, wodurch dieselbe ermächtigt wird, für die weitere Aufschlüsselung des staatlichen Besitzes an Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Breslau einen Betrag bis zu 25 000 000 M. zu verausgaben, welcher Betrag in der gleichen Weise, wie der in dem Gelegetour, betreffend die weitere Aufschlüsselung des staatlichen Besitzes an Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Druckache Nr. 73, gedachte Betrag bereitzustellen und zu tilgen ist.

Antrag Schiffer und Genossen: die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, 1. im Bundesrat für die schleunige Einbringung eines Gelegetours über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen einzutreten, 2. bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes die bereits angestellten Versuche, auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung und der Geschäftsvollziehung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen in einer ihrer Eigenart entsprechenden Weise zu gestalten, nach Möglichkeit zu fördern und zu verallgemeinern.

Aus Industrie und Handel.

Diskontermäßigung.

Der Zentralbankrat der Reichsbank ist zu einer Sitzung auf heute morgen einberufen. Wie verlautet, soll der Diskont um 1/2 Proz., auf 3 1/2 Proz. ermäßigt werden. Eine stärkere Reduktion soll noch nicht in Aussicht genommen sein.

Die Bank von England hat am Freitag den Diskont auf 4 Proz. herabgesetzt. Die Bank von Frankreich ging mit der Diskontrate auf 3 Proz. hinab.

Deutschlands Roheisenerzeugung. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Dezember 1907 insgesamt 1 106 375 To. gegen 1 112 225 To. im November 1907 und 1 084 638 To. im Dezember 1906. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für Dezember 1906 angegeben worden ist:

Siebereiseneisen	196 347	(175 267) To.
Bessemerroheisen	38 888	(42 783) "
Thomasroheisen	716 267	(698 244) "
Stahl und Spiegeleisen	86 759	(80 590) "
Puddelroheisen	65 164	(67 784) "

Die Gesamtproduktion des Jahres 1907 betrug 13 045 760 To. gegen 12 478 067 To. im Jahre 1906. Die Verteilung auf die einzelnen Sorten stellt sich 1907 gegen 1906 wie folgt:

	1907	1906
Siebereiseneisen	2 229 416 To.	2 103 694 To.
Bessemerroheisen	471 335	482 740
Thomasroheisen	3 494 226	3 088 534
Stahl und Spiegeleisen	1 084 650	984 578
Puddelroheisen	786 113	854 536

Unter den Erzeugungszonen nimmt Rheinland-Westfalen nach wie vor die erste Stelle ein. Die Erzeugung betrug:

	1907	1906
in Rheinland-Westfalen	5 448 124 To.	5 142 788 To.
in Lothringen-Luxemburg	3 980 922	3 887 600
in Saarbezirk	950 446	901 292
in Schlesien	938 658	901 845
in Siegerland, Sahnbezirk und Ostpreußen	880 906	851 020
in Hannover und Braunschweig	468 829	442 969
in Bayern, Württemberg und Thüringen	202 000	188 308
in Pommern	158 975	157 700

Wie die obigen Zahlen ergeben, ist die letzte Jahreserzeugung über die vorjährige um 1/2 Million Tonnen hinausgewachsen. Im Dezember 1907 ist jedoch die Produktion niedriger gewesen als im Vergleichsmonat 1906 und im November 1907.

Deutscher auswärtiger Handel im Jahre 1907.

Nach dem Dezemberbericht 1907 der Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im Jahre 1907:

1. Die Einfuhr 68 008 671 Tonnen verschiedene Waren, 7 634 175 Stck Vieh und andere lebende Tiere, 4 111 207 Stck. 1891 Fahrzeuge, 1 779 116 Uden, 1 300 420 Kfg Salzheringe fremden Ursprungs, 570 Stck Wien, 436 546 Hektoliter Bier, 1 512 920 ganze Flaschen Schaumwein.

2. Die Ausfuhr 44 968 973 Tonnen verschiedene Waren, 144 879 Stck Vieh und andere Tiere, 6 201 597 Stck, 1667 Fahrzeuge, 444 240 Uden, 4287 Kfg Salzheringe, 1 084 Stck Wien, 567 300 Hektoliter Bier, 1 860 683 ganze Flaschen Schaumwein.

3. Der Einfuhrwert (in Millionen Mark) 8863,4 gegen 8438,6 und 7438,3 Millionen in den beiden Vorjahren. Die Zunahme gegen die beiden Vorjahre macht 421,8 und 1427,1 Millionen Mark = 5 und 19,2 Proz. aus. Die starke Erhöhung der Einfuhrwerte gegen 1905 ist auf die Zunahme des Verkehrs, mehr noch auf die Erweiterung des handelsstatistischen Wirtschaftsgebietes durch Einbeziehung des Freihandelsgebietes in Hamburg und die Statistik und des Spezialhandels seit 1. März 1906 und auf höhere Preise zurückzuführen.

4. Der Ausfuhrwert (in Millionen Mark) 7120,7 gegen 6478,6 und 5841,8 Millionen in den beiden Vorjahren. Die Zunahme macht 642,1 und 1278,9 Millionen Mark = 9,9 und 21,9 Proz. aus.

5. Der Wert der Ein- und Ausfuhr erreichte 15 994 Millionen Mark gegen 14 917 und 13 278 Millionen in den beiden Vorjahren. Die Zunahme macht 1067 und 2706 Millionen Mark = 7,2 und 20,4 Proz. aus.

Die Werte sind vorläufige, in der Regel auf für 1906 ermittelten beruhende, die im nächsten Monat voraussichtlich größere Veränderungen erfahren.

Der Uebelstand der Einfuhr betrug 265,9 Millionen Mark in Ein- und 251,8 Millionen Mark in Ausfuhr, gegen 418,7 und 119,6 Millionen Mark im Jahre 1906.

Im Dezember 1907 erfuhr Ein- und Ausfuhr einen Rückgang gegen den Vormonat, obwohl eine lebhaftere Einfuhr von mineralischen und fossilen Rohstoffen, Mineralölen von chemischen usw. Erzeugnissen und von unedlen Metallen und Waren daraus und eine verstärkte Ausfuhr von mineralischen und fossilen Rohstoffen zu bemerken war. Größere Anfälle erfuhr in der Einfuhr: Erzeugnisse der Landwirtschaft usw., Gemische und pharmazeutische Erzeugnisse, insbesondere Grundstoffe, Säuren, Salze usw., unedle Metalle und Waren daraus, namentlich Eisen, bei welchem der Rückgang über 130 000 Tonnen erreichte.

Gegen den Dezember 1906 haben Ein- und Ausfuhr stark zugenommen, besonders die Einfuhr infolge des erhöhten Bedarfs an mineralischen und fossilen Rohstoffen, Mineralölen und an Erzeugnissen der Forstwirtschaft.

Aber die Unzuverlässigkeit der preussischen Statistik führt Herr Georg Dettmar in der „Elektrotechnischen Zeitschrift“ Anlaß gelegentlich einer eingehenden Untersuchung über die angebliche Feuergefährlichkeit des Benzinolens und der elektrischen Beleuchtung. Mit Unterstützung der Mehrzahl der technischen Firmen hat er Feststellungen über die Verbreitung der Elektrizität gemacht und konstatierte, daß im Jahre 1906 insgesamt 8860 Dynamomaschinen mit einer zusammengeführten Arbeit von rund 750 000 Pferdestärken in Deutschland zur Ablieferung gekommen sind. Hiervon betragen weniger als 10 Proz. auf Schyung, so daß — wenn diese selbst um 20 Proz. falsch ist — das Gesamtresultat doch auf 2 Proz. genau sein muß. Im statistischen Jahrbuch des kgl. Preuss. Landesamtes ist angegeben, daß 1906 in Preußen rund 890000 Pferdestärken für Stromerzeugung durch Dampfmaschinen hinzugekommen seien. Macht man für ganz Deutschland einen Zuschlag von 50 Proz., so würde das eine Zunahme von 135 000 Pferdestärken bedeuten. Die wirkliche Zunahme beträgt aber 750 000 Pferdestärken, so daß also die anderen zum Betriebe der Dynamomaschinen verwerteten Kraftquellen (Gas, Wasser usw.) eine mehr als 4fache Leistung des Dampfes haben oder, was doch wahrscheinlicher ist, die Statistik des Landesamtes enthält nur einen kleinen Teil der wirklichen Dampfkraft, welche zur Erzeugung von elektrischem Strom dient. Man kann annehmen, daß von den 750 000 Pferdestärken mindestens 600 000 durch Dampf erzeugt werden; die Statistik ist also höchst mangelhaft und unbrauchbar.

Chemals stand die preussische Statistik unter Ernst Engel wissenschaftlich und praktisch an der Spitze. Fast alles, was heute vom Preussischen Statistischen Landesamte gemacht wird, wurde auch schon unter Engel gemacht. Der hat die Statistik so eingerichtet, wie sie für die damaligen Bedürfnisse bei der geringeren Bevölkerung und den noch ganz anderen Verhältnissen zweckmäßig war. Seitdem aber Engel von Bismarck wegen seiner freimütigen Bestimmung weggelassen worden ist, ist die preussische Statistik verkommen. Das einzige, was ihr vielleicht noch verbleiben, ist die Sorgfalt und die preussische Pünktlichkeit der statistischen Klein- und Detailarbeit, die aber alle nichts nützt, wenn der große Zug fehlt, den unser ausgebreitetes Wirtschaftsleben nun einmal verlangt.

Aber die Zunahme der Verwendung der Elektrizität gibt folgende kleine Uebersicht nach Dettmar einen annähernden Anhalt. Ausschließlich zur Erzeugung elektrischer Stromes waren jeweils am 1. April zu den alten Anlagen hinzugekommen:

1891	89 610	Pferdestärken
1896	124 568	"
1901	394 657	"
1906	700 027	"

Nach den wahrscheinlichen Schätzungen Dettmars waren am 1. April 1906 rund 4 800 000 durch Dampf erzeugte Pferdestärken zur Herstellung von elektrischem Strom in Deutschland vorhanden. Setzt man für die Erzeugung mittels Gasmotoren und Wassermaschinen 25 Proz. davon ein, so werden rund 6 Millionen Pferdestärken in elektrische Energie umgewandelt. Von diesen werden auf die Elektrizitätswerke 900 000 Pferdestärken entfallen, auf die Einzelanlagen 5,1 Millionen Pferdestärken.

Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Auf der Tagesordnung der Sitzung am Freitag stand:

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitag in Offen bezüglich der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Daß diesem Punkt der Tagesordnung seitens der Kongreßteilnehmer die größte Bedeutung beigelegt wird, beweist die große Zahl von Wortmeldungen, welche schon vor Beginn des Referats eingelaufen sind. Der Kongreß erklärte jedoch alle diese Wortmeldungen für unzulässig und beschloß, daß Wortmeldungen erst während des Referats zulässig sind. Sowie dem Referenten das Wort erteilt war, meldete sich eine Anzahl von Rednern. Wieder folgte Geschäftsordnungsdebatte und Beschluß: Diese Redlungen sind unzulässig, weil „das Referat noch nicht begonnen hat.“ So kämpften Einigungsgegner und Einigungsfrunde um das erste Wort in der Diskussion. Schließlich gelang es doch den Einigungsfreunden, die erste Stelle zu erhalten. Sobald der Referent A t e r die Worte: „Berte Genossen“ ausgesprochen hatte, gab Wehl, der neben dem Vorstandssitz stehend auf diesen Moment gewartet hatte, seine Meldung ab. Dann folgte eine Flut von Wortmeldungen von beiden Seiten.

Der Referent A t e r erklärte es als einen Mangel, daß innerhalb der Freien Vereinigung fast ungenutzte prinzipielle Themen gegen die Einigung erhoben wurden. Dann führte er aus, es bestehe immer noch ein prinzipieller Gegensatz zwischen den Grundrissen der Freien Vereinigung und denen der Verbände. Wir (die Freie Vereinigung) haben von jeher den größten Wert auf die Prinzipien der Arbeiterbewegung gelegt. Wenn wir auf unserem 7. Kongreß unser Programm änderten, so war das nicht eine Folge unserer Wandlung, sondern der Wandlung, welche die sozialdemokratische Partei, der ich immer noch angehöre, in einer Reihe von Jahren durchgemacht hat. Die sozialdemokratische Partei hat die grundsätzlichen Forderungen des Erfurter Programms aufgegeben, sie beschränkt sich lediglich auf die Taktik, welche im zweiten Teil des Programms niedergelegt ist und auch von den Verbänden anerkannt wird. Hauptächlich legt die Sozialdemokratie Wert auf parlamentarische Erfolge. Die Partei hält die Teilung der Arbeiterbewegung in eine politische und gewerkschaftliche für richtig. Wir sind von Anfang an für eine einheitliche Arbeiterbewegung eingetreten, die sich nicht in eine politische und eine gewerkschaftliche teilt. Es wird gesagt, jetzt trennt uns nichts mehr von den Verbänden, denn diese haben sich ja auf den Standpunkt der Sozialdemokratie gestellt. Das ist nicht richtig. Die Partei hat sich auf den Standpunkt der Verbände gestellt und damit den prinzipiellen Boden ihres Programms verlassen. Wir wissen, daß durch den Parlamentarismus allein die soziale Frage nicht gelöst werden kann. Wir haben deshalb den Generalstreik propagiert. Infolgedessen hat sich auch der Internationale Kongreß in Mannheim mit dieser Frage beschäftigt und im wesentlichen unseren Standpunkt anerkannt, wenn auch statt der Bezeichnung „Generalstreik“ das Wort „Massestreik“ gewählt wurde, was ja kein großer Unterschied ist. Wir glauben, es werde nun im Sinne des Amsterdamer Kongresses gehandelt werden, aber es geschah nichts. Der Kölner Gewerkschaftskongreß erklärte sich gegen den politischen Massestreik und setzte sich damit in Widerspruch mit dem Beschluß von Amsterdam. Der Parteitag in Jena erklärte jedoch, daß zwischen dem Standpunkt der Partei und des Gewerkschaftskongresses kein Widerspruch sei. Dann kam die Geheimkonferenz der Verbände vorstände. Wir veröffentlichten das Protokoll derselben, um zu zeigen, daß sich die Verbände gegen die Beschlüsse der Partei wandten. Wir glaubten damit der Partei zu dienen. Dafür schlug man auf dem Mannheim Parteitag auf uns ein, Partei und Verbände erklärten sich miteinander einverstanden und uns wurde nahegelegt, uns den Verbänden anzuschließen, die dann der Parteitag in Offen als maßgebende gewerkschaftliche Organisation anerkannte.

Alle unsere Mitglieder, die jetzt in die Verbände übertreten, betonen, daß sie auf dem Standpunkt unseres Programms stehen und dasfelbe auch innerhalb der Verbände propagieren wollen. Unser Programm tritt für den General- und Massestreik ein. Sie werden sehen, daß sie in den Verbänden dafür nicht Propaganda machen können. Das weiß man zu verhindern. Die Ideen des General- oder Massestreiks können nur in einer selbständigen Organisation vertreten werden. Wenn es nicht so wäre, dann könnte sich die Sozialdemokratie ja auch dem Bloß anschließen und sagen, sie werde im Bloß auf die Liberalen einwirken. Jedermann weiß, daß das unsinnig ist und daß die Grundzüge der Sozialdemokratie nur durch die selbständige Partei betätigt werden können. So brauchen auch wir die selbständige Organisation zur Vertretung unserer Ideen, die zwar weniger in der deutschen, aber

doch in der internationalen Arbeiterbewegung mehr und mehr zur Geltung kommen. — Von den Beschlüssen, die wir heute fassen, hängt es ab, ob uns die Partei anerkennen wird oder ob wir von ihr anerkannt werden wollen. Nach dem, was in Mannheim und Essen vorgegangen ist, steht fest, daß jedem von uns, der nicht einem Verbände beiträgt, das Prädikat Parteigenosse genommen wird. Das haben wir zu würdigen. Die Geschäfte hat bewiesen, daß die Ueberläufer stets die schärfsten Gegner derjenigen werden, mit denen sie bisher zusammengewandert sind. Es ruht uns nichts, daß wir fort und fort erklären, wir sind und bleiben Parteigenossen. Darauf gibt man in den Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, gar nichts. So sagt Umbreit in seinem Buche: „Die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland“, die Konsequenz unseres Programms ist der Anarchismus. Dagegen können wir reden und schreiben, was wir wollen, es ruht uns nichts. Für die Generalkommission sind wir gewerkschaftliche, anarchische oder anarchisierende Verbände. So werden wir nach wie vor verschrien werden, wenn wir nicht in die Verbände eintreten.

Der Redner ging auf die bekannnten Einigungsverhandlungen ein und sprach sich scharf gegen die Organisationen aus, die zuerst sagten, sie würden nicht unter Umgehung der Geschäftskommission mit dem Parteivorstande verhandeln, sich dann aber doch über die Köpfe der Geschäftskommission hinweg mit dem Parteivorstande in Verbindung setzten. Nur die Zimmerer und die Berliner Kürschner seien ehrlich zu Werke gegangen, denn sie erklärten von vornherein, sie würden auch ohne Mitwirkung der Geschäftskommission mit dem Parteivorstande verhandeln. Das Verhalten der anderen Organisationen könne nicht als ehrlich bezeichnet werden. — Der Redner verweist darauf, daß zu diesem Punkt der Tagesordnung nur ein Antrag vorliegt, von dem Maurern gestellt, der die Auflösung der Freien Vereinigung verlangt. Der Redner schließt sein zweistündiges Referat mit der Bemerkung: Sprechen wir uns gründlich aus, und wenn schmutzige Wäsche vorgebracht werden sollte, waschen wir sie, damit wir vor aller Welt rein dastehen. (Beifall.)

Kunnecht entstand eine Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Diskussionsredner und Verlängerung der Redezeit. Es wurde beantragt, einen Befürworter des Auflösungsantrages aus Korrespondenten unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Das wurde jedoch mit 88 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also bei der Geschäftsordnungsmaßnahme Redezeit von 20 Minuten.

Gehl (Maurer) begründet den Antrag der Maurer. Er habe auf dem 7. Kongress die Änderung des Programms begründet. Durch das neue Programm sollte nicht ein Abrücken von der Sozialdemokratie beabsichtigt, sondern deren Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden, die auf einem anderen als dem sozialdemokratischen Parteipunkt stehen. Nachher sei aber von einem Teil der Mitglieder das Programm anders ausgelegt worden, um zwar im anarchistischen Sinne. Von dieser Seite sei behauptet worden, das Programm verwerfe den Parlamentarismus, für denselben dürfe deshalb nicht innerhalb der Freien Vereinigung Propaganda gemacht werden. Diese Behauptung sei falsch. Das Programm wendet sich nur gegen den Ueberparlamentarismus. Die verschiedene Auslegung des Programms von beiden Richtungen habe zu den Gegensätzen innerhalb der Freien Vereinigung geführt, die sich immer mehr zuspitzten. Die anarchistische Richtung habe sich immer mehr breit gemacht und versucht, die Freie Vereinigung in ihr Jahressystem zu bringen. Eine von dieser Seite einberufene Vorstandssitzung nahm eine Resolution an, welche sich für die revolutionäre sozialistische Richtung, für Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Geheh, Religions- und Vaterlandslosigkeit sowie für den Generalstreik erklärte, und von allen, welche diese Grundzüge der Freien Vereinigung anerkennen, verlangt, daß sie aus der sozialdemokratischen Wahlvereine austreten. — Der Redner fährt fort: Können überzeugte Sozialdemokraten mit solchen Genossen noch länger gemeinsame Sache machen? Ich sage nein. Die Freie Vereinigung war sozialdemokratisch. Sie wird es die längste Zeit gewesen sein. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, gleitet sie ins sozialistische-anarchistische Jahressystem. Daß Sie dann überhaupt noch gewerkschaftliche Kämpfe führen können, glaube ich nicht. — Die Vertretung unserer sozialdemokratischen Anschauungen ist uns in der Freien Vereinigung fast unmöglich gemacht worden. Als der Reichstag aufgelöst war, machte es uns große Schwierigkeiten, einen Artikel zugunsten der Reichstagswahl in die „Einigkeit“ zu bringen. Wir konnten das erst dadurch ermöglichen, daß der Artikel so abgefaßt wurde, daß selbst die Gegner des Parlamentarismus nichts dagegen einwenden konnten. Zu den Reichstagswahlen brachte die „Einigkeit“ überhaupt keinen Artikel. — Ferner hat es die Geschäftskommission abgelehnt, der „Einigkeit“ ein vom Parteivorstande herausgegebenes Flugblatt zugunsten der Arbeiterbewegung beizulegen. — Der Verein der Töpfer hat eine Resolution angenommen, welche erklärt, daß die Gewerkschaften die Träger des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse sein müssen. Daraus folgt, daß die Vertreter dieses Standpunktes den Kampf gegen die Sozialdemokratie und deren Taktik aufnehmen. Das kann natürlich kein Sozialdemokrat mitmachen. Weil in der Freien Vereinigung eine große Zerissenheit herrscht, die nur schädlich für die Arbeiterinteressen sein kann, deshalb haben wir die Auflösung der Freien Vereinigung beantragt. Wir haben uns mit dem Verbände geeinigt, weil wir als Sozialdemokraten in der Freien Vereinigung, wie sie jetzt ist, nicht mitarbeiten können. Deshalb wollen wir uns ehrlich von ihr trennen. Wir können das um so mehr, als zwischen uns und den Verbänden keine Gegensätze mehr bestehen und uns auch im Verbände kein Hindernis entgegensteht, unsere bisherigen Grundzüge zu vertreten.

Ueber die Diskussion, die sich bis in die späten Abendstunden hinzog, werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Am 9½ Uhr erfolgte die namentliche Abstimmung über den Antrag, die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften aufzulösen. Der Antrag wurde mit 88 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Hierauf verlas Gehl folgende von einer Anzahl Delegierter unterzeichnete Erklärung:

In bezug auf den Beschluß des Kongresses, der die notwendig gewordenen Zusammenfassung der Kräfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit verhindert und somit das Fortbestehen der Freien Vereinigung der Gewerkschaften unmöglich macht, sind die unterzeichneten Delegierten gezwungen, den Kongress zu verlassen und die bisherige Verbindung mit der legitimen Leitung dieser gewerkschaftlichen Richtung aus folgenden Gründen zu lösen:

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1906 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenschleift.

Diese Entwicklung wird logischerweise die Verschärfung und Erbitterung des Kampfes der zurückbleibenden Vertreter und Organe der Freien Vereinigung der Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Taktik im Kampfe gegen die herrschenden Gewalten zur Folge haben, den die Unterzeichneten dieser Erklärung, ihrer Ueberzeugung gemäß, auf keinen Fall mitmachen können noch wollen.

Die unterzeichneten Delegierten ziehen es deshalb vor, unter Wahrung ihrer politischen Grundzüge, die im Einklang stehen mit dem bisherigen Programm deutscher Gewerkschaften und dem der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dahin zu wirken, daß die Mitglieder ihrer Organisationen sich derjenigen Gewerkschaft anschließen, die mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam den

Emancipationskampf der Arbeiter führen will und die Beschlüsse der Parteitage und der Internationalen Kongresse als für sie bindend anerkennt.

Wir verlassen den 8. Kongress in der Ueberzeugung, auch ferner frei zum Sozialismus zu halten und ihn nach Kräften auch außerhalb des Rahmens der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu propagieren.

An alle Gefinnungsgenossen richten wir das dringende Ersuchen, unserem Beispiel zu folgen und dazu beizutragen, daß einer einheitlichen Arbeiterbewegung auf dem Boden des Sozialismus die Wege gebahnt werden können.

Aus der Partei.

Gegen den Antimilitarismus.

Deutschland und Frankreich im schönen Bunde. Während in Paris Herbé die Rechtsanwaltschaft aberkannt wird (wir berichteten darüber an anderer Stelle), leidet die deutsche Regierung die Klage auf Entziehung des Genossen Dr. Karl Liebknecht an den Ehrengerichtshof der deutschen Rechtsanwälte in Leipzig, wo sie die Ausschließung zu erlangen hofft, die ihr von der Berliner Anwaltskammer verweigert wurde. Die Vertreter der Berliner Rechtsanwälte waren anständig genug, das Ansuchen abzulehnen, einem ihrer Kollegen aus politischen Tendenzen die Erlaubnis zu nehmen. In der zweiten Instanz, dem Ehrengerichtshof zu Leipzig, aber sind die Anwälte in der Minorität, die Mehrheit wird von Richtern gebildet, und von diesen hofft die Regierung die Ausschließung zu erreichen. Und es ist in dieser Hinsicht nichts unmöglich in Deutschland.

Die Partei in den Vereinigten Staaten. Eine genaue Aufstellung über Parteibeiträge und Mitgliedschaft im Jahre 1907 ist von dem Nationalkomitee der Sozialdemokratischen Partei der Union herausgegeben worden. Die Zahl der Mitglieder war durchschnittlich 29 679. Für jedes Mitglied, das einen Monatsbeitrag von 25 Cent (1 M.) zu zahlen hat, werden 5 Cent (20 Pf.) pro Monat an die Parteikasse abgeliefert. Folgende Liste wurde aufgestellt:

Staat	Beiträge	Mitglieder	Staat	Beiträge	Mitglieder
Alabama	Dollar	zahl	Montana	Dollar	zahl
Arizona	72,50	121	Nebraska	825,40	542
Arkansas	180,00	300	New Hampshire	80,75	149
California	345,00	575	New Jersey	765,00	1275
Colorado	927,50	1546	New York	1610,00	2683
Connecticut	320,00	698	North Dakota	24,75	41
Florida	251,60	419	Ohio	948,06	1573
Georgia	94,45	157	Oklahoma	928,00	1542
Iowa	146,25	244	Oregon	419,00	698
Kansas	1501,75	2508	Pennsylvania	1501,00	2318
Kentucky	280,00	482	Rhode Island	105,00	175
Louisiana	448,70	789	South Dakota	108,15	180
Maine	405,00	675	Tennessee	65,00	108
Maryland	79,50	133	Texas	408,05	680
Massachusetts	76,00	125	Utah	35,85	59
Michigan	117,00	195	Vermont	40,50	68
Minnesota	81,00	180	Washington	690,75	1091
Mississippi	884,25	1474	West Virginia	67,65	118
Missouri	529,65	883	Wisconsin	1008,75	1678
	748,55	1247	Wyoming	150,35	200
	582,00	920			

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. In Schaffhausen wählte die Bürgergemeinde unserer Parteigenossen Wiedemann in den Bürgerrat.

Demonstration gegen einen sozialistischen Abgeordneten in Italien.

Rom, 21. Januar. (Fig. Ver.) In einer Parlamentsdebatte des vorigen Dezember hatte Genosse Oddino Morgari den Justizminister über die Verletzung von Richtern befragt, von der er meinte, daß sie verfehlt waren, um den Sozialisten des Ortes, denen die Richter nicht gefällig waren, einen Gefallen zu erweisen. Bei dieser Gelegenheit qualifizierte Morgari die herrschenden Eliten des Ortes Ariano di Puglia als „lucrupt und unwissend“. Obwohl diese Bezeichnung schon damals einen Sturm des Unwillens im Parlament heraufbeschwor, hatte Morgari am 19. d. M. den Rat, bei den Stadtwahlen in Ariano für die sozialistische Kandidatur zu sprechen. Die jetzt im Orte herrschende Partei organisierte eine brutale Demonstration gegen Morgari und als dieser trotzdem auf dem Rathausplatz auf einen Tisch stieg, um zu dieser Menge zu sprechen, kürzten die Demonstranten den Tisch u. m. Zum Glück blieb unser Genosse unverletzt. Die Polizei tat ihr Bestes um die Unruhen zu erlösen, so daß nur infolge der Besonnenheit unserer Genossen ein Blutvergießen verhütet wurde. Da die Regierung befürchtete, die Wahlen könnten die Stadtverwaltung wieder in die Hände der Sozialisten bringen, ließ sie durch den Präfekten „mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung“ die für den 19. angelegten Wahlen verschieben. Gehen doch die kleinen Gemeinden Süditaliens der Regierung als Tummelplätze für jedwede Willkür.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Polizei ist nicht parteilich. Dies suchte man dem Genossen Leopoldt vom Halleischen „Vollblatt“, so berichtet man uns aus Halle, dadurch begreiflich zu machen, daß man ihn vom Halleischen Schöffengericht zu 200 M. Geldstrafe verurteilte. Die Polizei patriotischen Turner und die freien Gewerkschaftler hatten zu einem bestimmten Sonntage Aufzüge angemeldet. Der Aufzug der Turner wurde genehmigt, der der Gewerkschaftler verboten. Dieses Verhalten der Polizei kritisierte unser Genosse im „Vollblatt“. Genosse Leopoldt legte Berufung ein. Vor der Strafkammer sagte der Staatsanwalt, die Polizei hätte doch nur für einen bestimmten Sonntage, damit keine Konflikte entstanden, den Gewerkschaftsaufzug verboten. Genosse Leopoldt erbot sich aber nachzuweisen, daß dieselbe Polizei auch an einem anderen bestimmten Sonntage solchen Aufzug verboten habe. Das Berufungsgericht bestätigte indes die Geldstrafe von 200 M. — Weiter wurde unser Genosse wegen Verleumdung eines Gendarmen zu einem Monats Gefängnis verurteilt.

Stattouts der Presse. In drei Monaten Gefängnis verurteilte am 22. d. Mts. die Strafkammer in Oldenburg den Genossen Richard Wagner vom „Norddeutschen Volksblatt“ in Pant. Wagner sollte den Bürgermeister Koch in Delmenhorst in einer während des Bauarbeiterstreiks in Delmenhorst gehaltenen Rede durch zwei Anordnungen beleidigt haben. Wagner bestritt, die Anordnungen getan zu haben. Die als Zeugen erschienenen Ueberwachungsbeamten sagten jedoch wie am Schürchen alle dasselbe. Nur der Oberwachmeister hatte etwas anderes geäußert. Es ist bezeichnend für die angeblich liberale Regierung in Oldenburg, daß der Bürgermeister trotz des vollen Vereins- und Versammlungsfreiheit garantierenden Staatsgrundgesetzes die betreffende Versammlung von zwei Gendarmen, einem Schutzmänn und drei fenographierenden Magistratskassieren hat überwachen lassen. Das Gericht erkannte nur eine formale Verleumdung und verurteilte Wagner zu sechs Wochen Gefängnis. Weiter stand zur Anklage eine Artikelserie im „Norddeutschen Volksblatt“, die sich mit den Zuständen in Delmenhorst beschäftigte. Obwohl die Artikelserie sich auf unabweisbar wahres Tatsachenmaterial stützte und sich in sachlicher und ruhiger Weise gegen das russische Regiment des Bürgermeisters wandte, wurde dennoch Wagner zu drei Monaten

zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Gesamtstrafe wurde auf drei Monate zusammengezogen. Vor einigen Wochen feierte auf dem freiwilligen Parteitage in Oldenburg der Reichstagsabgeordnete Kshhorn die liberale Handhabung der liberalen Gesetzgebung Oldenburgs. Das Urteil gegen Wagner zeigt, was von dem Liberalismus der oldenburgischen Behörden zu halten ist.

Wegen Verleumdung des Pfarrers von Pfaffenberg — es handelte sich dabei lediglich um eine Personenverwechslung — wurde der Genosse M. Gruber von der „Ränkener Post“ vom Schöffengericht Kallersdorf zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Der Pfaffenberger Pfarrer Josef Wühl, der die Kirche zur Wahl-agitation mißbraucht und auf der Kanzel die Sozialdemokratie und ihre Führer grüßlich beschimpft hatte, wurde von der gegen ihn deshalb erhobenen Widerklage freigesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Kreisversammlung der Genossinnen von Teltow-Storkow.

Die Genossinnen im Wahlkreis Teltow-Storkow hatten am Mittwoch bei Obst in Schöneberg eine Kreisversammlung veranstaltet, um den Bericht der Kreisvertrauensperson wie den der Vertrauensperson von Schöneberg entgegenzunehmen. Außerdem stand ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Jubel über das Reichsvereinsgesetz auf der Tagesordnung, der als erster Punkt behandelt wurde.

Die Genossin Jubel auf sein Thema einging, gab er einen kurzen Bericht über die neuesten Vorgänge im Reichstag, der ja am selben Tage seine Sitzung unter einem polizeilichen Belagerungszustand abgehalten hatte. In Worten, die von Horn und Entrüstung über die schmachvolle Haltung der Reichstagsmehrheit einschüßelnd die „Freiwilligen“ durchdrängten waren, schilderte der Redner, wie nach der Erklärung des Reichstags die Strafe nur dem „gebildeten“ Jandagel gehört, der ihm in der berechtigten Wahlmacht Ovationen darbrachte, wie aber das arbeitende Volk, wenn es seiner Meinung Ausdruck geben will, wie eine Klotz wider Tiere zusammenschreiben und niedergemacht werden kann. Der Redner des Reichstags bedarf die Arbeiterklasse nicht, sagte der Redner. Das arbeitende Volk wird wissen, was es zu tun hat, und seinen Weg gehen, sein Recht erobert; trotz alledem — Die Versammlung gab in verschiedenen Zwischenrufen ihrer Entrüstung über die Haltung Bülow und seines Anhangs Ausdruck und spendete dem Redner lebhaften Beifall.

Zum Reichsvereinsgesetz bemerkte der Redner, der Entwurf zeuge davon, daß die Reichsregierung aus der Vergangenheit und Gegenwart nichts gelernt habe und das Vereinswesen unter Oberwacht und Schloß halten will. Zu begrüßen sei es, daß die Schranken fallen, die die Frauen im Vereinsrecht von den Männern trennt. Aber dieses Einsengendes wegen könne die Sozialdemokratie nicht für das ganze Geschlecht mit seinen anderen reaktionären Paragraphen stimmen. Der Redner verurteilte aufs schärfste das Verbot gegen die Anwendung fremder Sprachen und wies darauf hin, daß es den Millionen Deutschen im Auslande, die ja eine Masse von Vereinen haben, wahrhaftig auch nicht gefallen würde, wenn ihnen in jenen Ländern der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten würde, was allerdings selbst in Rußland nicht der Fall ist. Ferner zeigte der Redner, zu welchen Zuständen es führen muß, wenn der überwachende Polizeibeamte das Recht haben soll, zu fordern, daß einem Redner das Wort entzogen wird. Der Redner kam dann zu dem Schluß, daß die Genossinnen es der sozialdemokratischen Fraktion sicherlich nicht verdenken könnten, wenn sie trotz des Vorteils, den der Entwurf für die Frauenorganisation bietet, gegen das ganze Geschlecht stimmte. Die Versammlung beglückte durch allgemeinen Beifall, daß sie mit dem Redner vollkommen einverstanden war.

Hierauf gab die Kreisvertrauensperson, Genossin Thiel, ihren Jahresbericht. Probenummern der „Gleichheit“, Flugblätter, Broschüren wurden in Klassen verteilt. Von der Kreisleitung aus wurden acht öffentliche Volksversammlungen einberufen, die alle sehr gut besucht waren. Dazu kommen alle die Versammlungen, die von den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte veranstaltet wurden. In den Wahlvereinsversammlungen haben die Genossinnen sich als stille Teilnehmer ebenfalls beteiligt. Auch waren sie zahlreich in die von den Genossen einberufenen öffentlichen Versammlungen vertreten. An einzelnen Orten wurden Les- und Diskussionsabende abgehalten, woran 200 Frauen teilnahmen. Die „Gleichheit“ hat im Kreise, soweit sie von den Parteispeditoren bezogen wird, 1600 Abonnenten. Frauenbildungsvereine bestehen jetzt 17 mit 1682 Mitgliedern. Im letzten Jahre ist die Mitgliederzahl um fast 1000 gewachsen.

Beschlossen wurde auch, die freiwillige Beitragsleistung zur Partei einzuführen. Der Dienstbotenfrage ist man ebenfalls näher getreten; wenngleich auch noch keine neuen Dienstbotenvereine gegründet werden konnten, so ist doch durch die Agitation auch auf diesem Gebiete ein guter Grund gelegt. Alle Vertrauenspersonen der verschiedenen Orte haben tüchtig gearbeitet, und auch die Genossinnen, besonders aber der Reichstagsabgeordnete des Kreises haben sie tatkräftig unterstützt. Der Kreis hat jetzt 17 Kreisvertrauenspersonen. — Die Jahresabrechnung der Kreisvertrauensperson, die die Rednerin verlas, schließt mit 1299,49 M. Einnahmen, 1278,10 M. Ausgaben und einem Bestand von 21,39 M. — Die Rednerin wies zum Schluß noch darauf hin, daß die Frauen den Kampf für das Wahlrecht mit gleichem Mut und Ausdauer wie die Genossen führen und auch am 12. Januar keineswegs müde zusehen haben. Sie würden auch ferner dafür sorgen, daß den Deeren, die sich mit ihrer ganzen Brutalität der gewaltigen Volksbewegung entgegenstemmen, die rechte Antwort zuteil wird. — Diskussion hatte der Bericht nicht zur Folge. Einstimmig wurde der Genossin Thiel auf Antrag der Revisoren Doehage erteilt. Ebenso einstimmig wurde sie als Kreisvertrauensperson wiedergewählt und beginnt damit das 8. Jahr ihrer Amtstätigkeit.

Die Vertrauensperson von Schöneberg, Genossin Baumler, konnte ebenfalls über einen erfreulichen Aufschwung der Bewegung und eifrige Agitations- und Aufklärungsarbeit der Genossinnen am Orte berichten. Die Reichstags- und die Stadtwahlvereinsarbeiten brachten viel Arbeit. Alle Genossinnen waren dabei nach besten Kräften unabhängig tätig und ließen sich selbst durch die ärztlichen Unbilden der Witterung nicht abhalten. Versammlungen wurden von der Vertrauensperson nur 3 einberufen, da ja die Genossinnen wegen der Wahlbewegung eine große Zahl von Versammlungen veranstalteten, an denen die Frauen sich stark beteiligten. Die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ ist am Orte noch wenig befriedigend, sie ist im Laufe des Jahres von 110 auf 116 gestiegen. Die große Arbeitslosigkeit hat offenbar hindernd eingewirkt. Doch sollten die Frauen alles aufbieten, um ihrem Organe eine bessere Verbreitung zu verschaffen. Die Abrechnung, die Frau Baumler verlas, schloß mit 218,99 M. Einnahmen und 212,20 M. Ausgaben, so daß ein Bestand von 6,79 M. verblieb. Die Rednerin gab ferner die Abrechnung von den Ferienkolonien. Die Schöneberger Genossinnen haben bekanntlich im letzten Sommer dafür gesorgt, daß ungefähr 200 Arbeiterkinder tagtäglich aufs Land hinaus kamen, wozu die Stadt Schöneberg das nötige Fahrwerk zur Verfügung stellte. Die sonstigen Kosten wurden durch Sammlungen aufgebracht. Die Einnahmen betragen 718,50 M., die Ausgaben — darunter 589,20 M. für Milch und andere Lebensmittel — 663,45 M., so daß ein Ueberschuß von 55,05 M. verblieb, die nicht ausgegeben werden konnten, weil einige Listen zu spät eingingen. Die Rednerin forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß die Anmeldung der Kinder zu den Ferienkolonien in diesem Jahre möglichst bald erfolgt, damit man der Stadt früh genug mitteilen kann, wie viel Wagen gebraucht werden.

Die Versammlung erteilte der Genossin Baumler für beide Abrechnungen einstimmig Doehage und wählte sie ebenfalls einstimmig von neuem zur Vertrauensperson von Schöneberg.

Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen,

die in vielen Gemeinden der Kreise Teltow und Niederbarnim im März dieses Jahres stattfinden, sind unverzüglich die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist zunächst Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht.

Wer nicht in die Liste eingetragen ist, darf nicht wählen.

Es erhebt hieraus, daß die Einsichtnahme in die Wählerliste eine sehr dringende Pflicht jedes Wahlberechtigten ist. Ist jemand verhindert, sich selbst davon zu überzeugen, so er in der Liste steht, so wende er sich vertrauensvoll an einen im Orte auf Plakaten oder im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Parteigenossen und beauftrage diesen nach Ausfertigung einer Legitimation mit der Einsichtnahme in die Liste.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chantregarnisten sind wahlberechtigt, Schlafburschen ist das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindevahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuße zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Die Listen liegen nur noch bis 30. Januar aus und zwar in:

Groß-Lichterfelde im Gemeindebureau (Schillerstraße 32), Zimmer 8.

Steglitz im Zimmer des Rathauses wochentags um 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Wer nicht selbst die nötige Zeit hat, wende sich so schnell als möglich an folgende Adressen: Schellhase, Ahornstraße 15a, Frisch, Florastraße 2a, Wahrensdorf, Schloßstraße 117, Käthe, Marksteinstraße 1, Kleefeld, Brandenburgische Straße 1.

Reis im Rathaus und zwar werktäglich im Zimmer 6 während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr und von 2 Uhr bis 4 Uhr nachmittags und an den Sonntagen im Wohnzimmer (Nr. 4) von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags.

Nariendorf im Rathaus, parterre, Zimmer 11, an den Wochentagen vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, Sonntags von 9—10 Uhr. Für Verhinderte sehen die Genossen Reichardt, Schauffstr. 27, Ernst Wehke, Königsstr. 36, und Hermann Lehmann, Bergstr. 17, die Listen ein.

Schmargendorf im hiesigen Rathaus wochentags im Zimmer 14 von 9 bis 1 Uhr und Sonntags sowie am 27. d. Ms. im Zimmer 5 von 10 bis 12 Uhr. Wenn es nicht möglich ist, selbst nachzugehen, wolle seine genaue Adresse an Arbeiter Theodor Red, Breitestr. 1, oder an die Gastwirte Vortels, Restaurant „Wirtshaus Schmargendorf“, Barneimänder Straße 6, und Adolf Völscher, „Gasthaus zum Lindenbaum“, Spandauer Straße 40, abgeben.

Treptow Baumfalkenweg im Gemeindebureau hier selbst, Neue Krug-Allee 5, Zimmer 15, in den Dienststunden und zwar an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9 bis 10 Uhr vormittags. Für diejenigen, welche die Liste nicht selbst einsehen können, übernehmen folgende Genossen die Einsichtnahme: Rob. Gramenz, Rieboldstr. 413 im Laden, Wangenheim, Baumfalkenstr. 14 (Laden), und Mette, Baumfalkenstr. 70 (Laden).

Rudow im hiesigen Gemeindebureau. Für diejenigen, die verhindert sind, selbst die Liste einzusehen, übernehmen die Genossen Schafhirt, Reumann, Werner und Spegan die Einsichtnahme.

Friedrichshagen werktäglich von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags im Gemeindebureau, Schloßstr. 24.

Karlshorst, Dönhofsstraße 31, I, vormittags von 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr; Sonntags von 10—12. Wer keine Zeit hat, selbst nachzugehen, wende sich an Heinrich Stühmer, Dorotheastr. 23, II, Paul Michels, Karl-Egon-Straße 20, III, Gustav Weder, Rödelstraße 14, I oder Wehr, Heiligenbergerstr. 22, III.

Johannisthal im Gemeindebureau, Zimmer 2, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Außerdem beim Genossen Gobin, Koonstr. 2. Die Einsichtnahme in die Liste übernehmen die Genossen Radumke, Koonstr. 4 und Schuhmachermeister Wirsch, Koonstr. 4.

Rechenhof im Gemeindeamt, Hauptstr. 88, Zimmer 4, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags; am Sonntag, den 26. Januar, vormittags von 9—10 Uhr.

Friedensau im Gemeindebureau, Feurigstraße, Zimmer 1—2, an den Wochentagen von 10—3 Uhr. Sonntags von 8—10 vormittags. Zur Einsichtnahme bereit ist Genosse Max Hleg, Rheinstraße 47 (Laden).

Friedrichshagen im Rathaus wochentags von 9—1 Uhr und Sonntags von 9—11 Uhr.

Nieder-Schönweide in dem Gemeindegeschäftszimmer hier selbst, Grünauer Straße 1 I, während der werktäglichen Dienststunden, Wannsee im Gemeindebureau, Zimmer Nr. 5.

Grünau während der Dienststunden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 2. Die Einsichtnahme in die Liste übernehmen unter Ausfertigung einer zuverlässigen Legitimation die Genossen Wilh. Cohn, Bahnhofstr. 8, Ernst Meigner, Königsstr. 2 und Johann Franz „Erlene Ede“.

Altershof während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im hiesigen Gemeindeamt, Bismarckstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 7.

Zeuthen im Gemeindeamt während der Stunden von 8 bis 12 Uhr vormittags. Diejenigen, die an der persönlichen Einsichtnahme verhindert sind, werden ersucht, ihre Adresse usw. im Restaurant Rothe abzugeben.

Lehnitz im Gemeindebureau, Hauptstr. 18, Zimmer 2, während der Dienststunden.

Giesow im Gemeindebureau hier selbst, Grünauer Straße 49, an den Wochentagen von 9—1 Uhr.

Lichtenrade im Gemeindebureau, Dorfstr. 81, während der Dienststunden.

Schmadow im Gemeindeamt.

Grünwald im Gemeindebureau, Herthastr. 18, Zimmer 14, während der Dienststunden von 8—3 Uhr.

Tempelhof im Gemeindebureau, Dorfstr. 42, Zimmer 6.

Königs-Wusterhausen im Rathaus vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr. Die Einsichtnahme übernehmen die

Genossen Franz Kaiser, Rudowwalderstraße 45, Heinrich Diege und Andreas Daus, beide Amstgarten 8.

Hoherlehme-Wildau im Gemeindeamt. Hoherlehme vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr. Die Einsichtnahme übernehmen die Genossen Gastwirt Schumann und Fleischermeister Hoffmann.

Niederlehme im Gemeindeamt vormittags von 9 bis 12 Uhr. Zur Einsichtnahme sind bereit die Genossen Gastwirt Koch und Ferdinand Barnau.

Mahlsdorf und Raulsdorf. Für die Genossen, welchen es an Zeit fehlt, die Wählerlisten einzusehen, ist für Raulsdorf der Genosse Kretschmer, Griselestraße, für Mahlsdorf und Mahlsdorf-Süd (Kielemal) der Genosse Robert Dertel, Mahlsdorf, Wagnerstraße 44, bereit, dies zu tun.

Bukow im Gemeindebureau hier selbst, Dorfstr. 8.

Erkner im Gemeindebureau und beim Genossen Degebrodt.

Mariensfelde im Gemeindebureau Zur Einsichtnahme sind bereit

Adolf Berger, Kirchstr. 27 und Fritz Dergold, Lantwitzer, 68a.

Weißensee auf dem Gemeindeamt und beim Genossen Kohnsopf, Königsdamm 38.

Rummersburg im Rathaus in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Wilhelmsruh. Die Wählerlisten liegen im Amtsbureau, Hauptstraße, an Wochentagen vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr und Sonntags vormittags von 12—1 Uhr aus. Wer nicht selbst die nötige Zeit dazu hat, wende sich schnell an folgende Adressen: Restaurant Vortel, Viktoriastr. 7; Restaurant Kersten, Niederstr. 5, Ede der Kronprinzenstraße.

Für Nieder-Schönhausen-West übernehmen die Einsicht in die Wählerlisten bereitwillig: Gastwirt Blenz, Sachsenstr. 10 und Gastwirt Lunow, Sachsenstr. 12.

Mühlentee (bei Berlin). Die Wählerlisten liegen täglich zur Einsichtnahme im hiesigen Gemeindebureau aus. Wer verhindert sein sollte, wende sich an Genossen W. Vörick, „Gasthof zur Sonne“.

Nieder-Schönhausen. Im Einwohner-Meldeamt, Platanenburger Straße 10, liegen die Wählerlisten in den Dienststunden, und zwar an den Wochentagen von 8—3 Uhr und an den Sonntagen von 11—1 Uhr aus. Wer absolut keine Zeit hat, selbst die Listen einzusehen, kann sich in folgenden Lokalen melden: Dutz, Platanenstraße 29; Gelhaar, Kaiserin-Augusta-Straße, Ede Lindenstraße; Radzed, Kaiser-Wilhelm-Straße 10; Ratten, Ullandsstr. 58; Wapa, Eichenstr. 12; Fröhlich, Eichenstr. 70; Babst, Weuthstr. 10; Wankel, Weuthstraße, Ede Charlottenstraße; Hasse, Weuthstraße, Ede Waldowstraße; Dittmer, Platanenburger Straße; Rande, Kaiser-Wilhelm-Straße 4.

In Reinickendorf werktäglich von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—9^{1/2} und 11^{1/2}—1 Uhr im Rathaus, Zimmer 11.

Pankow. Die Wählerliste liegt aus im Rathaus, Zimmer 25, wochentags von 8—3 Uhr und Sonntags von 9—1 Uhr.

Tegel. Im Gemeindebureau wochentags von 8—1 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags; Sonnabend von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr; Sonntag vormittags von 10—1 Uhr. Franz-Buchholz, Im Amtsbureau wochentags von 8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags; außerdem Sonntags von 8—9 Uhr vormittags.

Bezirk Weidmannslust im Gemeindebureau.

Höhen-Neudorf a. d. Nordbahn. Die Liste für die Gemeindevahlen liegt bis 6 Uhr nachmittags im hiesigen Gemeindebureau aus. Auch kann dieselbe beim Genossen M. Reumann, Vertiner Straße 44a, eingesehen werden.

Benütze jeder den letzten Sonntag zur Einsichtnahme in die Liste.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste gebe man sofort zu Protokoll.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Morgen Sonntag, den 26. d. Ms., abends 6 Uhr, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Vortrag des Stadtverordneten Dupont über Rechte und Pflichten der Frau im öffentlichen Leben. Nachher: Gesellschaftsweilandenfest und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 20 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute Sonnabend, den 25. Januar, findet das Stiftungsfest im Gewerkschaftshause, Engländer 15, statt. Das Programm desselben ist in jeder Beziehung ein gutes zu nennen und können wir den Besuch des Festes nur empfehlen. Der Vorstand.

Rixdorf. Achtung! Dem allgemeinen Wunsch unserer Mitglieder betr. Wiederholung des Theaterstückes „Flachsmann als Erzieher“ ist der Vorstand nachgegeben und findet die Vorstellung morgen Sonntag, den 26. Januar, nachmittags präzis 2^{1/2} Uhr, im Rixdorfer Theater, Vergstraße, statt. Die Genossen werden ersucht, für recht regen Besuch zu agitieren und sind noch Villetts a 60 Pf. in der „Vordorfs“-Expedition, Redarstr. 2, zu haben. — Die Ordner bitten wir um 1^{1/2} Uhr zu erscheinen. Der Vorstand.

Schmargendorf. Morgen Sonntag, den 26. Januar, früh 8 Uhr, findet vom „Wirtshaus Schmargendorf“ aus eine Handzettelverbreitung statt. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Neuenhagen a. Odbahn. Morgen Sonntag, den 26. Januar: Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, sich früh 8 Uhr beim Genossen R. Schumann, Wolterstraße, einzufinden und die Flugblätter in Empfang zu nehmen.

Ronowes. Am morgigen Sonntag von 8—12 Uhr findet das Einlassieren von Beiträgen für den Wahlverein in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk: Otto Gierke, Wallstr. 55; 2. Bezirk: Karl Gruhl, Priesterstr. 89; 3. Bezirk: Ludwig Richter, Grob-Deeren-Straße 59. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Wir machen nochmals auf den heute beginnenden Unterricht in Geschichte aufmerksam. Da jetzt gerade das Thema dieses Unterrichts: „Moderne Kolonialgeschichte“ äußerst aktuell ist, so hoffen wir, daß der Besuch ein entsprechend zahlreicher wird. Was Einzelvorträge nicht vermögen, eine tiefergehende sachliche Orientierung zu geben, um in den Wirrwarr der Meinungen eine feste theoretische und historische Grundlage zu schaffen, dürfte durch diesen Zufluss von 10 Vorträgen ermöglicht werden. Der Besuch dieser Vorträge ist ja für dieses Quartal noch dadurch erleichtert worden, daß der Unterricht in Naturerkenntnis vom Sonnabend auf den Montag verlegt wurde.

Der offizielle Gummiknäuel im hiesigen Odbach.

Zu der neuesten Leistung unserer freimüthigen Stadtverwaltung, gegen Odbach und Heimatslose den Gummiknäuel zu schwingen, wird uns noch geschrieben: Es dürfte noch bekannt sein, daß vor etwa sechs Jahren Genosse Hoffmann in seiner Eigenschaft als

Stadtverordneter und Mitglied des Odbachjuratoriums sich entließ, den vielen Klagen der Odbachlosen über unmensliche Prügeleien im Odbach dadurch auf den Grund zu gehen, indem er selbst in der Rolle des Odbachlosen das Ahtl aussuchte, um mit eigenen Augen sich von der Wahrheit der Klagen zu überzeugen. Dieser Schritt war notwendig, weil die bürgerlichen Stadtverordneten beim Vorbringen solcher Klagen es stets weit von sich wiefen, daß im Odbach geschlagen wurde. Mit einer gewissen Entrüstung wurde von den Herren das Vorhandensein von Gummikschläuchen abgelehnt; eine solche Behauptung sei für die Beamten sogar beleidigend und der verstorbene Stadtrat Komroth versicherte mit Empörung: Meine Beamten tun so etwas nicht! Und als doch wieder diese Behauptung wiederkehrte, fuhr man auf Anregung des Herrn Komroth sofort per Droschke nach dem Ahtl, um diese „skandalöse Lüge“ ein für allemal zu widerlegen. Und — siehe da, man fand keine Gummikschläuche vor. Die Angestellten waren „glänzend gerechtfertigt“ und — die Lügner entlarvt! Aber der Gummikschläuch „spukte“ weiter und blutig Geschlagene verließen nach wie vor das Odbach. Diese Verhältnisse veranlaßten den Genossen Hoffmann mit einem zweiten Genossen das Ahtl, wenn es sein muß, acht Tage lang als Odbachlose zu besuchen, um die Prügeleien festzustellen und — — — siehe da, schon am ersten Abend fand sich der unfaßbare Gummikschläuch, nämlich — in den Hosen eines Angestellten, von wo aus er seinen Weg unbarmerzig und ohne Wahl auf den Rücken der Odbachlosen nahm. Selbst Genosse Hoffmann trug die Abdrücke von dem bisher abgestrittenen „corpus delicti“ auf seinem eigenen Rücken. Jetzt konnte natürlich nicht mehr von „Lüge“ und „Verleumdung“ der Angestellten gesprochen werden. Die Schuldigen wurden aus dem Odbach entfernt, wenigstens soweit sie mit Sicherheit zu ermitteln waren, und die Gummikschläuche beschlagnahmt. Damals schämte man sich noch, daß so etwas in einem Institut der „freimüthigen“ Stadtverwaltung möglich sei: Jetzt, in der Zeit der Hochherlichkeit und wo Orden die „freimüthige“ Männerbrust zieren, kann man jede Rücksicht und Scham ablegen, und so beschloß am Mittwoch das Juratorium mit allen gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, die Beamten des Odbachs mit Gummiknäueln zu bewaffnen.

Den äußeren Anlaß zu dieser kaum glaublichen Maßregel mußten die von der bürgerlichen Presse so verlogten dargelegten angeblichen Wählstrawale im Odbach geben. In Wirklichkeit ist aber festgestellt, daß der Skandal und die Ausbreitung der Odbachlosen am 8. d. Ms. früh nicht das allgeringste mit der Wahlrechtsdemonstration zu tun hatte, ja daß auch am 12. außer Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht die anderen Geschehnisse nicht mit der Wahlrechtsdemonstration in Verbindung gebracht werden können. Es mußte im Juratorium zugegeben werden, daß auch die Darstellung der vorgekommenen Dinge selbst in der Presse übertrieben ist.

Nach der amtlichen Darstellung hoben am 8. Januar die in den Sälen 31—40 untergebrachten zumeist jungen Leute gegen Hausdiener und Kuffeier in ungestümer Weise angebrüllt, als sie entlassen und „betwahrt“ werden sollten. Die Kuffeier zogen die Koffeise und erst mit Hilfe des Wasserstrahlauchs war es möglich, die sich Widersetzenden in die Säle zurückzubringen. Dabei soll ein Kuffeier am Hals gewürgt worden sein, in den Sälen soll eine Schladede zerschritten worden und Fensterheben eingeschlagen sein.

Es ist schon an und für sich ganz merkwürdig, daß von den „Halswürgern“ und Erzedenen des 8. Januar niemand ermittelt werden konnte, so mußte die Darstellung von den Vorgängen noch auffälliger wirken, weil der im Odbach stationierte Schuhmann dabei stand, aber nicht eingriff.

Sonst sind doch Schulleute nicht so zurückhaltend. Hat der Wackhabende selbst etwa die „Halswürgerei“ nicht für bedenklich gehalten, daß er nicht einmal den Bürger feststellte? Es muß wohl so sein, sonst hätte er sicher den sich so in Lebensgefahr befindenden Beamten Hilfe geleistet.

Dann sind einige Hochrufe auf das Wahlrecht vor und in dem Odbach ausgebracht worden. Weiter habe ein Mann auf Antrag ruhiger Odbachinsassen wegen seines Betragens aus dem Odbach ausgewiesen werden müssen. Dieser Fall hätte aber mit Wahlrechtsdemonstrationen nicht das geringste zu tun. Dieser und ein zweiter Madaubruher, der für sich zwei Preußen in Anspruch nahm, vereinigte sich vor der Tür des Odbachs, nachdem sie mit Gewalt hinaus gedrängt worden waren, wobei andere Odbachlose die Angestellten unterstützten und schützten. Die Hinausbugleren schlugen den Torweg entzwei und zertrümmerten die Scheiben; sie wurden dann arretriert, wobei der eine entwich.

Das ist im wesentlichen der amtliche Bericht, der nach Angabe des Oberinspektors von den Beamten gegeben ist. Auf Grund solcher Unterlagen soll jetzt auf Beschluß des Juratoriums, der sich „freimüthig“ nennenden Mehrheit desselben der Gummiknäuel eingeführt werden; ja ein Teil dieser „freimüthigen“ war damit noch nicht zufrieden, die Herren verlangten den „Sabul“ und den „Revolber“. Unsere Genossen im Juratorium meinten, wie es denn mit ein paar abgelegten Kanonen wäre? Diese würde man sicher durch Vermittlung des Madaubruher Willow billig erhalten.

Dem jetzigen Dezerenten, dem eben mit einem vierklassigen Orden gekrönten Stadtrat Fischel, ist aber mit Gummiknäueln und Wasserstrahlauchs noch nicht gedient. Nach ihm müsse man Mittel haben, um gewissen Elementen den Besuch des Odbachs zu vereiteln. Dazu scheint ihm der vom Pastor Wodschwingh angeführte Arbeitszwang am geeignetsten. Hat sich was mit Arbeitszwang, wenn keine Arbeit zu finden ist, oder wenn Leute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse so ausgemergelt und kraftlos sind, daß sie nur gewisse leichtere Arbeit verrichten können!

Unsere Genossen im Juratorium rächten diese Art der Arbeiterfreundlichkeit ins hellste Licht, allein sie predigten tauben Ohren, als sie auf das Unsinnsige der neuen Odbachregelung hinwiesen. „Den vom Fasel durchsuchten Geistern der Wahlrechtstelen“ gegenüber, rief Herr Stadtverordneter Kettig, ist der Gummiknäuel für den Beamten gar kein genügender Schutz, er wäre dafür, dieselben sogar mit Revolvern auszurüsten!

„Was wollen Sie denn“, rief auf einen Zuruf von seiten der sozialdemokratischen Vertreter der Herr in höchster Aufregung! „fragen Sie doch einmal die Wararbeiter und Poliere auf den Bauten, die tragen auch solche und noch ganz andere Waffen bei sich zum Schutze gegen die eigenen Genossen!“

Als Genosse Hoffmann dem Herrn erwiderte, daß er ihm brauchen Gelegenheit geben werde, diese unerhörte Behauptung zu beweisen, geriet der Herr außer sich und rief: „Sie haben gar nichts brauchen von dem zu erzählen, was ich hier gesagt. Wenn ich das sage, haben Sie es zu glauben. Ich faun das nicht de-

weisen". Nun wir hoffen, daß die Vorarbeiter und Poliere dem Herrn Gelegenheit geben werden, ihnen mitzuteilen, woher er seine Kenntnisse hat.

Wieselt wird nun in das Wappen der Stadt Berlin der Gummiknäuel aufgenommen als Wahrzeichen der freilinnigen sozialen Fürsorge und Fischbedecker „Volksgenossenschaft“.

Gummiknäuel. Obdachverteilung und Arbeitsloos, das sind die Mittel, durch welche „freilinnige Volksgenossen“ die Arbeitslosigkeit beseitigen, und wer ihr „warmes Herz für die Armen“ nicht anerkennen will, ist ein „unverbesserlicher Hegeh“, dessen „wüßtes Treiben einen kalt läßt“!

Vollgültige Beaufsichtigung der Kinematographen.

Die im Ministerium des Innern eingegangenen Berichte bestätigen, nach einer offiziellen Meldung, in Verbindung mit den in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen, einerseits, die Gefährlichkeit der kinematographischen Vorführungen und, andererseits, die vielfach höchst bedenkliche Wirkung dieser Darstellungen, insbesondere auf jugendliche Zuschauer. Bei der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse erscheint jedoch die Aufstellung allgemein gültiger Vorschriften für die vollgültige Beaufsichtigung der Kinematographen nicht zweckmäßig. Es werde vielmehr den Provinzialbehörden und eventuell den örtlichen Polizeiverwaltungen überlassen bleiben müssen, die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der Betriebssicherheit und zur Verhinderung aller vom Standpunkte der öffentlichen Ordnung, insbesondere der öffentlichen Sittlichkeit anscheinenden und ungeeigneten Darstellungen den besonderen örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechend selbständig zu treffen.

Als Anhalt hierzu könne die Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 30. September 1907 dienen. Von der Aufsicht und von der Ausgestaltung der kinematographischen Vorführungen in den einzelnen Bezirken werde es abhängen, ob entsprechende Vorschriften im Wege der Polizeiverordnung generell zu erlassen oder im Wege der polizeilichen Verfügung von Fall zu Fall den einzelnen Unternehmern aufzuerlegen sein werden. Von den gleichen Gesichtspunkten aus werde zu erwägen sein, ob im Polizeiverordnungswege eine Präventivbesetzung für kinematographische Vorführungen einzuführen ist, oder ob es ausreichend erscheint, den Inhalt der Kinematographenbilder während der Auführungen durch geeignete Beamte kontrollieren zu lassen und gegen anstößige Bilder eventuell repressiv im Wege der polizeilichen Verfügung vorzugehen. In diesem Sinne ist ein Rundschreiben des Ministers des Innern ergangen.

Zu den Wahlen zum Kaufmannsgericht!

Die „Hirsche im Stehfragen“ oder wie sie sich stolz nennen, Verein der deutschen Kaufleute, hielten am Donnerstag im Gewerkevereinshaus eine öffentliche Versammlung ab, in welcher mit den Gegnern der „Hirsche“ abgerechnet werden sollte. Zuerst sprach, pardon, predigte ein Herr Vorwärts eine Stunde lang im Angewandten über die Verderbtheit der nicht Hirsch-Dunderschen Handlungsgesellschaften im allgemeinen und der im Zentralverband der Handlungsgesellschaften organisierten klassenbewußten Gesellschaften im besonderen. Da nuzten all die langst widerlegten Reichsverbandslügen und Verleumdungen verhalten, um die Kandidaten der Liste III, welche der Zentralverband präsentiert — in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Vergebliche Bemühungen! Die Berliner Handlungsgesellschaften wissen viel zu genau, daß gerade die sozialdemokratische Gewinnung der Kandidaten der Liste III eine Gewähr für eine im Sinne der Angestellten nützliche Rechtsprechung gewährt. Nach Herrn Vorwärts sammelte ein gewisser Herr Sommer eine sogenannte Kandidatenliste, welche eine volle Stunde in Anspruch nahm. Die unwichtigsten Sachen aus seinem Privatleben trugte dieser Herr aus, nur um die Versammlung in die Länge zu ziehen und so möglichst zu verhindern, daß die anwesenden Vertreter der Liste III zum Wort kommen.

Als nun endlich gegen 12 Uhr nachts die beiden Referenten mit ihren Ergüssen fertig waren, zeigten sich die Hirsche wieder einmal in ihrem besten Lichte. — Pomps hatte man „freie Aussprache“ angekündigt, was wohl die Herren von der Leitung veranlaßte, sofort bei Beginn der Diskussion die Redezeit erheblich zu beschränken. Doch als die Herren merkten, daß die Geduld der Anwesenden der Liste III noch nicht erschöpft war und sie trotz dieser unerhörten Provokation im Saale blieben, mußte man zu bewußten Rechtsbrüchen schreiten. Nachdem bereits drei Redner gesprochen und zwar ein Beamter der Hirsche und zwei Antisemiten, da erteilte man plötzlich Herrn Troger, dem Redakteur des Vereins der deutschen Kaufleute, das Wort, trotzdem dieser Herr erst kam, nachdem sich bereits ein Anhänger der Liste III zum Wort gemeldet hatte. Nun war die Geduld der Zentralverbandsmitglieder erschöpft. Entrüstet verließen sie die Stätte der Rechtsverleher. Jedoch nicht, ohne dem Vorsitzenden, einem gewissen Kaufmann, zu sagen, daß er gemogelt habe. Daß die „Hirsche“ das Recht brechen, ist an sich nicht neu, typisch ist aber, daß man die Antisemiten zu Wort kommen ließ. Von diesen befürchtete man nichts, da man von vornherein annehmen konnte, daß die in der Redezeit lächerlichen Mitglieder des Vereins der deutschen Kaufleute keine Antisemiten wählen. Nur die klassenbewußten Handlungsgesellschaften sind gefährlich, die müssen mundtot gemacht werden. Hoffentlich tragen diese Manipulationen dazu bei, daß erst recht viel Stimmen am 9. Februar auf die Liste III abgegeben werden.

Wahlen zum Innungsgericht und Geschäftsausschuß im Gastwirtsgerwebe. Gestern nachmittag fanden in den Vorruß-Sälen, Unterlage 67, die Wahlen zum Geschäftsausschuß der Berliner Gastwirts-Innung statt. Trotzdem, daß seitens der Gelben, von 10 gansen Kellnervereinen, darunter der Deutsche Kellnerbund und der Senfer Verband, die größten Anstrengungen gemacht wurden, um den organisierten Gastwirtsgehilfen die Mandate zu entreißen, endete die Wahl mit einem großen Fiasko für das nationale Kartell.

Im ersten Wahlgang wurden insgesamt 328 Stimmen abgegeben, davon erhielten die organisierten Gastwirtsgehilfen 239 Stimmen und die Gelben 78. 11 Stimmen waren ungültig. Im zweiten Wahlgang kamen auf die Liste der Organisierten 284 und auf die der Gelben 87 Stimmen. Im dritten Wahlgang erhielten die Gastwirtsgehilfen 314 und die Gelben 48 Stimmen. Die Wahlen sind der deutlichste Beweis dafür, daß auch die Kellnerbewegung täglich mehr in Fluß kommt und daß sich die Erkenntnis immer mehr Bahn bricht, daß lediglich der Verband der Gastwirtsgehilfen die einzige Interessvertretung für sämtliche Angestellten im Gastwirtsgerwebe darstellt.

Der Oberverwaltungsgerichtsrat und Stadthalter, frühere Stadtrat von Berlin R. Reubrinck, ist gestern gestorben.

Barverkehr nach Kremmen. Eine überraschende Meldung kommt aus dem allmählich sich entwickelnden Kremmen. Die Eisenbahndirektion Berlin hat mit der Gemeinde Kremmen Unterhandlungen angeknüpft wegen Einbeziehung dieses Ortes in die Berliner Vorortzone. Die Ausdehnung des Berliner Vorortverkehrs nach Kremmen wird abhängig gemacht von einem Zuschuß, den die beteiligten Gemeinden zu zahlen haben und welcher für die erwähnte Stadt 46 000 M. betragen soll. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mit dem Antrage der Eisenbahndirektion Berlin bereits beschäftigt, sich bereit erklärt, den geforderten Betrag zu bewilligen und den Magistrat beauftragt, eine spezialisierte Vorlage auszuarbeiten. Kremmen liegt an der Eisenbahnlinie Berlin-Kleinmachnow-Bittorf und ist 39 Kilometer vom Berliner Bahnhof entfernt. Bis jetzt reicht der Vorortverkehr bis Tegel, wird jedoch, wie wir bereits mitteilten, in kürzerer Zeit bis Velten verlängert werden. Von dort aus werden dann die Stationen Felsentanz, Schwante und Kremmen Barverkehr erhalten. Die Fahrzeit der Personenzüge Berlin-Kremmen beträgt jetzt circa 1 Stunde 25 Minuten.

Festnahme einer mazedonischen Reisebittlerbande.

Seit Wochen arbeitet hier mit großem Erfolge eine Bande von Mazedoniern, deren altnie Mitglieder auf Grund von Sammelbüchern bestanden, die vorn ein gedrucktes Anschreiben enthielten, wonach dem Buchinhaber bei einem Kampf im Jahre 1904 von Türken die Junge abgeknippt worden sei. Sie gaben auch nur unartikulierte Laute von sich und es gelang auch bei geöffnetem Munde nicht, die Junge zu erblicken. Zufällig wurde vorgehen ein Mitglied der Bande beim Betteln abgefaßt und der Kriminalpolizei zugeführt, wo es durch geeignete Maßnahmen gelang, den festgenommenen zum Herausstreifen der Junge und zum Sprechen zu bringen. Auch sein und seiner Komplizen Quartier im Hause Markstraße 17 wurde ermittelt. Hier setzten sich Kriminalbeamte hinein, die die heimkehrenden Mitglieder, einen nach dem anderen — abfangen. Es waren im ganzen 7 Personen, wovon 4 — junge Burischen — mit den beschriebenen Sammelbüchern bettetn gingen.

Die Bande scheint nicht nur in Deutschland gearbeitet zu haben, wie aus einem in polnischer Sprache bei dem einen vorgeführten wieon erwähnten Aufsat hervorgeht. Das „Geschäft“ muß sehr lukrativ gewesen sein; wurden doch Geldrosenpapiere mit dem Aufdruck: 5 Mark in 10 Feinzig-Stücken in größerer Menge und eine Bankquittung über eine Einzahlung von 400 M. gefunden. Nach ihnen Paffen, deren Schicksal nachträglich noch nicht feststeht, sind die festgenommenen: ein Arbeiter Georg Pantelid, ein Arbeiter Jean Smoucas, die beide als Manager fungierten, zwei andere Smoucas, ein Plakas, ein Mallos, welche vier angeblich zugunlos bettetn gingen, endlich Josefa Keruzidka, welche der Bande die Wirtschaft führte.

Geschädigte wollen sich im Zimmer 89 des Polizeipräsidenten Berlin beim Kriminalkommissar Krüger melden. Jeder erhält ein Buch, in dem in polnischer Sprache folgender Sermon zu lesen war: „Ich bin aus dem Städtchen Monastir in Mazedonien, wo ich nach dem Tode des Vaters eine zahlreiche Familie unterhalten mußte, bestehend aus einer alten Mutter und zwei minderjährigen Schwestern. Unser Vermögen bestand in einem Manufakturwarengeschäft in Werte von 10 000 Rubin. Am 18. November 1904, während des letzten Kampfes der Türken mit den Bulgaren, plünderten die Türken unser Haus und vernichteten unsere ganze Habe. Meine zwei älteren Brüder wurden im Kampfe getötet, nicht aber nahm man gefangen und schnitt mir die Junge ab. In der Nacht gelang es mir, in das Dorf Kreslo zu entfliehen, wo ich am Typhus erkrankte, mein Weib verlor und taubstum wurde. Unser sind viele, die Hunger leiden. Ich bitte gute, darmherzige Christen um Hilfe und Gott wird es Euch hundertfach vergelten.“

Für den Ahtuhr-Ladenschluß hat sich der neubegründete Verein Berliner Spezial-Fußgeschäfte ausgesprochen. Die Mitglieder sollen besondere Aufforderungen erhalten, bei einer allgemeinen Abstimmung zugunsten des Ahtuhr-Ladenschlusses einzutreten.

Gegen das Hausbesitzerprivileg.

Im Sozialfortschrittlichen Kommunalwahlverein für Berlin behandelte am Mittwoch in einer von Männern und Frauen zahlreich besuchten Versammlung der Stadtkordneten R. Vohberg-Schöneberg die Frage: „Bedarf der Liberalismus eines kommunalen Programms?“ Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige, von Männern und Frauen zahlreich besuchte öffentliche Versammlung des Sozialfortschrittlichen Kommunalvereins für Berlin betrachtet die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag als eine unumgänglich notwendige Vorbedingung für eine gesunde Kommunalgesetzgebung, insbesondere für die Einführung eines demokratischen Wahlrechts für Männer und Frauen bei den kommunalen Wahlen und vor allem für die Abschaffung des Hausbesitzerprivilegs. Sie hält es für die Pflicht eines jeden liberalen Abgeordneten, mit allen Kräften auf die Erreichung dieser Ziele hinzuwirken.“

Die liberalen Abgeordneten, die ernsthaft mit allen Kräften für ein gerechtes Wahlrecht für Staat und Gemeinde und für Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs eintreten, sind sehr dünn gesät. Ernsthaft führt nur noch die Sozialdemokratie diesen Kampf, von einigen wirklich Liberalen abgesehen.

Zu der Ermordung des Försters Schwarzenstein in Rahnsdorf wird uns heute noch folgendes mitgeteilt: Die Nachforschungen der Polizeibehörde nach dem Urheber des Verbrechens hatten bis zur Stunde keinen Erfolg. Das hiesige Polizeipräsidentium hat den Kriminalkommissar Leonhardt nach der Mordstätte entsandt, damit er die Ermittlungen nach dem Täter in die Hände nehme. Unweit der Stelle, an der der Förster Schwarzenstein tot aufgefunden worden ist, hat man jetzt eine Fußspur entdeckt, die anscheinend noch frisch war und die vom Rande des Waldes über einen Ackerstreifen nach dem Müggelsee zu führte. Es ist bisher nicht ausgeschlossen, daß der Mörder diesen Weg zu seiner Flucht genommen hat. Von der Fußspur hat die Polizei Abdrücke genommen. Die Untersuchungsbehörde verfolgt jetzt die Spur eines unbekannten Mannes, der von dem Wäffter Schuhmann aus Rahnsdorf zur fraglichen Zeit an der Mordstätte beobachtet worden ist und der sich auch kurz vorher in dem Grasschen Lokal, in dem Schwarzenstein ebenfalls gewesen war, aufgehalten hatte. Es wird damit gerechnet, daß der Mörder sein Opfer schon seit längerer Zeit beobachtet hat und nach dem Augenblick wartete, bis es das Lokal verlassen und sich nach dem Wald zu gewandt hatte. Auch durch einen Gendarmen ist ein Verdächtiger angehalten worden. Ein mit einer grauen Jacke bekleideter Burische fragte den Beamten morgens gegen 2 Uhr, wann der nächste Zug von Rahnsdorf abfähre. Es wird vermutet, daß der Täter vielleicht doch ein Wilderer ist, und zwar ein solcher, der mit dem Ermordeten in dessen früherem Revier unangenehme Erfahrungen gemacht hat. Förster Schwarzenstein war, bevor er das Revier am Müggelsee angetreten hatte, in Markgrafriede stationiert. Wiederholt hat er anderen gegenüber erzählt, daß er dort mit Wilderern Zusammenstöße gehabt hat. Ein Kollege des Sch., der auf dem benachbarten Gebiet von Markgrafriede stationiert war, ist seinerzeit von Wilderern im Walde erschossen worden. Es ist auch die Vermutung ausgesprochen worden, daß Sch. das Opfer einer Verwechslung geworden sein könnte. Bis auf die Wilderer, mit denen er in seinem vorigen Revier zusammengestoßen ist, hatte er so gut wie gar keine Feinde, und man kann sich infolgedessen nicht erklären, aus welchen Motiven der Mord an dem allgemein beliebt gewesenen Förster verübt worden ist.

Aus der Haft entlassen ist der zum zweiten Mal wegen Verdachts der Ermordung an der Frau Glaser verhaftet gewesene frühere Steinscher W. Schmidt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde gestern früh um 9 Uhr die Feuerwehr nach der Kaiserstraße 83 alarmiert. Durch kräftiges und schnelles Wassergehen gelang es, die Gefahr auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entschung wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt. Ferner hatte die Wehr in der Artilleriestr. 9 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war, das Gardinen usw. ergriffen hatte. Im zweiten Stock des Quergebäudes Schönhauser Straße 27 brannten Kleider, Rissen, Wäsche, Türen, Hausrat u. a. und in der Reuen Jakobstraße 9 Gardinen, Möbel usw. Der 7. Zug mußte einen Wohnungsbrand in der Großen Frankfurter Straße 102 löschen. Betten, Gardinen, Tapeten, Möbel usw. waren dort in Brand geraten. In der Landberger Straße 87 fanden Bodenverbrüche in Flammen und in der Sparrstraße 24 war auf dem Korridor Feuer ausgebrochen. Außerdem hatte die Wehr noch in der Coprivitzstraße 23 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Achtung Gewerbegerichtswahl. Am heutigen Sonnabend, von nachmittags 4—8 Uhr finden die Wahlen der Arbeitnehmer zum Gewerbegericht statt. Diejenigen Arbeiter, die in Schöneberg wohnen und auch arbeiten, wählen in dem Wahllokal des Bezirke, wo sich die Arbeitsstätte befindet; diejenigen, welche in Schöneberg wohnen und nicht am Ort arbeiten oder am Tage der Wahl arbeitslos sind, in dem Bezirk in dem die Wohnung liegt. Wahlberechtigt ist, wer ein Alter von 25 Jahren erreicht hat. Jeder wahlberechtigte Arbeitnehmer verleihe sich mit Legitimationspapieren (Krankensbuch, Invalidenkarte oder Zeugnis vom Arbeitgeber).

Gewählt wird in sechs Wahlbezirken, entsprechend den Bezirken der Polizeireviere und zwar: 1. Bezirk in der Turnhalle der Gemeindefschule, Hohenstaufenstr. 49. 2. Bezirk Turnhalle der Gemeindefschule, Feuerstr. 57 (Eingang der Turnhalle ist Oberstr. 9). 3. Bezirk Turnhalle der Gemeindefschule, Kolonnenstr. 23. 4. Bezirk Turnhalle der Gemeindefschule, Apostel-Paulusstr. 10. 5. Bezirk Turnhalle der Gemeindefschule, Kyffhäuserstr. 33.

Arbeiter Schönebergs! Tut Eure Pflicht! Nützt die Säurigen auf, damit jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch mache. Die Kandidaten der einzelnen Bezirke sind folgende: 1. Bezirk: Wilhelm Rosch, Bauarbeiter; Hermann Gleich, Tischler. 2. Bezirk: Ernst Rosante, Maler; Rudolf Grötschel, Maurer; Heinrich Meier, Metzlarbeiter. 3. Bezirk: Richard Altmann, Schneider; Paul Simons, Fuher. 4. Bezirk: Ferd. Draheim, Hausdiener; Julius Wartin, Stukkateur. 5. Bezirk: Erich Rudolf, Zimmerer; Wilhelm Stenzel, Kofeleger. 6. Bezirk: Gustav Dailbarth, Schuhmacher; Paul Gollwid, Maurer.

Die Gewerkschaftskommission für Schöneberg.

Eine Stadtverordneten-Erskwahl fand im 3. Bezirk der 3. Abteilung statt. Bekanntlich war der Genosse Wolfmann in zwei Bezirken gewählt, er hatte sein altes Mandat im 9. Bezirk niedergelegt. Zu wählen war ein Hausbesitzer. An der Erskwahl beteiligten sich von 220 eingeschriebenen Wählern 1020. Davon erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Stadtverordneter Ost 474, der liberale Kandidat Kaufmann Wismar 546 Stimmen. Somit ist das Mandat der liberalen Fraktion zugefallen. — Nunmehr sind alle Mandate der 3. Abteilung besetzt. Von den 29 Mandaten dieser Abteilung gebühren der Sozialdemokratie 10, der liberalen Fraktion 7, der unabhängigen Vereinigung 8 und der liberalen Vereinigung 2.

Der städtische Unterwirtsraum für Arbeitslose, der auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten geschaffen worden ist, hat nunmehr seine Wurzeln gefestigt. Er befindet im Hause Apostel-Paulus-Strasse 6 und ist täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet. Von 7^{1/2} Uhr morgens an wird verabfolgt: 1/4 Liter Kaffee (schwarz) für 2 Pf., Kaffee (weiß und süß) für 4 Pf., Milch für 4 Pf., eine Scherbe Brot für 2 Pf., eine Schrippe für 2 Pf., Brot mit Schmalz für 4 Pf. und von 9 Uhr morgens ab 1/4 Liter Suppe für 5 Pf.

Rixdorf.

Bermittelt wird seit Dienstag die zwölfjährige Maria und der neunjährige Wilhelm Behne, Kinder des Pauerers Behne aus der Rixdstr. 46, die sich heimlich aus der elterlichen Wohnung entfernt haben. Schon vor mehreren Wochen wurde das rätselhafte Verschwinden der zwölfjährigen Maria, die mehrere Tage später in Vorkoggen-Hummelsburg ermittelt und ihren Eltern zugeführt wurde, gemeldet. Jetzt hat sich das Mädchen abermals heimlich entfernt und ihren Bruder veranlaßt mitzugehen. Als der Bruder Spielkameraden gegenüber angab, wollte er mit der Schwester nach Bromberg wandern, um eine dort wohnende Großmutter zu besuchen. Dort sind die beiden jedoch bisher nicht eingetroffen. Da die Kinder kein Geld bei sich haben, wird angenommen, daß sie sich auf der Landstraße unterziehen.

Nieder-Schöneweide.

In der Generalversammlung des Wohlvereins erstattete der Vorsitzende, Genosse Bengsch, Bericht für das abgelaufene Jahr 1907. Es haben stattgefunden 5 Generalversammlungen, darunter eine außerordentliche, 9 Mitgliederversammlungen und 10 Sozialhandlungen. Die Mitgliederzahl stieg von 60 auf 72. Die Zahl der „Vormärts“-Abonnenten von 112 auf 162. — Den Kassendbericht gab Genosse Stein. Die Ausgabe für das vierte Quartal betrug 208,84 M., die Ausgabe 171,82 M. Der neugewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Bengsch, erster, Sohn, zweiter Vorsitzender; Stein, Kassierer; Lech, Schriftführer; Bonafonski, Beisitzer. Als Revisoren wurden gewählt die Genossen Hafferfaal, Goldmann und Wittke, als Bibliothekar Genosse Richter, als Spektierer Genosse Bonafonski. Zur nächsten Kreisversammlung wurden die Genossen Bengsch und Friedle delegiert.

Grig-Buckow.

August Klinge, ein alter bewährter Parteigenosse, wurde am Mittwochnachmittag zu Grabe getragen. Er gehörte zu der alten Garde, die unter dem Sozialistengesetz wacker für die Partei gekämpft. In seinem kleinen und bescheidenen Zigarrenladen hat Genosse Klinge noch bis zum letzten Atemzuge für die Partei gewirkt und so manchen jungen und alten Arbeiter zum Parteigenossen erzogen. Er wird allen als Vorbild in steter Erinnerung bleiben; dafür zeugte auch die rege Beteiligung bei dem Begräbnis.

Leider konnte auch die Polizei nicht umhin, sich bei der Beerdigung nach ihrer Weise bemerkbar zu machen. Ein Geistlicher war nicht zugezogen, dafür hatten sich aber nicht weniger als drei Gendarmen eingeschunden, um den Seelenfrieden des Verstorbene nicht stören zu lassen. Der Vorsitzende des Wohlvereins hatte sich diesmal zur Sicherheit mit einer behördlichen Erlaubnis versehen, um im Namen des Wohlvereins einen Kranz niederlegen zu können. Dadurch entging er der Gefahr ein Strafmandat von 30 M. zu erhalten; seine Frau jedoch, die harmlos einen Kranz mit einer weißen Schleife im Namen eines Sparvereins niederlegte, wurde von einem Polizeibeamten sofort festgehalten. Unter den Leidtragenden machte der Polizeibeamte des Beamten nicht geringes Aufsehen. Wiederholt wurde gefragt: gibt es denn für unsere Polizei nichts Wichtigeres zu tun, als Personen, die einem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen wollen, zu behindern?

Niemand konnte verstehen, daß die Feststellung der betreffenden Frau zu den Aufgaben der Polizei gehören könne.

Köpenick.

Das hiesige Gewerkschaftskartell veranstaltet morgen, Sonntag, den 30. Januar, einen Kunstabend (Kammermusik). Die Parteigenossen werden ersucht, für regen Besuch desselben Sorge tragen zu wollen. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr.

Mariendorf.

In der gut besuchten Generalversammlung des Wohlvereins erstattete der erste Vorsitzende, Genosse Hannemüller, den Vorstandsbericht. Es fanden im letzten halben Jahre 4 Mitgliederversammlungen, 11 Sozialhandlungen und 8 Volksversammlungen statt. Der Kassierer, Genosse Lied, berichtete, daß die Mitgliederzahl am 1. Januar 1907 186 und am Schlusse des Jahres 189 betrug. Es folgten nach diesem die Berichte des Bibliothekars, der Lokal- und Expeditionskommission, sowie der Bezirksführer; aus letzteren war zu entnehmen, daß wohl die Zahlende im allgemeinen gut besucht waren, daß aber die Beteiligung bei Flugblattverteilungen zu wünschen übrig lasse. — Die Neuwahl des

Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Paul Suder, 2. Vorsitzender Otto Hannemüller, Kassierer Gustav Bied, Schriftführer August Leib, Beisitzer Schwarz, Revisoren Lehmann I, Bendel und Arnald, Bibliothekare Kommit und Brenner, Expedient Hermann Reichardt, Expeditionskommission Lehmann II, Schwarz und Otto Lehmann, Lokalkommission Böfel. Als Bezirksführer werden die Genossen Spannberg im ersten, Hannemüller im zweiten, Bendel im dritten und Herzog im vierten Bezirk bekräftigt. Neu aufgenommen wurden 14 Genossen. — Nach diesem wurde vom Genossen Hannemüller auf das am 15. Februar dieses Jahres stattfindende Stiftungsfest des Wahlvereins hingewiesen, auch erwähnte derselbe die Wählerlisten einzusehen.

Boffen.

Wie notwendig es ist, Polizeibeamte Unterricht in Gefeschkunde nehmen zu lassen, zeigt folgender Fall: Bei der Flugblattverbreitung am letzten Sonntag (vor der Straßzeit) gab ein Genosse auch ein Flugblatt in der Wohnung des Polizeibeamten Janede ab. Dasselbe wurde von der Frau des Janede mit Entrüstung zurückgewiesen. Der betreffende Flugblattverbreiter ging dann seines Weges und wurde, nachdem derselbe noch einige Rettel verteilt hatte, von dem Polizeibeamten Janede angehalten. Der Beamte wollte nun den Genossen belehren, daß das Flugblattverbreiten am Sonntag eine öffentliche Arbeit sei und es das Verbreiten verbieten möchte. Auf die gegenwärtigen und energischen Vorkhaltungen des Genossen wurde derselbe irritiert und zur Sache gebracht. Dort wurden keine Personalien festgesetzt. Der Polizeibeamte verstand auf einige Augenblicke, um den Bürgermeister Dr. Wirth um Rat zu fragen. Nach der kurzen Beratung wurde dem Flugblattverbreiter eröffnet, daß die Flugblätter beschlagnahmt seien, er selbst könne gehen. Nach zwei Tagen erhielt der festsitzende Flugblattverbreiter ein Schreiben folgenden Inhalts:

Die von dem Polizeibeamten Janede weggenommenen Flugblätter können Sie im Zimmer Nr. 3 wieder abholen.
gez. Dr. Wirth.

Der Genosse schrieb der Polizeibehörde zurück, daß er die weggenommenen Flugblätter in sein Haus gebracht haben würde. Eine Antwort hierauf sowie die Flugblätter sind bisher ausgeblieben. Was geschieht nun? Der Bürgermeister taugt wohl nicht, daß sich unter Genossen die Flugblätter abholen kann, aber nicht, daß der Beamte wie auch er dieselben wiederrechtlich einhalten haben. Oder ist man jetzt noch der Meinung, daß Flugblattverbreiten am Sonntag verboten ist?

Friedrichshagen.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erstattete der Vorsitzende und der Kassierer, die Bibliothekscommission und die Lokalkommission Bericht über ihre Tätigkeit. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstande und der Bibliothekscommission Besondere Rechnung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre wurden gewählt die Genossen Hermann Schöku zum ersten und Georg Krafel zum zweiten Vorsitzenden, Reinhold Schmidt zum ersten und Richard Verbe zum zweiten Kassierer, Ernst Kell zum ersten und Paul Weuker zum zweiten Schriftführer, Karl Henke, Reinhold Krüger und Otto Schmale zu Beisitzern. In Revisoren wurden gewählt: Reinhold Witte, Karl Mattner und Adolf Deibloff, zur Bibliothekscommission Reich Ehrenschwender, Franz Scholz und Arthur Sonnenburg, zur Lokalkommission August Singuhr und Ernst Beckmann. — Den Bericht über die Tätigkeit der Gemeindevorstände erstatteten die Genossen Sonnenburg und Stephan. Dem Bericht folgte eine lebhafte Diskussion. Als Kandidaten zur bevorstehenden Gemeindevahl wurden die Genossen Hermann Sonnenburg und Otto Stephan wieder aufgestellt. Im Anschluß hieran wurden die Genossen erucht, rechtzeitig Einsicht in die Gemeindevahlwählerlisten zu nehmen. Derselben liegen bis zum 20. Januar aus auf dem Rathaus, Wochentags von 9—1 Uhr und Sonntags von 9—11 Uhr. Jeder Genosse ist verpflichtet, durch die Einsicht in die Wählerliste sich sein Wahlrecht zu sichern. Für diejenigen Genossen, die verhindert sind, die Liste einzusehen, sind die Genossen Singuhr, Restaurateur, Seelitzstraße 38 und der Geschäftsführer des Konsumvereins, Edert, Friedrichstraße 98, bereit, die Einsicht zu übernehmen.

Spandau.

Stadtverordneten-Versammlung. Die Versammlung nahm zunächst den Bericht des Bauetats entgegen. Derselbe verzeichnet eine Einnahme von 62 000 M. und eine Ausgabe von 101 000 M. Nichts eine Mehrausgabe von 129 000 M., 82 000 M. mehr wie im Vorjahre. Nach dem Bericht des Referenten wird aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, die Mittelstraße zu pflastern und die erforderliche Summe in den Etat einzustellen. Da die Versammlung diesem Antrage zustimmt, so kann der Etat, da er sich dadurch wesentlich verändere, nicht festgesetzt werden und wird daher zurückgezogen. Stadtverordneter Genosse Köpnick moniert bei diesem Etat die spottische Beschaffenheit der Planierstraße, die nach dem städtischen Friedhof führt. Es stehen dort berartige Wasserpfützen, daß man beinahe mit einem Rahn dort fahren kann. Ferner fragt der Genosse an, wie weit es denn mit der Einrichtung einer Badeanstalt in der Wilhelmstraße sei, für welche die Versammlung bereits Mittel bewilligt hat. Hierauf gibt der Stadtbaumeister die wenig tröstliche Auskunft, daß die Badeanstalt vielleicht im nächsten Jahre erst gebaut werden könne. Die Platzverhältnisse mache Schwierigkeiten. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß alle diejenigen Einrichtungen, welche auch für die ärmsten Volksschichten getroffen werden sollen, immer Schwierigkeiten machen und möglichst lange hinauszugeschoben werden. Nun, unsere Genossen im Stadthaus werden schon dafür Sorge tragen, daß die Sache nicht einschlief. Eine Sanitätsvorlage, welche die Anschaffung eines Automobils für die freiwillige Feuerwehr fordert, findet der hohen Kosten wegen nicht die Zustimmung der Versammlung und wird einstimmig abgelehnt. — Der Feuerlösch-Stat, welcher eine Einnahme von 3400 M. und eine Ausgabe von 17 800 M. aufweist, kann infolge des vorherigen ablehnenden Beschlusses der Versammlung nicht festgesetzt werden und wird zurückgegeben. — Der Straßenbeleuchtungs-Stat, der nur eine Ausgabe hat, zeigt eine solche in Höhe von 47 822,50 M. Zu diesem Etat wird wieder aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, einige Straßen mit Gas, resp. Petroleumlaternen zu versehen. Als der Oberbürgermeister erklärt, daß man bei Annahme dieses Antrages die Steuerzuschläge nicht nur nicht herabsetzen könne, sondern wahrscheinlich erhöhen müsse, wird der Antrag abgelehnt und der Etat genehmigt. — Ein rührendes Bestreben, einen schwerverletzten Arbeiter nicht zu schädigen, zeigt sich seitens der Ratifikationsmitglieder und einiger bürgerlicher Stadtverordneter bei der Vorlage betreffend die Festsetzung einer Fuchlinie in der Reuendorfer Straße. Hier befiel die reiche Holzhandlung Brettschneider ein großes Terrain, welches sie wohl der Bebauung erschließen will. Sie reichte einen Bebauungsplan ein, der aber zurückgewiesen wurde, weil auf dem an der Oberhalb grenzenden Terrain keine Uferstraße vorgesehen. In der Voraussetzung, daß die Uferstraße sich vorzüglich eigne, um an denselben Wohnhäuser für die besserhabenden Einwohner zu errichten, reichte die Firma einen zweiten Bebauungsplan ein, in welchem eine 14 Meter breite Uferstraße sowie noch eine Parallelstraße vorgesehen. Als der Stadtverordnete Bauart Bender aber beantragte, den ganzen Plan um zwei Meter nach der Havel zu verschieben, damit die Reuendorfer Straße, die als eine der frequentesten Straßen angesehen ist, um zwei Meter an jener ziemlich langen Strecke verbreitert werden könnte, da entfaltete sich eine rührende Sorge um die arme reiche Firma, die ja dadurch geschädigt werden könnte. Glücklicherweise ließ sich die Majorität der Versammlung nicht bereit schlagen und stimmte dem gesuchten Antrage zu. — Bei der Vorlage, daß die Warenhaussteuer für 1907, welche 15 724 M. beträgt, auf die Gemeindesteuer der Klassen 3 und 4 in Anrechnung gebracht werde, beantragt Stadtverordneter Genosse Bied, daß diese Steuer nur auf die Gewerbesteuer der Klasse 4 in Anrechnung gebracht werde, da in der 3. Gewerbesteuerklasse Gewerbetreibende mit circa 15 000 bis 20 000 M. Einnahmen seien und diese wohl nicht nötig haben,

daß ihnen eine solche Zuwendung gemacht werde. Die Versammlung genehmigte die Magistratsvorlage. — Für die Armenverwaltung ist endlich nach mehrjährigen Erwägungen eine neue Armenordnung ausgearbeitet worden, welche sich im wesentlichen an das Elberfelder System anlehnt. Sie bedingt im wesentlichen eine Neueinteilung der Bezirke, die Aufhebung des Instituts der Waisenräte, deren Funktion jetzt von den Armenpflegern ausgeübt werden soll, die Zustellung der Frauen für die Armenpflege und die Anstellung von zwei besoldeten Damen, welche die Aufsicht und Kontrolle über den Schul- und die Pflege der Pflegekinder ausüben sollen. Zwei der Stadtverordneten, nämlich der Kaufmann Lorenz, ein hervorragendes Mitglied der sogenannten Mittelstandsbewegung und der kürzlich neugewählte Fuhrherr Herta sprachen sich gegen die Zulassung der Frauen zur Armenpflege aus, der erstere meinte, es sei bei den Damen mehr ein Spott, der zweite hält die Damen für zu mitleidig. Stadtverordneter Genosse Bied unternahm es, den beiden Weiberfeinden ganz gehörig den Kopf zu waschen und die segensreiche Wirkung der Frauen in der Armenpflege anzuerkennen. Die Versammlung genehmigte denn auch die Vorlage und so dürfte denn auch in Spandau der Anfang gemacht sein, die Armenpflege zu reformieren. Die übrigen Vorlagen sind von geringerer Bedeutung und werden meist debattelos genehmigt.

Potsdam.

In der letzten auf besuchten Wahlvereinsversammlung wurde beschlossen, vom 1. April ab Jahrlöhne einzuführen, die am Mittwoch nach dem 15. eines jeden Monats (wie in Groß-Berlin) abgehalten werden sollen. Dann wurden die Vorgänge in der vorletzten Stadtverordneten-Sitzung wie auch die Wahlrechtsbewegung besprochen. Genosse Stoad bezeugte es als recht charakteristisch für die Versammlung, daß der Vorsitzende bei Einführung der neugewählten Stadtverordneten es mit Freuden begrüßte, daß alle Schichten (Gelehrten, Beamten- und Kaufmannstand) in der Versammlung vertreten sei. Eine Schlußrede wurde aber hier in Potsdam überhaupt noch nicht für voll angesehen: die Arbeiterklasse, trotz ihrer ziemlich 1000 Stimmen gegen circa 1800 bürgerliche Stimmen. Die Arbeiterklasse habe wahrlich nicht nötig, sich auf diese Weise verhöhen zu lassen; durch immer festeren Zusammenschluß würde sie sich aber die Achtung nach erst erringen müssen. — Bei der Besprechung der Arbeiterbildungsschul-Angelegenheit zeigte sich in der schärfsten Weise die verschiedene Behandlung durch die Behörde. Man gestattete dem Neuen Wahlverein — einen ausgesprochen politischen Verein — anstandslos die Errichtung einer Jugendabteilung, der Arbeiter-Schule verbot man aber die Vorträge in der Bildungsschule, weil an solchen Vorträgen jugendliche Personen teilgenommen haben sollen. Zum Besten der Schule wird am Sonntag, den 28. Januar, eine Theatervorstellung im Viktoriengarten stattfinden; für den 22. Februar ist ein Revue-Abend in Aussicht genommen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Revolverattentat

auf dem Friedhofe beschäftigt gestern unter Vorhild des Landgerichtsrats Hellwig das Schwurgericht des Landgerichts II. Es handelt sich um ein Revolverattentat, welches eine 63jährige Frau gegen die Ehefrau ihres früheren von ihr geschiedenen Mannes aus Hatz und Rache verübt hatte. Aus der Untersuchungshaft wurde die im Jahre 1844 geborene Frau Auguste Hoffmann, geschiedene Ehring vorgeführt, die sich wegen versuchten Totschlags verantworten mußte. Am 22. Oktober vorigen Jahres patrouillierte die Angestellte auf dem in der Ragstraße in Scharnberg gelegenen Gemeindefriedhof in der Nähe des Grabes des Diätars Ehring auf und ab, als die Witwe des Ehring erschien, gab die Angestellte auf sie 2 Schüsse ab. Zwischen den Gräbern kam es zwischen den beiden Frauen zu einem Handgemenge, welches erst durch das energische Einschreiten des Inspektors beendet wurde. Am, wie die Angestellte vor Gericht zugab, der Frau E. einen „Denkzettel“ zu geben, hatte sie den Entschluß zu dem Attentat, welches sie jetzt vor den Strafrichter führte, gefaßt. Die Frau Witwe E. befand sich vor Gericht, sie habe am 22. Oktober das Grab ihres Mannes aufgesucht. Zu ihrem Schrecken habe sie plötzlich am anderen Ende des Grabhügels die Angestellte mit erhobenen Revolver vor sich gesehen. Als diese mit der Hand nach unten deutend ausrief: „Hier liegt der Schurke und Ehebrecher“, habe sie nur mit einem „Fu!“ geantwortet. In demselben Augenblick habe die Angestellte geschossen. — Auf der Polizeiwache äußerte die E. zu dem sie vernehmenden Kriminalkommissar von Bernsberg, daß sie ihr leid tue, daß sie nicht besser getroffen habe, und es wäre ihr ganz recht gewesen, wenn die Frau E. getötet wäre. — Staatsanwältin Meyer plädierte auf Verjahung der Schuldfrage im Sinne der Anklage. Die Geschworenen bejahen jedoch nur die Schuldfrage nach Körperverletzung mittels einer Waffe und eines das Leben gefährdenden Behandlung. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre unter Anrechnung von 2 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Das Martyrium eines unehelichen Kindes

wurde gestern wieder einmal durch eine Anklage entrollt, die die Arbeiterfrau Rosalie Grabis aus Charlottenburg vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III führte. Die Angeklagte wurde beschuldigt, durch grobe Vernachlässigung ihres 5jährigen Kindes dessen Tod verursacht zu haben. Als sich die Angeklagte verheiratete, hatte sie bereits ein uneheliches Kind namens Konstantia, welches sie zunächst zu ihrer Schwägerin in Pflege gegeben und gegen Weihnachten 1905 zu sich genommen hatte. Das Kind war schwächlich und hatte die englische Krankheit, das rechte Bein war krumm und das Aussehen des Kindes schlecht. Es mußten Hülfsqualen gewesen sein, die das arme Geschöpf bei der eigenen Mutter zu erdulden hatte, insbesondere im Vergleich mit der Behandlung, die die Angeklagte ihrem in der Ehe geborenen kleinen Jungen angedeihen ließ. In dem Hause, in welchem sie wohnte, hatte überhaupt niemand eine Annung von der Existenz der kleinen Konstantia, denn sie kam niemals in die frische Luft, und wenn die Mutter, wie es täglich geschah, ihren Jungen in einem Kinderwagen in die Luft fuhr, mußte das kranke Mädchen zu Hause bleiben und wurde einfach eingeschlossen. Es wird behauptet, daß die Angeklagte dem Kinde so wenig zu essen gegeben habe, daß es halb verhungert war und oftmals die Schlafbüchsen um etwas Brot anbettelte. Sehr häufig soll die Angeklagte das Mädchen mit der Hand, mit einem Stof geschlagen und mit Fußtritten behandelt haben. Dr. Weinberg, der von dem Ehegatten zur Ausstellung eines Totenscheines geholt worden war, fand, daß das Kind einen kolossal verhungerten Eindruck machte, und da der Arzt auch verschiedene Abführungen am Leibe bemerkte, so verlagte er den Totenschein und benachrichtigte den Kreisarzt, Geh. Medizinalrat Dr. Klein. Dieser hat mit dem Sanitätsrat Dr. Schmilinski die Sektion ausgeführt. Die Leiche war ganz erheblich abgemagert, vollständig skelettiert. Das Kopfhaut war völlig verkrebt und verlaust. Das Kind war durch eine vernachlässigte eitrige Wunde gespalten. Nach der Aussage der Sachverständigen zeigte sich unter der Kopfhaut eine Blutunterlaufung, auf der rechten Seite ein frischer Rippenbruch, ferner Spuren eines todtigen Stochsches an dem rechten Unterschenkel, eine frische Kontusion an der linken Hand, am rechten Bein und eine Hautverletzung in der Gegend der linken Aniescheibe, ferner vier alte rechtsseitige Rippenbrüche. Die Ärzte erklärten es geradezu für bestialisch, daß eine Mutter, die an ihrem Kinde vier Rippenbrüche habe bemerken müssen, da das Kind zweifellos große Schmerzen erduldet habe, trotzdem nicht ärztliche Hilfe herbeigeholt habe. Da an keinem inneren Organe Erkrankungen und Veränderungen gefunden wurden, die als Todesursache gelten können, so bleibt der Schluß, daß das Kind an Enkätzung gestorben und der Tod durch die Vernachlässigung, die mangelhafte Ernährung und Pflege und die frischen Verletzungen mindestens beschleunigt worden ist. Das

Urteil gegen die rohe Frau lautete auf 2 Jahre Gefängnis und festgesetzte Verhaftung.

Gefangung des Hausbesizers für den Einbruch eines Hausbalkons. Als eine Frau von Pfannenberg mit einem bei ihr wohnenden Lehrer am 3. Juli 1908 den Balkon ihrer Wohnung in der Schiffergasse zu Hamburg betreten hatte, brach dieser plötzlich zusammen und türzte beise in die Tiefe. Hierbei hat die Mälerin erhebliche Verletzungen erlitten und machte sie deshalb den Hausbesizer W. dafür haftpflichtig. Sie forderte eine Rente von 600 M., erhielt aber vom Landgericht Hamburg nur 600 M. pro Jahr zugesprochen. Auf die Berufung beider Parteien andererseits das Oberlandesgericht Hamburg das erstinstanzliche Urteil dahin ab, daß es der Mälerin nur 450 M. Rente pro Jahr zubilligte.

Der betreffende Balken ruhte auf hölzernen Querbalken, die durchmörtelt waren und infolgedessen nicht mehr die erforderliche Tragfähigkeit besaßen. Die Mälerin war von der Mälerin zurück ein Jahr vorher gemietet worden und hatte die Mälerin auch während der Mietzeit den besagten Hauswirt auf ein ganzemlistentragendes Loch im Fußboden des Balkons aufmerksam gemacht. Der Besagte verließ sich darauf, daß er einen Tischler bestellt hätte und auch die Frau von dem Hausverwalter aufgefordert worden sei, den Balken bis dahin nur vorsichtig zu betreten. Auch wäre das Malheur verhütet worden, wenn der Tischler rechtzeitig gekommen wäre. Das Oberlandesgericht führte demgegenüber jedoch aus, daß der Besagte nach § 133 für den Einsturz eines Gebäudes oder eines Teiles desselben ohne weiteres hafte, wenn er nicht beweise, daß er zur Abwendung der Gefahr die erforderliche Sorgfalt beobachtet habe. Einen solchen Beweis habe der Besagte aber nicht anzutreten versucht. Das Bestellen des Tischlers könne ihn nicht ansuldigen, da er nicht andere Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe, um sich von der Tauglichkeit des Baues zu überzeugen.

Die vom Besagten gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom III. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Vom „freien“ Koalitionsrecht.

Der § 153, der Gegenparagraf des Koalitionsrechts, ist schon manchem freien Genossenschaftler zum Verhängnis geworden, wenn er für seine Organisation eintreten wollte. Die Spruchpraxis der deutschen Gerichte ist nahezu unvereinbar geworden mit dem Koalitionsrecht, dessen sich der deutsche Arbeiter angeklagt erziehen soll. Vor längerer Zeit wurden in Jüttau zwei Bauarbeiter um bedenklichen vom Schöffengericht zu je 6 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie einen anderen Bauarbeiter, der dem Hirsch-Zunderischen Gewerksverein angehört, zu überreden versuchten, zur modernen Organisation überzutreten. Das Gericht glaubte ihm, als er behauptete, die Arbeiter hätten ihm gedroht, die Arbeit niederzuliegen.

Die Verurteilten legten Berufung ein, aber das Landgericht Bautzen hielt gleichfalls den § 153 der Gewerbeordnung für verletzt und verwarf die Berufung.

Vermischtes.

Ein Raubmord wurde, wie und aus Stuttgart gemeldet wird, gestern vormittag im dortigen belebtesten Stadtteil neben der Hauptpost verübt. Die nicht unermittelte Fuhrmannswitwe Fuhr, die morgens nach ihrer beiden schulpflichtigen Kinder zur Schule geleitet hatte, wurde mittags erschossen mit einem Anedel im Munde in ihrer Wohnung in der Fürstenstraße aufgehoben. Der Bekannte war bereits erkalte. Vom Täter hat man bis zur Stunde noch keine Spur. Genaugenig ist bekannt, welche Leute dem Mörder in die Hände gefallen ist.

Eine heitere Episode, so berichtet man und unterm 28. Januar, spielte sich heute vor dem Halleschen Schöffengericht ab. Ein Bergarbeiter Thomas von Dörsdorf hatte seinen Sohn mit seinem Leibriemen mihandelt. Da der Mordling jenen Riemen zum Befestigen seiner Hufe bei dem Termin um den Leib geschnallt hatte, forderte man das Ding zur Verhaftung. Thomas mußte sein Urteil mit der Hufe in beiden Händen — ein lustiges Bild für die Zuschauer — entgegen nehmen, und geriet bei der geringsten Handbewegung in die Gefahr, das Weisfeld zu verlieren. Wie das nun so üblich ist, sprach aber das Gericht auch die Verschlagnahme und sofortige Einziehung des Riemens aus. Da man aber ein öffentliches Vergernis befürchtete und den Angeklagten mit der loseren Hufe nicht bis ins Dorf laufen lassen konnte, mußte man wohl oder übel die Verschlagnahme wieder aufheben und dem Manne den Riemen einhängen.

Die Schiffsahrt unterbrochen. Nach einer Werdung aus Hamburg ist die Schiffsahrt durch starken Nebel zum vollständigen Stillstand gebracht. Seit Donnerstag nachmittag sind keine Segelschiffe in die Stadt gekommen.

Aus Cuxhaven wird gemeldet, daß am Morgen wegen des Nebels Beobachtungen unmöglich waren.

Eine Feuersbrunst. Die aus Tiflis gemeldet wird, hat gestern eine Feuersbrunst eine ausgedehnte Korallenfabrik mit vielen Kaufleuten eingeschert. Der Schaden beträgt eine halbe Million Rubel.

Öffentliche Bibliothek und Verkauf zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 28. Gedruckt täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 3—6 Uhr. In den Verleihen liegen zurzeit 615 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Januar, vormittags 8½ Uhr, in der neuen Gemeindehalle, Bappel-Wee 15—17: Versammlung mit freireligiöser Vorlesung. — Sonntagvormittag 10½ Uhr in der Schulaula, Kleine Franziskaner Straße 6: Vortrag von Herrn Adolf Stern: Das Wesen der Religion. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 2. 29.) Alldeutsche Baumhüttenwerk. Heute abend 8½ Uhr im Restaurant von Ködlig, Baumhüttenstr. 67: Mitgliederversammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für Arnswalde-Friedberg. Heute nachmittag 4½ Uhr bei Thimm, Lister Straße 79: Generalsammlung.

Freie Gemeinde Spandau. Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei Feuerherd, Ruystraße: Vortrag des Genossen Stern. Nachdem: Generalsammlung.

Scharverein für Freihofer zur Ausübung der Feuerbekämpfung. Dienstag, den 28. Januar, abends 9 Uhr, bei Stempel, Neue Königstr. 78: Generalsammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Vindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritten Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl 100 wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Sonntags 7 Uhr. Sonntags abends beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Ehrenrunde vor.

W. 2. 7. Rein. — C. S. 101. Bollen tragen ist in Deutschland durch Gesetz nicht verboten, mit Ausnahme des Tragens von Stoch-, Hieb- oder Schlagwaffen, welche in Säcken, Körben oder in ähnlicher Weise verborgen sind. (§ 36 Ziffer 9 des St.-G.-B.) Jedoch kann das Tragen von Waffen durch Polizeiverordnung nach der herrschenden Ansicht verboten werden. — W. 2. 25. Ihr Mann haftet für Ihre Schulden in diesem Fall nicht. — W. 2. 100. Zur Weiterzahlung sind Sie verpflichtet. Nachbeschlagnahme ist unzulässig. — W. 2. 53. Ja, es muß Ihnen aber das zu Ihrem und Ihrer Familie Unterhalt erforderliche gelassen werden. — W. 2. 1908. Ihrer Mitteilung fehlt die Frage. Nach dem von Ihnen mitgeteilten Wortlaut müßte die Kündigung spätestens am 28. Dezember erfolgt sein. Ist die Wohnung erheblich gesundheitsgefährdend, so haben Sie das Recht, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist auf Aufhebung des Mietvertrages und auf Schadenersatz zu klagen. In diesem Falle ist es zweckmäßig, der Klage ein ärztliches Attest über die gesundheitsgefährdende Beschaffenheit der Wohnung beizufügen und Anberaumung eines neuen Termins zu beantragen. — Der Substantiv. Wie Sie leicht hervorheben, können wir es grundsätzlich ab, uns in den Streit über die Güte der verschiedenen stenographischen Systeme zu mischen. — W. 2. Die Bearbeitungszeit für eine Frau bis zur Heiratsverhandlung beträgt 10 Monate. Das Amtsgericht kann aber auf Antrag die Bearbeitungszeit aufheben. Zweckmäßig ist es, dem Antrag ein ärztliches oder Hebammenattest beizufügen, aus

dem sich ergibt, daß eine Geburt nicht in Aussicht steht. — **W. 1. Klein.** — **S. 42. Ja.** — **S. 42. N. 27.** Die Sachen müssen Sie ohne Einhaltung einer Frist aufbewahren und können Lagergeld nicht beanspruchen. Sie würden sich verpflichtet sein, die Sachen dem Mann zu bringen. — **S. 42. N. 50.** Gegen den Haftbefehl müssen Sie unter Darlegung, wann, vor welchem Gericht und in welcher Sache Sie den Haftbefehl bereits geleistet haben, Klage einbringen bei dem Amtsgericht einlegen. — **W. 4. 32.** Sie würden zur Zahlung vorläufiglich zurufen werden, falls Sie nicht etwa durch einen Sachverständigen den Beweis liefern, daß die Bilder unecht sind. — **S. 42. N. 24.** Ja, der Brief hat im Januar den Poststempel zu enthalten. Wenn er vom Kleider den Stempel einlegt, ist Sache der Vereinbarung. — **S. 4. 100.** Sie sind militärpflichtig.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktpreise-Direktion. (Großhandel.) Dörrfleisch Ia 68-70, IIa 67, IIIa 64-57, Bienenfleisch Ia 65-70, IIa 54-64, Stübe, fett 48-56, do. mager 36-44, Pfeffer 30-38, Bohnen, bunte 51-63, Rotfleisch, Doppelender 105-125, Rindfleisch Ia 85-95, IIa 75-84, Fälscher ger. gen. 55-71, do. hoch 45-50, Hammelfleisch Rindfleischer 74-76, Hammel Ia 69-70, IIa 60-65, ungar. 0,00, Schaaf 45-58, Schweinefleisch 49-57, Rehwild Ia per Pfund 0,00, IIa 0,00, Rotwild Ia per Pfund 0,40-0,48, do. IIa 0,20-0,29, do. Rälber 0,50-0,45, Damwild 0,40-0,56, do. Rälber 0,50-0,65, Wildschweine per Pfund 0,28-0,40, Ferkel per Pfund 0,40-0,60, Kaninchen, groß, Stück 0,80 bis 1,00, do. klein 0,40-0,60, Hasen, groß per Stück 3,25-3,70, do. mittel u. klein Stück 2,00-3,00, Wildenten per Stück 1,25-1,60, Kalanenhühner Ia, junge 3,75-3,25, do. IIa und alte 1,50-2,50, Kalanenhühner 1,00-2,50, Schnerghühner Ia Stück 0,60, Birkhühner Stück 0,00, 1,50, Rebhuhn Ia per Stück 1,50-3,25, do. IIa 1-1,50, Landen Ia 0,50-0,85, do. IIa 0,00, do. alte 0,60-0,69, do. Ital. 1,00-1,05, Gänse, per Stück 2,00-3,60, do. russische per Stück 0,00, do. Hamburger, per Stück 2,90 bis 3,60, Gänse per Pfund 0,50-0,56, do. Oberbrüher per Pfund 0,55 bis 0,67, do. russische per Pfund 0,50-0,58, Poulets per Stück 0,70-1,40, Hühner Ia p. Pfund 0,70-0,80, do. IIa 0,60-0,65, Gänse per 100 Pfund 72-90, do. matt 0,00, do. groß 55, do. groß-mittel 0,00, Gänse, unjochert 0,00, do. groß 0,00, do. matt u. tot 81-102, Schafe, groß 89, do. mittel IIa 60-72, do. 77-90, Kälber, klein 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00, Karpen, 40-50er 55-62, do. 50-60er 54-56, do. franz. 70-100er 0,00, Bismen 30-40, do. groß 45-50, Mand 0,00, Quappen 20-28, Bleifische 0,00, Weis 0,00, Bunte Röhre 25-50, Barle 0,00, do. matt 55-63, Weis 39-48, do. klein 0,00, Karanischen 0,00, Bismen-Rheinlachs, per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110-130, do. IIa 90-100, Seelachs, per 100 Pfund 15-20, Hummern, Räder, Stiege Ia 2-6, do. mittel, Röhre 0,00, do. Gans Stiege 3-6, halbe Röhre 2-3, pomm. Ia Schod 0,00, IIa 0,00, Bismen, Räder per Wall 2-3,00, Schwebelche 2,00-2,50, englische

0,00, Sprossen, Dausiger, Röhre 0,60, do. Rügenwalder, Röhre 0,40 bis 0,60, Kälber, groß per Pfund 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Feringe per Schod 5,00-9,00, Schafschafe, Röhre 4,00-5,00, dito 1/2, Röhre 2,50-3,00, Zardellen, 1902 er per Anker 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 85-90, Schottische Polsterlinge 1903 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 36-42, deutsche 30-40, Feringe, neue Matjes, per 1/2, Ia, 0,00, Sardinen, russ. Röhre 1,50-1,60, Broderlinge Röhre 1,20-1,40, do. Röhre (4 Liter) 1,40-1,70, Reimangen Schodfisch 11, do. kleine 5-6, do. kleinen 14, Krebse per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Golliger, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Ger. Rand, unsortiert per Schod 4,00-5,50, do. große 5,50-6,50, Butter per 100 Pfund Ia 126-129, IIa 120-125, IIIa 115-120, abfallende 100-106, Saure Gurken Schod 4,50, Pfefferantzen Schod 4,50, Kartoffeln per 100 Pfund Daberische 3,25-3,50, meise runde 3,00-3,25, mag. bon. 3,25-3,50, Borste, per Schod 1,00-1,75, Weizen, Schod 4-12, Spinal per 100 Pfund 20-30, Sellerie, per Schod 3-6, do. pomm. 6-12, Zwiebeln per 100 Pfund 1,50-4,00, Petersilie, grün, Schodfisch 0,80-1,50, Weis, baltischer, per Stück 0,06-0,10, baltischer, per Schod 0,00, Weizen, 100 Pfund 3,00 bis 4,00, Karotten, per 100 Pfund 10-15, Birnensalze, Schod 3-7, Rotkohl, Schod 3-8, Weiskohl p. 100 Pfund 1,90-3,50, Blumenkohl, baltischer 100 Stück 0,00, do. Frischer 0,00, do. italienischer 100 Stück 30-38, do. in Körben 18 Stück 2,00-2,50, Rosenkohl, per 100 Pfund 16-30, Grünkohl 5,00-6,00, Kohlraben, Schod 2,50-6,00, Petersilienwurzel, per 100 Pfund 5-6, Schodfisch 5-6,00, Schnittlauch, Töpfe Duld. 3-4,00, Tomaten, spanische, per Röhre 3,00-4,50, Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50-3,00, Rübchen, Berliner, per 100 Pfund 0,00, do. Rübchen 5-18, Götter, 100 Stück 15-20, Endivien, 100 Stück 15-20, Birnen, per 100 Pfund 1,00, Tiroler 0,00, Rastbinnen 3-10,00, Tafelbirnen Ia 18-25, do. IIa 6-17, Italiener 26, Keviel, per 100 Pfund 1,00, Tiroler Ia 15-24, do. IIa 12-20, do. Iste, per 100 Pfund 0,00, do. in Körben 15-24, do. IIa 8-18, Amerikaner, per Röhre 15-27, Italiener, 100 Pfund 11-12, do. in Körben per 100 Pfund 14-18, do. in Körben 10-25, Ballen 0,00, Paranzische 0,00, Hokelnüsse, lange, 100 Pfund 0,00, do. runde franz. 0,00, Weintrauben, Almeria, per Röhre 6-18, Kananas I, per Pfund 0,70-0,90, do. II 0,50-0,65, Samen, gelb, per 100 Pfund 0,00, Kofosnüsse per 100 Stück 0,00, Kachmandeln per 100 Pfund 70-115, Maronen, ital., per 100 Pfund 9-20, Feigen, Franz. per 100 Pfund 20-22, do. Trommel, per 100 Pfund 40, do. in Körben 28-38, Traubenrosinen per 100 Pfund 65-120, Zitronen, Reifina, 300 Stück 7,25-10,00, do. 300 Stück 7,50-8,50, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00, Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,00-11,00, do. 300 Stück 7,00-11,00, do. Valencia 420 Stück 12-20, do. 714 Stück 17-22,00, do. Reifina-Blau 100 Stück 8-9, do. 150 Stück 9-10.

Handarinen, Schodfisch 0,45-2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfund 15-17, Datteln, per 100 Kart. 87-98, Johannisbrot, per 100 Pfund 10-15.

Witterungsübersicht vom 24. Januar 1908.

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Eintriede	778	SW	3	bedeckt	Daparanda	749	SW	4	heiter
Damberg	777	SW	3	bedeckt	Petersburg	763	SW	4	bedeckt
Berlin	778	SW	2	bedeckt	Sibir	771	SW	3	bedeckt
Kranke	777	D	3	bedeckt	Aberdeen	776	SW	1	wolfig
München	778	SW	4	bedeckt	Paris	774	SW	2	wolkenl.
Wien	780	SW	2	bedeckt					

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. Januar 1908.
Wetter nachts meist ziemlich heiter und trocken bei gelindem Frost und schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 1.		am 22. 1.		Wasserstand	am 23. 1.		am 22. 1.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Tiff	355	+2	355	+2	Soale, Großh.	140	-14		
Bregel, Ankerburg	235	+17	235	+17	Sabel, Spandau	108	-1		
Reichel, Horn	92	-2	92	-2	Kathenow	150	-1		
Ober, Kattber	185	-4	185	-4	Spree, Sternberg	118	-		
Krossen	148	+2	148	+2	Reeslow	152	0		
Kranke	267	-7	267	-7	Sejer, Minden	-44	-9		
Wartbe, Schrum	200	+8	200	+8	Winden	46	-6		
Randberg	104	+6	104	+6	Rhein, Maximiliansau	278	+1		
Reje, Borsum	70	+3	70	+3	Kraus	90	-1		
Eide, Zeitmerth	5	-11	5	-11	Röln	90	-9		
Preußen	-110	+13	-110	+13	Redar, Seilbrom	20	-5		
Barde	185	-8	185	-8	Rain, Berthelm	120	0		
Ragdeburg	124	-2	124	-2	Rejel, Trier	46	-9		

+ bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel, -) Wasserstand, -) Eisfrei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Otto Bremer** am 21. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Marien-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
78/8 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter **Anna Bönicke** geb. **Döllig** plötzlich verstorben ist. Dies zeigen hierdurch an 2600b
Karl Bönicke, Former, nebst Tochter.
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Seestr. 69b aus nach dem Kapernaum-Kirchhof, Reinickendorf, Berlinerstraße statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Karl Dobbrick** gestorben ist. 111/4
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Für die innige Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels **Karl Augustin** besonders allen Kolleginnen und Kollegen der A. G. B., Brunnenstraße, sage ich hiermit im Namen aller Hinterbliebenen meinen innigsten Dank. 1700b
Der Vater **Karl Augustin**.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Otto Kyalick** am 23. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Anker-Kirchhofes am Weidenfer Weg aus statt.
78/9 Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme und die Kranzpenden meiner Gäste bei der Beerdigung meines inniggeliebten Rammes, des Gattners 2980b
August Gottschalk sage ich meinen tiefgefühltesten Dank.
Erna Gottschalk Kreuzbergstr. 30.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser Vater, Großvater und Schwiegervater **Joseph Franke** am 22. Januar im Alter von 65 Jahren am Schlaganfall verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf (Dumoldstraße) aus statt.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Joseph Franke, Badstr. 19.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Marie Baer** nach langer, schwerer Krankheit am Donnerstag gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend 1 Uhr vom Trauerhause aus statt. 1732b
Max Baer und Sohn Herbert Staltdische Straße 28.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem 6. Berliner Bezirks, Berliner Radfahrer-Bund „Solidarität“, Metallarbeiter-Verband und den Kollegen der Firmen Lindström und Schwabert für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Helmut Block meinen herzlichsten Dank.
Ww. Elisabeth Block.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Witwe Schubert** für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen ich allen Beteiligten meinen innigsten Dank. Ober-Schöneweide.

Bekanntmachung.
Gewerbegericht zu Berlin.
3. Nr. 28 Gew.-Ger. 08.
Gegen den Beschluß der Schlichtungskommission vom 20. November 1907, betreffend Auslegung des § 2 d des neuen Tarifvertrages vom 14. Oktober 1907, hatten die Arbeitnehmer der Gummiindustrie Einspruch erhoben und das Einigungsamt zur Entscheidung angerufen. Dieses hat in der Sitzung vom 8. Januar 1908 in der Sache nachstehenden **Schiedspruch** gefällt, dem die Parteien sich gemäß § 5 des Tarifvertrages zu unterwerfen haben:
1. Der Zuschlag von 5 Proz. ist zu dem bisherigen Stundenlohn zu zahlen.
Ergaben sich dabei Bruchteile unter 1/2 Pfennig, so wird der Betrag auf 1/2 Pfennig abgerundet. Bei Bruchteilen von 1/2 bis 1/4 Pfennig ausgeglichen. Bruchteile über 1/4 Pfennig werden auf 1 Pfennig abgerundet.
2. Vorstehende Art der Berechnung tritt vom 15. Dezember 1907 morgens ab in Kraft. Etwasige Differenzen sind nachzutragen.
3. Die Angelegenheit wegen Bezahlung von Arbeitslohn, an denen auf Verlangen des Arbeitgebers nicht gearbeitet wird, wird der Schlichtungskommission als zuständiger Instanz überwiesen.
gez. v. Schulz, Stigmund Engelmann.
Dr. G. Niemann, Stigmund Engelmann.
Dr. Raab, Eugen Bräuner.

Hygienische Bedarfsartikel.
Gummiwaren, 1000er Anerk. V. Prof. u. Aerat. empf. bill. Apoth. S. Schwitters Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter
Berlins und Umgegend.
Montag, den 27. Januar 1908, abends 6 Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunhoferstr. 27:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom IV. Quartal 1907 und Berichterstattung der neuangewählten Mitglieder. 2. Abrechnung vom Kunstabend und der Urania-Vorstellung. 3. Berichterstattung der Delegierten vom 8. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. 4. Organisationsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Es wird ersucht, in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Zur Beachtung! Laut Beschluß sind die neuangewählten Mitglieder verpflichtet, in dieser Versammlung anwesend zu sein.
Der Vorstand.

Sonnabend, den 8. Februar, in Schnegelsbergs Festsälen, Hasenheide 21:
Großer Wiener Maskenball.
Billetts à 50 Pf. sind auf sämtlichen Jahrestischen und im Verkehrslokal, Naunhofer Straße 25 zu haben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, für regen Ablauf der Billetts zu agitieren.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Pankow-Nieder-Schönhausen.
(R. u. A. R. V. „Solidarität“)
Sonntag, den 26. Januar: Arbeiter- u. Wohlfahrts-Ausstellung.
Treffpunkt 1 Uhr: Bahnhof Schönhauser Allee. 10/9
Dr. Schönemann
Spezial-Trip für 14752*
Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonn. 10-12 Uhr.

Handwerker, Maschinisten u. Heizer
sämtl. Brauereien Berlins und Umg.!
Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 270 (Parterre-Saal):
Deffentl. Versammlung
sämtlicher Handwerker, Maschinisten u. Heizer der Brauereien Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Brückner über: „Sozialpolitische Weggebung.“ 2. Berichte. 3. Verschiedenes. 145/5
Der Einberufer: G. Schmittau.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
E. H. III Hamburg.
Mitglieder-Versammlungen
der örtlichen Verwaltungsstellen
Berlin A: Am Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Volkshilfeger, Adalbertstr. 21.
Berlin B: Am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.
Berlin D: Am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshöhe, Turmstr. 20/2a.
NB. Am Sonnabend, den 1. Februar, in der Kronen-Brauerei, Alh-Rowaldt 48/49: Großer Modestball zum Besten angestellter Mitglieder.
Berlin E: Am Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolberger Straße 23.
Berlin F: Am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Obiglio, Schwebter Straße 23.
Berlin G: Am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr, in Manns Vereinshaus, Straußberger Straße 3.
Berlin H: Am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Ehlers, Wiener Straße 25.
Berlin J: Am Dienstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Schröder Vereinshaus, Frankfurter Allee 127.
Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht vom vierten Quartal 1907.
2. Einführung einer Familienversicherung.
3. Verschiedene Kasienangelegenheiten.
Außerdem in E. Vortrag des Genossen Brückner über sozialpolitische Weggebung und Wahl eines zweiten Schriftführers. 184/1
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen
Die Ortsverwaltungen.

Rohrleger und Helfer
Berlins u. Umgegend.
Wittwoch, 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Volksheim, Adelerstr. 123:
Versammlung
aller in Innungsbetrieben beschäft. Rohrleger u. Helfer.
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des Ortsvereinsauschusses. 2. Neuwahl der Helfer und deren Stellvertreter zum Innungsschiedsgericht. 208/25
Die Kollegen werden ersucht, sich die Legitimationscheine zu dieser Versammlung rechtzeitig von der Firma zu fordern!
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Mitgeteile: Dito Fängling, Chorinstr. 53.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Und nochmals der Referentenföhner.

David's Donnergepöller veranlaßt mich nicht, etwas von dem zurückzunehmen, was ich über seine Inhaltsangabe des zweiten Bandes des „Kapital“ gesagt. Ich bleibe bei meiner Behauptung: Jemand, der den zweiten Band des „Kapital“ gelesen hat, kann unmöglich erklären, mag er ihn auch noch so arg mißverstanden haben, daß er eine Unterfuchung des „Wesens und Wirkens des im Handels- und Bankbetriebe arbeitenden Geldes“ darstelle.

Wie recht ich mit dieser Behauptung hatte, bezeugt jetzt David selbst, da er vollständig darauf verzichtet, diesen seinen Satz zu verteidigen. Er macht nur noch den Versuch, ihm un- vermehrt einen anderen Satz unterzuschleichen, indem er mich behaupten läßt, daß sich im zweiten Bande „nichts, rein gar nichts findet, was sich auf Waren- und Geldhandel bezieht“. Er will nur noch beweisen, daß im zweiten Bande unter anderen auch einzelne Stellen sind, die auf das Handels- und Bankkapital Licht werfen. Das habe ich nie bestritten.

Ich könnte mich damit begnügen, diese Unterfuchung zu konstatieren, durch die sich David aus der Schlinge zu ziehen sucht. Ich fühle mich durchaus nicht verpflichtet, einen Satz zu vertreten, den ich nie aufgestellt habe.

Da aber der großen Masse unserer Leser der zweite Band des „Kapital“ sicher unbekannt ist, lohnt es sich vielleicht, noch einiges, nicht zu meiner Verteidigung, sondern zur Klarstellung darüber zu sagen.

Nichtig ist es, was David mir entgegenhält, daß die Ausführungen im dritten Bande über Kaufmanns- und Bankkapital nicht verstanden werden können ohne den zweiten Band. Aber auch nicht ohne den ersten. Das ganze Werk ist voll von Ausführungen, die für das Verständnis des Kaufmanns- und Bankkapitals höchst wichtig sind. Hier handelt es sich aber um das, was den zweiten Band besonders kennzeichnet, ihn von den anderen unter- scheidet. Und das sind nicht die Bemerkungen über Kaufmanns- und Bankkapital. Seinen wesentlichen Inhalt bildet vielmehr die Unterfuchung der Bedingungen, unter denen der Produktions- prozess sich immer wieder erneuern kann. Im ersten Bande wird er als einmaliger, im zweiten als sich wiederholender Prozess unterfucht. Dies macht es notwendig, die Unterfuchung auf die Zirkulation des industriellen Kapitals zu beschränken und im allgemeinen vom Handels- und Bankkapital abzusehen.

Ich habe schon im „Vorwärts“ einen Satz aus dem zweiten Bande zitiert, der dies darlegt. Da David das nicht genügt, so mag er noch mehr davon haben:

„Der Warenhandel als Funktion des Kaufmannskapitals ist vorausgesetzt und entwickelt sich immer mehr mit der Ent- wicklung der kapitalistischen Produktion. Wir unterstellen ihn also gelegentlich zur Illustration einzelner Seiten des kapitalistischen Zirkulationsprozesses; nehmen aber bei dessen all- gemeiner Analyse direkten Verkauf ohne Zwischenkunft des Kaufmanns an, weil letztere verschiedene Momente der Bewegung verdeckt.“ (S. 88.)

So viel über das Kaufmannskapital. Nun noch ein Satz über das Bankkapital:

„Wir nehmen bei der Betrachtung der allgemeinen Formen des Kreislaufs und überhaupt in diesem ganzen zweiten Buch Geld als metallisches Geld, mit Ausschluß von symbolischem Geld, bloßen Wertzeichen, die nur Spezialität gewisser Staaten bilden, und von Kreditgeld, das noch nicht ent- wickelt ist.“

Ich dachte, deutlicher kann wohl nicht ausgesprochen werden, daß der zweite Band nicht der Unterfuchung des Wesens und Wirkens des „im Handels- und Bankbetriebe arbeitenden Geldes“ gewidmet ist. Was David dagegen anführt, sind nicht Zitate aus dem In- halt des Buchs, sondern aus dem Inhaltsverzeichnis, ein paar Kapitelüberschriften, die auf die Behandlung des Handels- und Bankkapitals hindeuten scheinen. Wer aber sich daran macht, die Kapitel zu lesen, wird finden, daß auch da der Kaufmann und die Bank von der Unterfuchung im allgemeinen ausgeschlossen sind und nur gelegentlich gestreift werden.

Man kann nun ermeßen, von welcher Bedeutung es ist, wenn David aus einer Artikelserie über den zweiten Band aus dem Jahre 1886 von mir das Wort zitiert, der Schlußsatz dieses Bandes sei das Kontor. Er muß ja selbst sofort erklären, es sei das Kontor des Fabrikanten gemeint, nicht das eines Kaufmanns oder einer Bank. Ich möchte ihn aber noch auf eine andere Stelle des selben Artikels aufmerksam machen, in der es heißt:

Nach dem Plane seines Werkes behandelt Marx das Kauf- mannskapital erst im dritten Buch. Daß die akademischen und nicht akademischen Demagogen der jetzigen Neuauflage des „wahren deutschen Sozialismus“ die bisherige Nicht- beachtung des Kaufmannskapitals durch Marx nicht

aus wissenschaftlichen, sondern aus demagogischen Gründen erklärten, wird niemand wundern, der die Herren kennt.“ („Neue Zeit“, 1886, S. 157.)

Will sich David etwa auch auf diesen Satz berufen als Beweis dafür, daß die Behandlung des Kaufmanns- und Bankkapitals das Kennzeichen des zweiten Bandes bildet?

Indes gesteht er ja selbst zu, daß seine Inhaltsangabe „wissen- schaftlichen Zwecken nicht genüge“. Aber er glaubt eine Ent- schuldigung darin zu finden, daß sich eine genügende Darstellung unmöglich erweise bei einer Fassung, die auf „ganz ungefähre Zahlen“ berechnet sei.

Also David hat bloß geschändigt aus Liebe zum Volke, zu dem er sich nur um diesen Preis herabzulassen vermochte. Als Beweis beruft er sich wieder auf meinen gelegentlichen Satz vom Kontor, den er als eine Inhaltsangabe des zweiten Bandes be- handelt, und der doch auch mißverständlich sei.

Ich hoffe, gezeigt zu haben, daß es ganz leicht geht, eine ebenso fahlsche wie richtige Inhaltsangabe des zweiten Bandes in wenigen Worten zu geben. Ich zitierte, was ich 1887 in einem für sehr ungefähre Zahlen berechneten Arbeiterkalender vom 2. Bande des „Kapital“ schrieb:

„Im ersten Band wird unterfucht, wie der Wert und Mehr- wert produziert wird. Der zweite Band gilt der Unterfuchung der verschiedenen Formen des Kreislaufs des Kapitals, jenes Kreislaufs, der dadurch erzeugt wird, daß der Kapitalist den pro- duzierten Wert und Mehrwert verkauft, um mit dem Erlös — nach Abzug seines Konsums — wieder Produktionsmittel und Arbeitskraft zu kaufen und von neuem Wert und Mehrwert zu produzieren.“ (Oesterreichischer Arbeiterkalender für 1888, S. 45.)

Ich überlasse es den Lesern, zu beurteilen, welche Inhalts- angabe fahlscher und andäuslicher ist. Auf jeden Fall erfahren sie daraus, was im zweiten Bande wirklich steht. Von der durch das Kapital vermittelten „Güterverteilung“ sowie vom „Wesen und Wirken des im Handels- und Bankbetriebe arbeitenden Geldes“ ist da nichts zu finden.

Damit halte ich den Gegenstand für genügend klar gestellt. Auf David's Beschimpfungen brauche ich ebensowenig zu reagieren wie auf seine Verdächtigungen. Das sind Ausbrüche ohnmächtiger Wut.

Sucht ich irgendwelche Gelegenheit zum Kräfte, so hätte ich den Referentenföhner längst in der „Neuen Zeit“ unter die Lupe ge- nommen, in dem mich namentlich die Ausführungen über die Religion sowie die Verhältnissorgungen des „Kapital“ und des „kommunistischen Manifestes“ aufs äußerste verblüfften. Aber ich schwieg, weil ich jedem Streit aus dem Wege gehe. Wäre ich freischützig — ei — in den roten Hefen gab es seit langem kaum eine Nummer, in der nicht diese oder jene Größe des Revisionismus ihre monatliche Reinigung in der Weise vollzog, daß sie sich an mir rieb. Ich ignoriere das regelmäßig, weil ich finde, wir haben wichtigeres zu tun.

Als aber David auf die maßvolle Kritik des „Vorwärts“ in der hochfahrendsten Weise antwortete, und dem Kritiker gegenüber gerade seine eigenen Ausführungen über das „Kapital“ und seine „gründ- lichen Studien“ des „ganzen Werkes“ hervorhob — da wurde mir die Sache doch zu bunt. Mag David meine Auffklärung für ein Produkt schwarzepischer Vossheit und erbärmlichsten Neides erklären. Ich werde mir erlauben, nach wie vor als „kritischer Sozialist“ zu fungieren.

Soziales.

Strafrechtliche Verantwortung des Chefs für Sonntagsarbeit.

Wegen Uebertretung der Verordnung vom 27. März 1903, be- treffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, war der bekannte Berliner Kreditdirektor Telschow angeklagt worden. Die Verordnung verbietet an den Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten mit gewissen Ausnahmen. § 4b sagt: In den Stunden, wo (Sonn- und Feiertags) der Handel mit Lebensmitteln freigegeben ist, dürfen diese befördert werden. Sonach dürfen in Berlin an Sonn- und Feiertagen u. a. während der für den Hauptgottesdienst festgesetzten Zeit — 10 bis 12 Uhr vormittags — Lebensmittel nicht befördert werden. Ein Angestellter des Herrn Telschow war nun eines Sonntags nach um 10½ Uhr vormittags dabei betroffen worden, wie er bestellte Konfitorwaren an Kunden abfuhr und abliefern. Er benutzte ein Dreirad, auf dessen Hinterplatiform der Kopf mit den Kunden stand. Der Angestellte hatte vor 10 Uhr, also in der frei- gegebenen Zeit, mit seiner Tätigkeit begonnen und war nicht bis 10 Uhr fertig geworden. — Das Landgericht verurteilte den Chef Telschow zu einer Geldstrafe. Es ging davon aus, daß es sich hier um eine öffentlich-bemerkbare Arbeit im Sinne der Verordnung handele, die u. a. während der für den Hauptgottesdienst fest- gesetzten Zeit nicht hätte verrichtet werden dürfen. Telschow selber sei auch strafrechtlich haftbar.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung

und Entscheidung an das Landgericht zurück. An sich sei die Ver- ordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage auf den vorliegenden Fall anwendbar. Daß aber der Arbeitgeber unter allen Umständen strafrechtlich verantwortlich sei, wie das Landgericht meine, könne nicht anerkannt werden. Es müsse ein Verschulden festgestellt werden. Es wäre festzustellen, ob Ange- klagter vorsätzlich oder fahrlässig den Angeklagten bestimmt habe, auch noch während der Zeit des Hauptgottesdienstes die Waren auszuführen. Eine Fahrlässigkeit würde auch darin liegen, wenn Angeklagter die Dispositionen so getroffen hätte, daß er sich sagen konnte, der Angestellte könne seine ihm aufgetragene Arbeit bis zum Beginn des Hauptgottesdienstes nicht ausführen. Das Land- gericht müsse nunmehr die entsprechenden Nachprüfungen vor- nehmen.

Unfall-„Lasten“ des Unternehmertums.

Die für Großindustrielle und Großgrundbesitzer schreibenden Blätter und redenden Parlamentarier können nicht genug über die „Lasten“ zeteren, die angeblich die soziale Gesetzgebung ihnen auferlege.

Wie hoch ist die „Last“ in Wahrheit?

Wir sehen bei der Beantwortung von der Tatsache ab, daß alle sogenannten Lasten des Unternehmertums tatsächlich durch die Arbeiter aufgebracht werden, zumal diese „Last“ ja nichts anderes darstellt, als einen von vornherein feststehenden Teil des Lohnes. Bestenfalls verdient das Unternehmertum durch das in der Un- fallversicherungsgesetzgebung enthaltene Privileg des Unternehmers, daß er auch für von ihm verschuldete, ja strafbar fahrlässig ver- schuldete Betriebsunfälle dem Arbeiter gegenüber nicht zu haften hat und daß die Unfall-„ente“ weniger als 1/3 des wirklichen Schadens beträgt. Auch diesen — jährlich 30 Millionen Mark übersteigenden — Vermögensvorteil des Unternehmers lassen wir bei unserer Berechnung außer Betracht. Wir beschränken die Be- antwortung der Frage endlich auf das Gebiet der Unfallverfiche- rungsgesetzgebung.

Wieviel hat nach dem amtlichen Nachweis über die Ergebnisse der Unfallversicherung der Unternehmer pro Kopf des Arbeiters zu zahlen?

Die gesamten Ausgaben (einschließlich Verwaltungskosten) der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften betragen im Jahre 1906: 37 877 401,54 M. Als versichert rechnet das Reichsver- sicherungsamts 11 189 071 Personen. Es entfallen mithin von allen Ausgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für einen Versicherten für das Jahr: 3,39 M., also für den Tag bare 0,93 Pf. Eine solche Summe, die noch nicht einmal die Höhe eines Bettelpfennigs erreicht, „Unsummen“, „unerträgliche Last“ zu nennen oder ähnliche Bezeichnungen zu gebrauchen, wie es kapitalistische Schlot- und Krantjunkerorgane tun, ist für den tiefstehenden sozialen Anschauungen dieser wirklichen Vaterlandsver- räter bezeichnend. Die „Lasten“ waren in früheren Jahren noch tiefer. Sie betragen für einen Versicherten in den Jahren 1888 bis ein- schließlich 1905: 0,08, 0,21, 0,42, 0,46, 0,51, 0,77, 0,97, 1,10, 1,14, 1,62, 1,77, 1,95, 2,10, 2,25, 2,61, 2,89, 3,10, 3,30 M. für das Jahr.

Etwas höher stellten sich die Ausgaben bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Gesamtausgaben betragen hier ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerks-, Tischbau- und Geo- berufsgenossenschaften im Jahre 1906 133 000 437,02 M. für 8 625 500 versicherte Personen. Mithin entfallen auf den Kopf des Versicherten für das Jahr 15,42 M., also für den Tag 4,22 Pfennige, also noch nicht einen Schöler. Die für die Unfallver- sicherung der gewerblichen Berufsgenossenschaften ausgegebenen Be- träge belaufen sich von 1888 bis einschließlich 1905 auf 2,89, 4,90, 5,82, 6,24, 6,68, 7,44, 8,17, 8,73, 8,99, 9,09, 8,87, 8,68, 8,94, 9,52, 9,88, 12,89, 13,88, 14,46, 14,85, 15,26 M. für das Jahr.

Die Ausgaben der gewerblichen und landwirtschaftlichen Be- rufsgenossenschaften, sowie der staatlichen und kommunalen Aus- führungsbeförden betragen im Jahre 1906 zusammen 182 530 434,51 M. Das macht für die Person der Versicherten pro Jahr 8,51 M. oder für den Tag 2,11 Pfennig. Eine „Un- summe“, wenn durchschnittlich für den Arbeiter pro Tag noch nicht 2 1/2 Pfennig, seitens der gewerblichen Berufsgenossenschaften 1/4 Pf., seitens der landwirtschaftlichen noch nicht ein Pfennig verauslagt wird!

Durch Krankenhausbehandlung erkrankte Kinder!

Große Aufregung herrscht unter den Kruppischen Arbeitern. Im Kruppischen Lazarett sind zwei Kinder, die an Hüftgelenkent- zündung resp. an einer Handverletzung behandelt wurden, mit Euphitis infiziert worden. Den Eltern ist eine Entschädigung angeboten worden. Eine solche ungeheuerliche Gefahr kann nur durch immensen Mangel in der Verwaltung des Krankenhauses entstehen. Eine Auskunft über die Ursachen des Unfalls ist bis- lang seitens der Krankenhausverwaltung noch nicht erfolgt.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Sonder-Angebot von Sonnabend, den 25., bis Dienstag, den 28. Januar inkl. so lange Vorrat.

Kolonialwaren

	1 Pfund	5 Pfund		1 Pfund	5 Pfund		1 Pfund	5 Pfund
Java-Reis I	0.25	1.20	Kleine weiße Bohnen	0.15	0.70	Linsen grob	0.33	1.60
Java-Reis II	0.22	1.05	Langbohnen	0.18	0.85	Grüne Erbsen	0.16	0.75
Rangoon-Reis	0.17	0.80	Linsen klein	0.25	1.20	Glassierte Erbsen	0.21	1.00
Riesen-Erbsen	0.17	0.80	Linsen mittel	0.30	1.45	Halbe Erbsen	0.17	0.80

Gebrannte Kaffees:

Mischung IV III II I
90 1.10 1.30 1.50

Unsere Marken sind das vorzüglichsten Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Fleischwaren

Rotwurst	Pfund 45 Pf.	Fleischwurst	Pfund 90 Pf.	Magerer Speck	Pfund 85 Pf.
Zwiebelleberwurst	Pfund 45 Pf.	Braunsch. Mettwurst	Pfund 90 Pf.	Mausschinken	Pfund 1.10 M.
Harte Mettwurst	Pfund 85 Pf.	Schinkenspeck	Pfund 95 Pf.	Bratenschmalz	Pfund 58 Pf.
Landleberwurst	Pfund 85 Pf.	Fetter Speck	Pfund 80 Pf.	Delikatess-Sülze	Pfund 75 Pf.

Spitzbein	Pfund 25 Pf.	Schweinerippchen	Pfund 55 Pf.	Mettwurst	Pfund 75 Pf.
Eisbein (Dickbein)	Pfund 50 Pf.	Schweinecotelettes	Pfund 85 Pf.	Holstein. Cervelatwurst	Pfund 1.15 Pf.

